

# Klimaschutz

# & Soziales



Kommunale Ansätze für einen sozialverträglichen Klimaschutz



SERVICE &  
KOMPETENZ  
ZENTRUM



KOMMUNALER  
KLIMASCHUTZ

# Klimaschutz & Soziales

Kommunale Ansätze für einen sozialverträglichen Klimaschutz



SERVICE &  
KOMPETENZ  
ZENTRUM



## Impressum

Herausgeber: Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz  
beim Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Auf dem Hunnenrücken 3, 50668 Köln

Konzept: Franziska Wittkötter

Redaktion: Patrick Diekelmann, Franziska Wittkötter

Gestaltungskonzept, Layout, Illustration: Irina Rasimus Kommunikation, Köln

Druck: Spree Druck Berlin GmbH

Gefördert durch: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Alle Rechte vorbehalten. Köln 2014

Die Beiträge liegen inhaltlich in alleiniger Verantwortung der Autorinnen und Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wider.

Diese Veröffentlichung wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Diese Publikation wurde auf Recyclingpapier (100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel) gedruckt.

## Inhalt

CORNELIA RÖSLER Vorwort	5
FRANZISKA WITTKÖTTER Kommunale Ansätze für einen sozialverträglichen Klimaschutz	6
GUNDULA BLASZYK Das EnergieSparProjekt der Stadt Nürnberg	10
ANDREAS MUCKE Energiekosten senken – Unterstützung einkommensschwacher Haushalte durch die Wuppertaler Stadtwerke	22
SILKE KLEINHÜCKELKOTTEN, JÜRGEN LANGBEHN, CHRISTIANE MEIER Klimaschutzberatung für türkeistämmige Haushalte in Hamburg-Altona	30
JENS HAGEDORN UND NORBERT MÜLLER Sozialverträgliche Sanierung in Bielefeld	42
ANDREA KLEINMANN UND USCHI RUSTLER Mobile Energiesparfuchse im Rhein-Lahn-Kreis beraten und informieren auf der Basis ehrenamtlichen Engagements	50
PETER SEYFARTH Erfurter Schulen sparen Energie – ein Projekt der Lokalen Agenda 21 in Erfurt	58
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz – Information und Beratung für Kommunen	68
Bildnachweis	70

# Klimaschutz & Soziales



## Vorwort

**K**limaschutz ist eine große Herausforderung für die Kommunen. Daher sind gute Ideen, Lösungsmöglichkeiten und Strategien gefragt, die zum Klimaschutz vor Ort einen wesentlichen Beitrag leisten.

In vielen Kommunen haben erfolgreich realisierte Projekte bereits zu beachtlichen CO<sub>2</sub>-Einsparungen geführt. Sie dokumentieren das große kommunale Engagement für den Klimaschutz, mit dem sie beispielgebend für Bevölkerung und Privatwirtschaft sind und eine wichtige Vorbildfunktion ausüben. Zugleich können positive Praxisbeispiele anderen Kommunen Mut machen, selbst die Initiative zu ergreifen und eigene Maßnahmen zu verwirklichen.

Mit den in der Reihe „Themenhefte“ veröffentlichten Publikationen greift das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz nach und nach verschiedene Schwerpunkte bzw. Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen dargestellt.

Die zielgruppenorientierte Sensibilisierung, Motivation und Unterstützung privater Haushalte beim Energiesparen können einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene leisten. Dabei verspricht die Verknüpfung von Klimaschutz- und sozialpolitischen Handlungszielen zudem wertvolle Synergieeffekte. Anhand von sechs Beispielen werden in diesem Themenheft erfolgreiche Ansätze und Potenziale eines sozialverträglichen Klimaschutzes aufgezeigt.

Wir danken dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für die Förderung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative, ohne die dieses Themenheft nicht möglich gewesen wäre. Und wir danken allen Autorinnen und Autoren, die mit ihrem wertvollen Erfahrungsschatz einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieser Veröffentlichung geleistet haben.

**Cornelia Rösler**



### CORNELIA RÖSLER

Projektleiterin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)

Seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu. Koordinatorin des Arbeitsbereichs Umwelt am Standort Berlin von 1993 bis 2001. 2001 Wechsel zum Difu-Standort Köln. Seit 2009 Leiterin des Bereichs Umwelt. Initiierung, Durchführung und Leitung einer Vielzahl von Projekten zum kommunalen Umweltschutz. Vertreterin des Difu in der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, in den bundesweiten Umweltamtsleiterkonferenzen sowie im Arbeitskreis Energiemanagement des Deutschen Städtetages.

## Kommunale Ansätze für einen sozialverträglichen Klimaschutz

**K**limaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Will man den Herausforderungen der Energiewende auf lokaler Ebene erfolgreich und vor allem auch sozialverträglich begegnen, spielt neben den eigenen Klimaschutzaktivitäten einer Kommune die Einbindung von Bürgerschaft, Initiativen, Unternehmen und Vereinen eine bedeutende Rolle. Denn deren täglicher Energieverbrauch trägt erheblich zur CO<sub>2</sub>-Bilanz einer Kommune bei. Die Sensibilisierung von Bürgerinnen und Bürgern für einen effizienten und sparsamen Umgang mit Energie kann daher einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Um die Bereitschaft zu umweltschonendem Verhalten zu erhöhen, ist es jedoch notwendig, individuelle und zielgruppenorientierte Informations- und Beratungsangebote zu entwickeln.

### Einkommensschwache Haushalte als wichtige Zielgruppe

Die Förderung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten ist ein Thema, das in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung gewonnen hat und vielfach zu einer Verknüpfung von Klimaschutz- und sozialpolitischen Handlungszielen führt. Steigende Energiekosten belasten zunehmend Sozialtransferbeziehende und Geringverdienende wie Auszubildende, Studierende oder Rentnerinnen und Rentner; der Begriff „Energiearmut“ taucht in den Medien immer häufiger auf. Zwar gibt es in Deutschland noch keine allgemeingültige Definition für diesen Begriff, doch findet er sich häufig in der Diskussion um eine faire Ausgestaltung der Energiewende wieder. Gemeint sind die Schwierigkeiten für einkommensschwache Haushalte, die Kosten für ihren täglichen Bedarf an Energie

für Heizung, warmes Wasser, Licht und den Betrieb elektrischer Geräte zu tragen, da ein immer größer werdender Teil des Haushaltseinkommens für Energie aufgewendet werden muss [1]. Immer häufiger müssen Energieversorger die Zahlung von Stromrechnungen anmahnen, im schlimmsten Fall wird der Strom ganz abgestellt. Die Zahlen zu den verhängten Stromsperrern in Deutschland sind sehr unterschiedlich: Eine Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2011 nennt etwa 600.000 jährlich [2], laut dem aktuellen Monitoringbericht der Bundesnetzagentur waren es im Jahr 2012 ca. 320.000 Versorgungsunterbrechungen [3].

Die Hintergründe für die wachsende Energiearmut in Deutschland sind vielfältig, individuelle und strukturelle Faktoren müssen dabei integriert betrachtet werden. So spielen neben dem energetischen Gebäudezustand und der technischen Ausstattung des Haushalts (veraltete, verbrauchsintensive Geräte) auch Gesetze, Verordnungen und Mietverträge eine wichtige Rolle. Dabei ist es notwendig, den individuellen Einflussbereich der Betroffenen zu beachten. Während durch Verhaltensänderungen im Alltag und geringfügige investive Maßnahmen wie Steckdosenleisten und Energiesparlampen der Stromverbrauch direkt gesenkt werden kann, liegen viele Faktoren außerhalb ihres individuellen Einflussbereichs. Dazu zählen der Zustand des Gebäudes, die Art der Warmwasseraufbereitung, das Angebot an Energieberatungen, aber auch kommunale Festlegungen zur Übernahme der Heizkosten sowie die Regelsätze für Sozialtransfers [4].

In der Debatte um die zunehmende finanzielle Belastung einkommensschwacher Haushalte wird häufig kritisiert, dass Energiepreiserhöhungen bisher bei der Berechnung des Regelsatzes nicht berücksichtigt sind und somit von den Sozialtrans-

ferbeziehenden allein getragen werden müssen. Auf der anderen Seite erhalten die Beziehenden von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe von der Kommune Sozialleistungen für Unterkunft und Heizung, so dass Kommunen von steigenden Stromkosten ebenfalls finanziell betroffen sind.

Hieraus ergeben sich auf kommunaler Ebene ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen, die es gemeinsam mit verschiedenen Akteuren zu meistern gilt. So ist neben Kooperationen mit Energieversorgern im Bereich Energieberatung auch die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften ein wichtiger Erfolgsfaktor. Sozial ausgerichtete Sanierungsprogramme und die energieeffiziente Sanierung von Sozialwohnungen, gekoppelt mit der Sensibilisierung und Motivation unterschiedlicher Zielgruppen für einen effizienten Umgang mit Energie, können einen entscheidenden Beitrag zu einem sozialverträglichen Klimaschutz auf kommunaler Ebene leisten.

### Umwelt- und klimaschonendes Verhalten fördern – Multiplikatoren nutzen

Aktiver Klimaschutz schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel. An dieser Stelle setzt eine Vielzahl von kommunalen Beratungsangeboten zum Energiesparen an. Durch das Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten kann die Bereitschaft des Einzelnen geweckt und damit auch die Motivation, selbst einen Beitrag zur Umsetzung der Klimaschutzziele zu leisten, gefördert werden. Eine entscheidende Rolle spielen dabei zielgruppenspezifische Informations- und Beratungsangebote, beispielsweise mehrsprachige Broschüren für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger.



Mit Blick auf die finanzielle und soziale Situation gilt es, geeignete Materialien und Angebote zu entwickeln und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren. Zielgruppenspezifische Inhalte erhöhen dabei die Wahrscheinlichkeit, die Adressaten wirkungsvoll zu erreichen.

Ein bekanntes Beispiel ist das deutschlandweite Projekt „Stromspar-Check“ für einkommensschwache Haushalte, das vom Bundesumweltministerium (BMUB) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert wird. Die gemeinsame Aktion des Deutschen Caritasverbandes und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen (eaD) startete Anfang 2011 und ging zwei Jahre später in die Aktion „Stromspar-Check PLUS“ über.

Geschulte Stromsparhelferinnen und -helfer ermitteln und analysieren vor Ort den Energie- und Wasserverbrauch von Haushalten und spüren

*Slogan zur Aktion „Stromspar-Check PLUS“ für einen energiebewussten Umgang mit Strom und Wasser*



**Kann ich. Mach ich. Find ich gut!**

so Stromfresser im Haushalt auf. Die Besonderheit des Projektes liegt darin, dass es sich bei den Stromsparhelferinnen und -helfern um ehemalige Langzeitarbeitslose handelt, die hier eine Chance erhalten, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden [5]. In mehr als 120 Kommunen ist die Aktion mittlerweile präsent, mehr als 100.000 Haushalte wurden bereits beraten. Berechnungen haben gezeigt, dass die Haushalte durch Teilnahme an der Aktion ihren Stromverbrauch um durchschnittlich rund 15 Prozent senken und damit etwa 140 Euro Strom- und Wasserkosten pro Jahr einsparen konnten. Langfristig werden nach Auskunft der Projektverantwortlichen rund 200.000 Tonnen CO<sub>2</sub> und rund 250 GWh Strom eingespart, was der jährlichen Stromerzeugung eines Gaskraftwerkes entspricht [6].

Neben der Bereitstellung von Informations- und Beratungsangeboten durch die Kommunen ist also auch die Einbindung ihrer Bürgerinnen und Bürger als Multiplikatoren für den Klimaschutz auf lokaler Ebene sinnvoll und wichtig. Erfolg versprechend sind unter anderem zielgruppenorientierte Beratungsangebote, die von Personen mit gleichem Alltagsbezug – oftmals in Form eines Ehrenamtes – durchgeführt werden, dies kann die Kommunikation und Handlungsbereitschaft entscheidend verbessern. Aber auch Projekte mit Kindern und Jugendlichen spiegeln soziale Aspekte im kommunalen Klimaschutz wider. So haben beispielsweise zahlreiche Schulprojekte das Ziel, Schülerinnen und Schüler für das Thema Energiesparen zu sen-

sibilisieren. Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Schulalltag können in den Familienhaushalt getragen und dort gemeinsam umgesetzt werden.

### Kommunale Praxisbeispiele

In diesem Themenheft werden mit Blick auf einen sozialverträglichen Klimaschutz Erkenntnisse und Erfahrungen aus der kommunalen Praxis vorgestellt. Die Beispiele zeigen, wie verschiedene Zielgruppen angesprochen und unterschiedliche Akteure eingebunden werden können.

Den Auftakt macht Gundula Blaszyk, Leiterin des „EnergieSparProjekts“ (ESP) der Stadt Nürnberg. Seit 2008 wird dort Sozialtransferbeziehenden und Geringverdienenden eine umfassende kostenlose Beratung und Unterstützung zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekosten angeboten. Ein besonderer Erfolgsfaktor des Projektes ist das umfangreiche Netzwerk. Die Einbindung zahlreicher Kooperationspartner ermöglicht eine Breitenwirkung und einen umfassenden Beratungsansatz.

Andreas Mucke, seit 1997 für die Wuppertaler Stadtwerke (WSW) tätig, stellt sodann die „Budget- und Rechtsberatung für Energieschuldner“ vor, die aufgrund ihres Erfolges in Wuppertal zum Landesmodellprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ ausgeweitet wurde. Die enge Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW und der Verbraucherzentrale vor Ort ist dabei wesentlicher Erfolgsfaktor des Projektes. Ergänzt wird das Beratungsangebot durch ein „Mini-Contracting“ für einkommensschwache Haushalte beim Kauf eines neuen Kühlschranks.

Silke Kleinhüchelkotten vom ECOLOG-Institut, Hannover, zeichnet gemeinsam mit Jürgen Langbehn und Christiane Meier vom Hamburger Bezirksamt Altona die erfolgreich durchgeführte Beratungskampagne für türkischsprachige Haushalte in ausgesuchten Stadtteilen des Bezirks Altona nach. Mitglieder der türkischen Community wurden als Beraterinnen und Berater im Themengebiet „Energiesparen und Klimaschutz im Alltag“ ausgebildet und führten anschließend Haushaltseinzel- und Gruppenberatungen mit zwei bis vier Haushalten durch.

Wie in Bielefeld eine sozialverträgliche Sanierung vorangetrieben wird, beschreiben Jens Hage-





[2] Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, *Ausgewählte Ergebnisse einer Befragung der Verbraucherzentrale NRW von 110 Energie-Grundversorgungsunternehmen – Energieschulden und präventive Lösungsansätze*, Düsseldorf 2012.

[3] Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt, *Monitoringbericht 2013*, Bonn 2013.

[4] Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (Hrsg.), *Energiearmut: Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien*, Wuppertal 2010.

[5] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), *100% Klimaschutz: Die nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums*, Berlin 2013.

[6] <http://www.stromspar-check.de>

dorn von der Stadt Bielefeld und Norbert Müller, Geschäftsführer der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (BGW), in ihrem gemeinsamen Beitrag. Finanzschwachen Haushalten wird in Bielefeld das Wohnen in energetisch sanierten Wohnungen mit Hilfe des „Klimabonus“ ermöglicht. Mehrkosten im Bereich der Kaltmiete können durch Einsparungen der Heizkosten kompensiert werden. Grundlage dafür sind umfangreiche energetische Sanierungen, die die BGW seit vielen Jahren durchführt.

Andrea Kleinmann, Leiterin der Abteilung Bauen, Umwelt und Planung beim Rhein-Lahn-Kreis, und Uschi Rustler, Leiterin des Seniorenbüros „Die Brücke“, stellen in ihrem Beitrag die „Mobilen Energiesparfüchse“ aus ihrem Landkreis vor. Auf der Basis ehrenamtlichen Engagements beraten dort insbesondere Seniorinnen und Senioren zum Thema Energiesparen.

Seit mehr als zehn Jahren wird das Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ erfolgreich durchgeführt. Peter Seyfarth, seit 1987 in der Stadtverwaltung Erfurt tätig, erläutert im Abschlussbeitrag Ziele und praktische Umsetzung dieses Schulprojektes. ■

### Quellenangaben

[1] Umweltbundesamt (Hrsg.), *Analyse bestehender Maßnahmen und Entwurf innovativer Strategien zur verbesserten Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik*, Dessau-Roßlau 2012.



### FRANZISKA WITTKÖTTER

Wissenschaftliche  
Mitarbeiterin, Deutsches  
Institut für Urbanistik (Difu)

Seit 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Umwelt. Arbeitsschwerpunkt ist der kommunale Klimaschutz. Im Projekt Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz u. a. Organisation und Moderation von Fachseminaren sowie Konzeption und fachliche Betreuung von Publikationen. Studium der Geographie in Bochum und Bonn, Dipl.-Geogr.

## Das EnergieSparProjekt der Stadt Nürnberg

**E**xtrem steigende Energiepreise und die Selbstverpflichtung der Stadt Nürnberg zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes veranlassten das Sozialamt 2007, das EnergieSparProjekt (ESP) zu entwickeln und 2008 ins Leben zu rufen. ESP bietet Transferleistungsbezieherinnen und -bezieher und Geringverdienenden eine umfassende kostenlose Beratung und Unterstützung zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekosten.

Als Ansatzpunkte für eine wirksame und dauerhafte Energieeinsparung wurden folgende Schwerpunktbereiche definiert:

- Verbraucherverhalten
- Verbrauchserfassung und Abrechnung
- Geräteausstattung in den Haushalten
- Gebäudesubstanz der Wohnung
- Heiztechnik und Warmwasseraufbereitung

*Die Verbrauchskosten eines Untertischboilers werden für unterschiedliche Einstellungen berechnet und miteinander verglichen. Die Einsparmöglichkeit durch eine optimale Geräteeinstellung ist für den Kunden damit leicht nachvollziehbar.*



Durchgeführt werden die Vorort-Beratungen von sozial geschulten, fachlich kompetenten sowie umweltbewussten, freiberuflichen Architektinnen und Architekten sowie Ingenieurinnen und Ingenieuren mit einer Zusatzqualifikation zur Energieberatung. Bislang konnten rund 2.400 Haushalte (Stand: 31.10.2013) über einen längeren Zeitraum (Erst- und Folgeberatungen) beraten und intensiv unterstützt werden. Durch die Beratungen werden substantielle Erfolge bei der Kostenersparnis und für den Klimaschutz erzielt. Eine wissenschaftliche Begleitforschung durch die Georg-Ohm-Hochschule, Nürnberg, und das Institut für Technik und Marktstrategien (tms) im ersten Projektjahr zeigte: Die Energiekosten der beratenen Haushalte verringerten sich gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um rund 18 Prozent. Durch die Energieeinsparungen sank der CO<sub>2</sub>-Ausstoß durchschnittlich um 0,7 Tonnen pro Haushalt. ESP hilft damit den einkommensschwachen Haushalten, den öffentlichen Kassen und der Umwelt.

### Ausgangssituation

In Nürnberg sind 19 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner von Sozialleistungen abhängig oder verfügen über ein Einkommen, das knapp über der Transferleistungsgrenze liegt [1]. Der seit Jahren ungebremste Preisanstieg für Wohnenergie trifft Leistungsempfangende und Geringverdienende besonders hart. Nicht selten sind hohe Energieschulden die Folge – bis hin zur Sperre der Energiezufuhr, die jährlich bei rund 5.000 bis 7.000 Haushalten vollzogen wird.

Da die Heizkosten für Transferleistungsbeziehende bis zu einer „Angemessenheitsgrenze“ von der Kommune getragen werden, belasten steigende Energiepreise ebenso die öffentlichen Kassen. Daher sind Maßnahmen zu Heizkosteneinsparungen auch für den städtischen Haushalt von großer Bedeutung.

Neben diesen sozialpolitischen Herausforderungen führten aber auch Klimaschutzpolitische Ziele zur Entwicklung des EnergieSparProjekts. Als Gründungsmitglied im Klimabündnis e.V., einem seit 1990 bestehenden Städtenetzwerk für den Klimaschutz, gehört Nürnberg in Deutschland zu den Vorreiterstädten in Sachen Klimaschutz. Mit dem Beitritt zum „Covenant Mayors“ am 20.2.2009 setzte Nürnberg darüber hinaus ein klares Zeichen für die Bedeutung des Klimaschutzes weltweit. Den Stellenwert von Energieeffizienz und Klimaschutz für die Kommune zeigt sich konkret in dem seit 1996 laufenden CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm der N-ERGIE AG, einem kommunalen Förderprogramm zur Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen. Seit Bestehen des Programms wurden rund zwölf Millionen Euro bereitgestellt. Entsprechend ehrgeizig ist die Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Stadtgebiet: Bis 2020 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 verringert werden. Die letzte vorliegende CO<sub>2</sub>-Bilanzierung aus dem CO<sub>2</sub>-Monitoring 2010 ergab eine Reduktion der Treibhausmissionen von 34,2 Prozent gegenüber 1990, so dass das gesetzte Ziel realisierbar scheint. 2006 beschloss das Klima-Bündnis als neues Ziel, den Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis spätestens 2030 durch Energiesparen, Energieeffizienz und durch die Nutzung erneuerbarer Energien zu halbieren [2]. In diesem Kontext sind Energiesparberatungen für einkommensschwache Haushalte ein wichtiger Baustein zur Erreichung des anspruchsvollen kommunalpolitischen Klimaschutzziels. Die Verknüpfung von sozialen mit ökologischen Zielen findet ihren Ausdruck im ESP-Projektslogan „Geld sparen – Umwelt schützen“.

### Situation der Zielgruppen

Zu den Projekt-Zielgruppen Transferleitungsbeziehende und Geringverdienende gehören in erster Linie niedrigqualifizierte Alleinlebende, Alleinerziehende sowie kinderreiche Familien, darunter ein hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund, sowie Rentner mit niedrigen Altersbezügen und Personen mit kargen Erwerbsunfähigkeitsrenten. Aufgrund des knappen Budgets und der hohen Energiepreise sind finanzschwache Haushalte eigentlich gezwungen, Energie besonders sparsam zu nutzen. Die Möglichkeiten hierzu sind für sie

allerdings deutlich begrenzter als für Haushalte mit durchschnittlichen oder höheren Einkommen. Folgende drei Gründe sind dafür verantwortlich:

**Geringe Energiesparkompetenz:** Da sich Beratungsangebote und Informationen zu Klimaschutz und Energieeffizienz eher an gebildete und bereits sensibilisierte Verbraucherinnen und Verbraucher richten, fehlt der Zielgruppe des Projekts häufig das notwendige Wissen rund um eine sparsame Nutzung von Energie.

**Ausstattung mit alten „stromfressenden“ Elektrogeräten:** Aus finanziellen Gründen können sich einkommensschwache Haushalte den Kauf eines neuen sparsamen Haushaltsgeräts zumeist nicht leisten. Ist ein Gerät defekt, wird oft ein gebrauchtes Ersatzgerät angeschafft, das einen ähnlich hohen Stromverbrauch hat wie das Altgerät.

**Schlechter energetischer Zustand des Wohnraums:** Auf dem angespannten Wohnungsmarkt sind für einkommensschwache Haushalte zunehmend nur noch unsanierte Wohnungen mit veralteter Heiztechnik und Warmwasseraufbereitung bezahlbar, die einen hohen Energieverbrauch nach sich ziehen.

Eine wirksame und nachhaltige Energieberatung darf sich deshalb nicht allein auf das Verbraucherverhalten beschränken, sondern erfordert häufig auch Unterstützung bei der energetischen Verbesserung des Wohnungszustands und beim ggf. erforderlichen Geräteaustausch. Gleichzeitig sind weitere Maßnahmen zur Kostenentlastung, wie der Wechsel in einen günstigeren Tarif des regionalen Energieversorgers oder die Unterstützung beim Bezug von zustehenden, aber noch nicht beantragten Sozialleistungen (Warmwasserzuschuss, Anpassung von Heizkosten), zu prüfen und ggf. zu veranlassen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine erfolgreiche zielgruppengerechte Beratung sowohl breites fachliches Know-how als auch hohe soziale und kommunikative Fähigkeiten erfordern.

### Die ESP-Beratung

Aufgrund der aufgezeigten Beratungsanforderungen sind im Projekt ausschließlich qualifizierte und sozial geschulte Energieberaterinnen und

-berater eingesetzt. Die meisten sind seit Projektbeginn oder über einen langen Zeitraum für ESP tätig, konnten dadurch umfangreiche Beratungserfahrungen sammeln und tragen mit diesem Know-how entscheidend zur qualitativen Weiterentwicklung des Projekts bei.

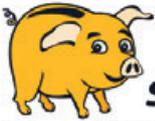
Insgesamt besteht das ESP-Team aus fünf freiberuflichen Energieberatern und zwei Energieberaterinnen, einer Terminkoordinatorin sowie der Projektleitung. Bei Bedarf werden zwei Übersetzerinnen (für Russisch und Türkisch) sowie eine ehrenamtliche Mitarbeiterin, die Kunden bei Ämtergängen begleitet, hinzugezogen. Alle Beratenden verfügen über eine einschlägige fachliche Qualifikation als Architekt/in oder Ingenieur/in sowie eine Zusatzausbildung zur Energieberatung. Das für die Beratung notwendige Wissen aus dem

sozialen Bereich wurde in Schulungen vermittelt. Folgende Themen standen dabei im Vordergrund: soziale Situation der Zielgruppe, Gesprächsführung, interkulturelles Training, Grundzüge des Sozialrechts (SGB II und SGB XII), Aufbau und Aufgaben der Leistungsträger (Jobcenter, Sozialamt) sowie der kommunalen Sozialdienste, spezielle Hilfsangebote sozialer Fachdienste. Bei den 14-tägigen Arbeitstreffen besteht die Möglichkeit, Fragen zu besonders problematischen Beratungssituationen einzubringen und zu diskutieren.

Eine wichtige Rolle für die professionelle ESP-Beratung spielt die Unterstützung des Teams durch eine städtische Supervisorin. Hier geht es z. B. um Fragen zur zielgruppengerechteren Gesprächsführung, aber auch um den eigenen Umgang mit den nicht selten bedrückenden Lebensverhältnissen von Kundinnen

Der ESP-Flyer zur Ansprache der Kundinnen und Kunden

## Das Projekt und seine Partner



**Energie SparProjekt**  
Geld sparen – Umwelt schützen

Ein Projekt im Rahmen der  
**Armutsprävention des Sozialamts  
der Stadt Nürnberg**  
Projektverantwortliche: Frau Gundula Blaszyk  
Telefon: 0911 - 231 5770

Partner und Unterstützer des Projekts sind:

- N-ERGIE Aktiengesellschaft
- Stadt Nürnberg, Umweltreferat

Das Projekt wird gefördert mit Mitteln der N-ERGIE und kommunalen Mitteln der Armutsprävention.



2010  
Good Practice  
Energieeffizienz

EnergieSparProjekt – ESP –  
EnergieSchuldenPrävention

Gedruckt auf Recyclingpapier

Impressum  
**Herausgeber:**  
Stadt Nürnberg  
Amt für Existenzsicherung und  
soziale Integration - Sozialamt  
Dietzstraße 4  
90443 Nürnberg  
**Druck:**  
WiB Werkstatt für Behinderte der  
Stadt Nürnberg gGmbH, Druckerei  
Dorfäckerstr. 37  
90427 Nürnberg

www.esp-nuernberg.de



- **Kostenlose Energieberatung**
- **Бесплатные консультации по энергопотреблению**
- **Ücretsiz Enerji Danışmanlığı**



EnergieSparProjekt



*Sofortmaßnahmen erhöhen die Energiesparmotivation*

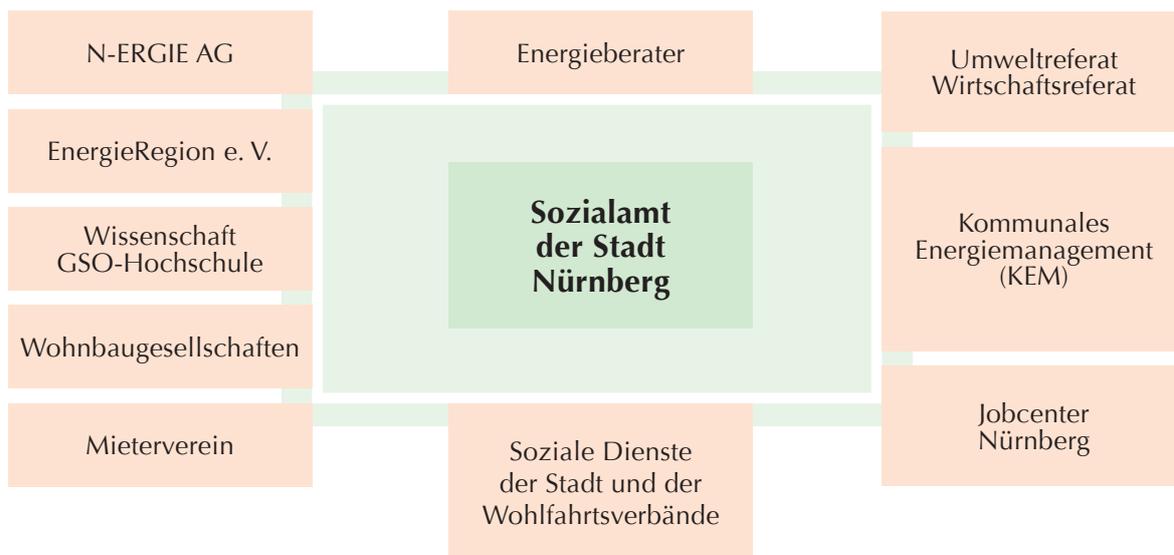
und Kunden. Darüber hinaus finden je nach Bedarf Informationsveranstaltungen zu Themen statt, die sich in der Praxis als relevant für eine verbesserte Beratungsarbeit herausgestellt haben. Dabei handelt es sich sowohl um Themen aus dem sozialen als auch aus dem energietechnologischen Bereich.

Die Anmeldung zur Beratung erfolgt telefonisch, schriftlich oder per E-Mail bei der ESP-Koordinierungsstelle im Sozialamt. Bei der telefonischen Terminvereinbarung erhält die Kundin oder der Kunde zugleich genauere Auskünfte zu den Beratungsschwerpunkten und zum -ablauf. Außerdem werden beim telefonischen Erstkontakt für die Beratung wichtige Vorinformationen eingeholt und in einer Liste erfasst, wie z.B. Angaben zur Haushaltsgröße, zur vorhandenen Warmwasseraufbereitung und Heizung sowie zu den monatlichen Abschlägen für Haushaltsstrom und Wärme.

Da jede erfolgreiche Beratung auf Vertrauen aufbaut, legt ESP großen Wert auf einen respektvollen Umgang mit Kundinnen und Kunden und auf Diskretion. Die Berater achten generell auf einen einfachen, aber gepflegten Sprachstil sowie höfliche Umgangsformen, sind verschwiegen und nehmen für die Beratung notwendige Außenkon-

takte nur mit Zustimmung des Kunden auf. Die Beratung selbst erstreckt sich über einen längeren Zeitraum und ist unterteilt in eine ausführliche Erstberatung („Haushaltsdiagnose“) und in der Regel zwei kürzere Folgeberatungen.

Bei der Erstberatung werden zunächst die Verbrauchsabrechnungen analysiert und anschließend alle beratungsrelevanten Informationen in einem standardisierten Erfassungsbogen aufgenommen. Dazu zählen Haushalts- und Wohnungsdaten und der Zustand des Gebäudes, die monatlichen Abschläge für Strom und Heizung, das Nutzerverhalten, Verbrauchswerte von Haushaltsgroßgeräten, Unterhaltungselektronik, Heizung, Warmwasseraufbereitung und Beleuchtung, ggf. vorhandene Zahlungsrückstände, Zählerstände und soziodemografische Daten. Dabei handelt es sich nicht um ein schematisches Vorgehen, sondern die Beratenden gehen in der Reihenfolge der größten Probleme vor. Anhand der gewonnenen Informationen werden erste praktische Empfehlungen zum Energiesparen in leicht verständlicher, anschaulicher Form gegeben. Zur Aktivierung der Kundinnen und Kunden erfolgt abschließend eine gemeinsame Festlegung von Aufgaben, die zu erledigen sind. Dabei handelt



#### Vernetzung des Projekts

es sich z. B. um den Wechsel in einen günstigeren Tarif, um das Einreichen von fehlenden Unterlagen oder um die Kontaktaufnahme zum Vermieter zur Beseitigung von Wohnungsmängeln.

In den Folgeberatungen werden ggf. noch fehlende Angaben im Erfassungsbogen ergänzt, die individuellen Beratungsschwerpunkte vertieft und die Erledigung der gemeinsamen Aufgaben überprüft. Einen herausragenden Stellenwert hat an diesen Terminen die gemeinsame Erfolgskontrolle der Einsparbemühungen durch den Vergleich der an den jeweiligen Terminen gemessenen Zählerstände. Ist das Ergebnis positiv, bedeutet dies einen Motivationsschub für weitere Anstrengungen. Bei einem geringeren oder ausbleibenden Erfolg wird gemeinsam nach den Ursachen gesucht, um Lösungen für erfolgreichere Energiesparstrategien zu finden. Zur Unterstützung der Einsparbemühungen erhalten die Kunden bei den Folgeberatungen kostenlose Energiesparartikel, die auf ihre individuelle Situation abgestimmt sind. Die Palette der bei ESP vorhandenen Sparartikel reicht dabei von Energiesparlampen, LED-Lampen über Perlatoren und Wassersparduschköpfen bis hin zu Wasserkochern.

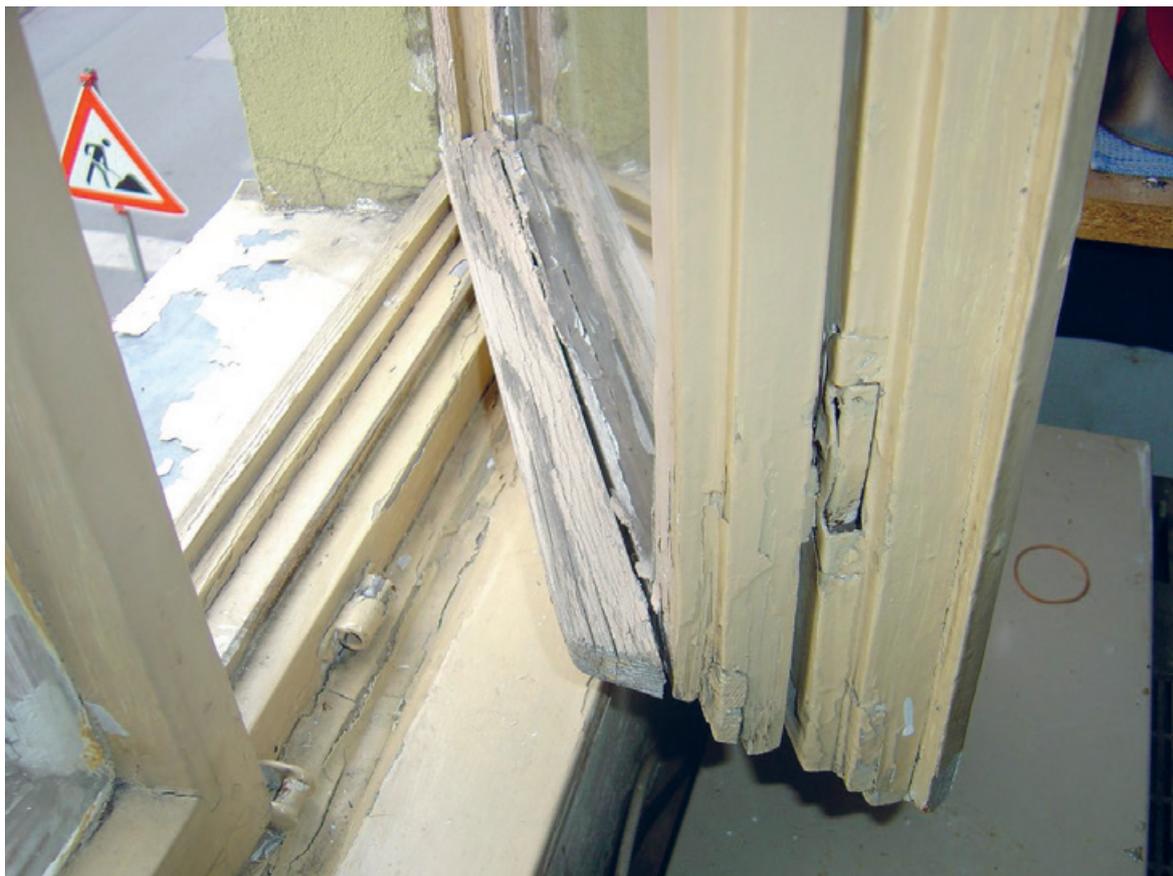
Nicht selten befinden sich Kundinnen und Kunden grundsätzlich in schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Notsituationen. In diesen Fällen findet, bei Einverständnis des oder der Betroffenen, die Vermittlung eines Kontakts zum zuständigen Sozialdienst, zum Leistungsträger oder zu einem speziellen Fachdienst statt.

#### Das ESP-Netzwerk

Da der umfassende Beratungsansatz und die beabsichtigte Breitenwirkung nur mit Kooperationspartnern realisiert werden kann, ist ESP seit Beginn dicht vernetzt. ESP kooperiert mit verschiedenen Stellen. Beispielsweise erfolgt die Bewerbung des Beratungsangebots in enger Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten der Stadt, den Wohlfahrtsverbänden und dem Jobcenter Nürnberg.

#### Sozialer Bereich

Von großer Bedeutung für den Projekterfolg ist die Zusammenarbeit mit den kommunalen sozialen Diensten, mit sozialen Einrichtungen und mit den Leistungsträgern (Jobcenter, Sozialamt). Diese Stellen ermöglichen ESP die gezielte Bewerbung des Beratungsangebots. Im Rahmen von Workshops und durch mittlerweile enge Arbeitskontakte sind die Mitarbeitenden dieser Einrichtungen mit dem Projekt vertraut und daher bestens in der Lage, Kundinnen und Kunden von dem Beratungsangebot zu überzeugen. Für ihre Ansprache stehen dabei allen Stellen zielgruppenadäquate Informationsmaterialien zur Verfügung. Aufgrund der hohen Zufriedenheit und des wachsenden Problemdrucks empfehlen darüber hinaus immer mehr ehemalige Kundinnen und Kunden ESP in ihrem sozialen Umfeld weiter.



*Undichte Fenster zu ersetzen, spart Energiekosten*

### **Wohnungswirtschaft**

Ein sehr wichtiges Projektanliegen ist die energetische Verbesserung der Wohnsituation. Gerade dadurch können hohe Einsparererfolge erzielt und Energiekosten gesenkt werden. Hier besteht eine für beide Seiten fruchtbare Zusammenarbeit mit dem kommunalverbundenen Wohnungsunternehmen wbg. Durch ein unbürokratisches Verfahren werden von ESP gemeldete einfache Wohnungsmängel (undichte Fenster und Türen, defekte Heizungen, Boiler oder Durchlauferhitzer) von der wbg rasch behoben. Wenn es dringend erforderlich ist, erfolgt die Neuinstallation einer Heizung oder eines Durchlauferhitzers. Dieses Verfahren führt für viele Haushalte zu teilweise hohen Einsparungen von Heiz- und Warmwasserkosten. Das Wohnungsunternehmen profitiert wiederum von der Zusammenarbeit durch den Erhalt des Wohnraums.

Auch Privatvermieter werden über festgestellte Mängel in ihren Wohnungen informiert. In der Regel werden eine ausführliche Stellungnahme und ein städtisches Begleitschreiben an den Vermieter versandt. Auch hier sind vor allem Erfolge

bei einfachen energetischen Maßnahmen zu verzeichnen. Zur Durchführung von aufwändigeren und kostspieligeren Maßnahmen, wie z.B. Wärmedämmung oder Beseitigung von in der Bausubstanz begründetem Schimmelbefall, ist in der Regel der volle Einsatz (Vor-Ort-Termine) des Beraters oder der Beraterin gefordert, was zeitlich und vom Projektbudget her leider nicht immer möglich ist. Dennoch werden auch hier Erfolge erzielt.

### **Leistungsträger**

Weil die Umsetzung von Sanierungsvorschlägen immer vom „Goodwill“ des Vermieters abhängt, kann leider nicht allen Haushalten geholfen werden. Um sie von den hohen Energie-Verbrauchs-kosten unsanierter Wohnungen zu entlasten, hat ESP ein Werkzeug zur Berechnung der tatsächlich benötigten Heizkosten entwickelt und mit den Leistungsträgern abgestimmt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Heizkosten für Transferleistungsbeziehende nur bis zu einer Obergrenze übernommen werden. Diese festgelegte „Heizkostenpauschale“ reicht aber,

wenn verschiedene Faktoren aufeinander treffen, häufig nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Daher spielen die Empfehlungen zur Übernahme der berechneten tatsächlich benötigten Heizkosten eine äußerst wichtige Rolle zur finanziellen Entlastung von Haushalten, die im Leistungsbezug stehen. Dies wird in der hohen Zahl von rund 200 fachlich begründeten schriftlichen Empfehlungen deutlich, die 2013 schon bereits bis Herbst an Leistungsträger verschickt worden sind.

Auch wenn mit dem aufgezeigten Verfahren vielen Leistungsbeziehenden geholfen werden kann, darf nicht übersehen werden, dass es im Rahmen von ESP keine Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung von Geringverdienenden gibt. In diesen Fällen bleibt den Beraterinnen und Beratern letztendlich nur übrig, einen Umzug zu empfehlen und über Wege der Wohnungssuche zu informieren.

#### **Mieterverein**

Da die Beratenden immer wieder mit unhaltbaren Wohnungszuständen konfrontiert werden, können sich Transferleistungsbezieher auf Initiative von ESP mit einem Gutschein vom Mieterverein kostenlos beraten lassen. Die Kosten dafür übernimmt der Leistungsträger. Durch die Beratung wird ihre Position gegenüber dem Vermieter gestärkt, und eine unhaltbare Wohnsituation kann mit Hilfe des Mietervereins in vielen Fällen zumindest abgemildert werden. Darüber hinaus spielt die gegenseitige Unterstützung eine wichtige Rolle in der bestehenden Partnerschaft. Mietrechtliche Fragen, die sich aus der ESP-Beratung ergeben, können auf „kurzem Weg“ geklärt werden. Auf der anderen Seite erhält der Mieterverein unbürokratische Unterstützung bei Fragen zu Verbrauchsabrechnungen.

#### **Regionale Tageszeitung (Spendenaktion)**

Neben unsaniertem Wohnraum treiben vor allem alte „stromfressende“ Haushaltsgeräte Energieverbrauch und -kosten hoch. ESP hat deshalb schon frühzeitig Kontakt aufgenommen zu dem Verantwortlichen für die jährlich stattfindende Spendenaktion der regionalen Tageszeitung. Gemeinsam wurde ein unbürokratisches Verfahren entwickelt, um besonders Bedürftigen den Kauf eines sparsamen Neugeräts durch einen Zuschuss in namhafter Höhe zu ermöglichen. Dabei handelt es sich

in der Regel um sparsame Kühlschränke (A++), in Einzelfällen werden auch Elektroherde (A+) und Waschmaschinen (A++) gefördert. Bestimmte Vorgaben gewährleisten dabei die zweckmäßige Verwendung der Spende und den Abtransport des Altgeräts. Diese „Geräteaustauschaktion“ hat bislang in mehr als 180 Haushalten zu deutlichen Energieeinsparungen geführt. Die zur Verfügung stehenden Mittel aus der Spendenaktion reichen allerdings bei weitem nicht aus, um den gesamten Bedarf an notwendigen Ersatzbeschaffungen decken zu können.

#### **Regionale Energieversorger**

Eine zentrale Rolle spielt der regionale Energieversorger für das Projekt. Ohne dessen Förderung wäre keine ausreichende finanzielle Basis vorhanden, das Projekt in größerem Umfang durchführen zu können. Enorm wichtig ist die Unterstützung auf der Arbeitsebene. So gibt es feste Ansprechpartner/innen, die für Fragen aus dem Beratungszusammenhang zur Verfügung stehen. Dabei handelt es sich z.B. um Auskünfte zu Zählerständen oder um die Ausstellung von Zweitschriften, aber auch um die Möglichkeit zur Verschiebung einer angekündigten Energiesperre. Wichtiges Ergebnis der Zusammenarbeit ist die 2010 zwischen dem Energieversorger und der Stadt Nürnberg abgeschlossene Kooperationsvereinbarung, in der ein sozialverträgliches Ratenplanverfahren, Maßnahmen zur Vermeidung von Stromsperren und der Zugang zum günstigsten Tarif für Leistungsbeziehende festgelegt sind.

#### **Umwelt- und Klimaschutzbereich**

Im Mittelpunkt steht hier der fachliche Austausch zwischen ESP und verschiedenen Einrichtungen und Initiativen des Umwelt- und Klimaschutzbereichs. Einen wichtigen Stellenwert nimmt dabei die punktuelle Mitwirkung in dem Lenkungsreis „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“, einem Gremium der Metropolregion Nürnberg, ein. In den Arbeitskreis „Energieeffizienz in Gebäuden und privaten Haushalten“ des Gremiums konnte ESP wichtige Anhaltspunkte zur Wohnsituation, zur Geräteausstattung und zum Nutzerverhalten von Leistungsbeziehenden und Geringverdienenden einbringen. Durch die Sensibilisierung der eher technisch orientierten Mitglieder des Gremiums für die Einsparpotenziale infolge eines geänderten Verbraucherverhaltens

trägt ESP dazu bei, dass dieser wichtige Aspekt bei den zu entwickelnden Klimaschutzstrategien mehr Berücksichtigung findet. Aktuell geplant ist eine Zusammenarbeit zwischen dem Umweltamt und dem Sozialamt unter Beteiligung von ESP zur Umsetzung des kürzlich im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts fertiggestellten „Energienutzungsplans bis 2030“. Bei den aus dem Plan abgeleiteten Vorhaben handelt es sich vor allem um Maßnahmen zur Wärmedämmung im Gebäudebestand, aber auch um Effizienzkampagnen in der Öffentlichkeit [3]. Aufgrund der langjährigen Erfahrungen kann ESP wertvolle Unterstützung bieten bei der Entwicklung einer zielgruppengerechten Effizienzkampagne, die sich an die große Bevölkerungsgruppe von Transferleistungsbeziehenden und Geringverdienenden in Nürnberg richtet. Schnittstellen zwischen dem Umweltamt und dem Sozialamt ergeben sich aber besonders auch beim Thema Gebäudedämmung. Wichtiges Anliegen des Sozialamts ist der Erhalt von erschwinglichem Wohnraum. In diesem Zusammenhang wird es darum gehen, Bereiche der Stadtpolitik zu verzahnen, und gemeinsam sozialverträgliche Lösungen zur energetischen Verbesse-

rung von Wohngebäuden des unteren Preissegments zu finden. Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung durch das vom Baureferat der Stadt Nürnberg getragene kommunale Energiemanagement (KEM), das im Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“ des Bundesumweltministeriums für die systematische energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude ausgezeichnet wurde. Das KEM informiert ESP über aktuelle Entwicklungen im Bereich Energieeffizienz, über Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung und über für ESP relevante Veröffentlichungen und Veranstaltungen und trägt damit zur Qualität der Beratungen bei.

### Die höchsten Einsparpotenziale beim Verbraucherverhalten

Da die Einsparpotenziale beim Energieverbrauch durch Maßnahmen wie energetische Gebäudesanierung, Einbau von effizienter Heiztechnik oder Geräte austausch in Fachkreisen bekannt sind, soll an dieser Stelle nur auf Einsparpotenziale durch ein geändertes Verbraucherverhalten eingegangen

*Messergebnisse zeigen Einsparpotenziale auf*



werden. Besonders hohe Einspareffekte sind hier durch eine veränderte Warmwassernutzung, richtiges Heizen und Lüften sowie durch eine optimale Bedienung der Heiztechnik und Warmwasseraufbereitung zu erzielen.

In der Praxis zeigt sich, dass einkommensschwache Haushalte in der Regel nicht auf einen sparsamen Warmwasserverbrauch achten. Kosten und Umweltbelastung des gewohnten Warmwasserverbrauchs sind weitgehend unbekannt. Durch die Änderung von Gewohnheiten, wie z. B. kurzes statt ausgiebiges Duschen, Händewaschen unter kaltem statt warmem Wasser, Geschirrspülen in der Schüssel statt unter fließend warmem Wasser, Zurückstellen des Wasserhebels auf die niedrigste Temperaturstufe, optimale Einstellung der Warmwassertemperatur, können Verbrauch und Kosten deutlich gesenkt werden.

Im Bereich „Wärme“ sind hohe Einsparerfolge zu erreichen durch die optimale Bedienung der Heiztechnik, die Wartung von Gasthermen, Reparaturen von Gerätedefekten und durch ein effizientes Heiz- und Lüftungsverhalten. Auch für den Bereich „Wärme“ fehlt oftmals den beratenen Haushalten das Wissen über Einsparmöglichkeiten. Die Funktionsweise der Heiztechnik, die Rolle des Raumthermostats, die richtige Temperierung der verschiedenen Wohnräume und die Bedeutung von Stoß- und Querlüftung sind ihnen in der Regel völlig fremd.

Eine ausführliche, häufig auch viel Geduld und Einfühlungsvermögen erfordernde Beratung zu diesen Bereichen spielt deshalb eine herausragende Rolle für die nachhaltige und deutliche Senkung des Energieverbrauchs.

*Praxisnahe Konsumtipps sollen zum ressourcenschonenden Verbrauch von Wasser und Energie motivieren*



Discountern sind somit wesentlich länger als erforderlich, zudem wird in der Regel in umweltschädliche Einwegflaschen abgefüllt.

**Leitungswasser ist von hoher Qualität**

Leitungswasser gehört in Deutschland zu den am strengsten kontrollierten Lebensmitteln. Mineralwasser und Heilwasser unterliegen, im Gegensatz zu Leitungswasser, nicht den strengen Anforderungen der Trinkwasserverordnung.

**Mineralwasser ist nicht gesünder als Leitungswasser**

Die meisten Mineralstoffe nimmt der Körper über die feste Nahrung auf. Bei Mineralwässern in Plastikflaschen konnten Rückstände der Verpackung nachgewiesen werden. Zudem hat Mineralwasser einen höheren Urangehalt als Leitungswasser, da es in größerer Tiefe gewonnen wird. Nur bei älteren Häusern mit Bleileitungen kann der Bleigehalt im Wasser schädlich für Säuglinge und Kleinkinder sein. Während man im Süddeutschen Raum seit 1878 auf Bleileitungen verzichtet, wurden insbesondere in nord- und ostdeutschen Ballungsgebieten mitunter noch bis 1973 Bleirohre verlegt. Im Zweifelsfall sollte man den Vermieter oder den örtlichen Wasserversorger befragen.



EnergiesparProjekt - ESP - Energieschulden/Investition

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

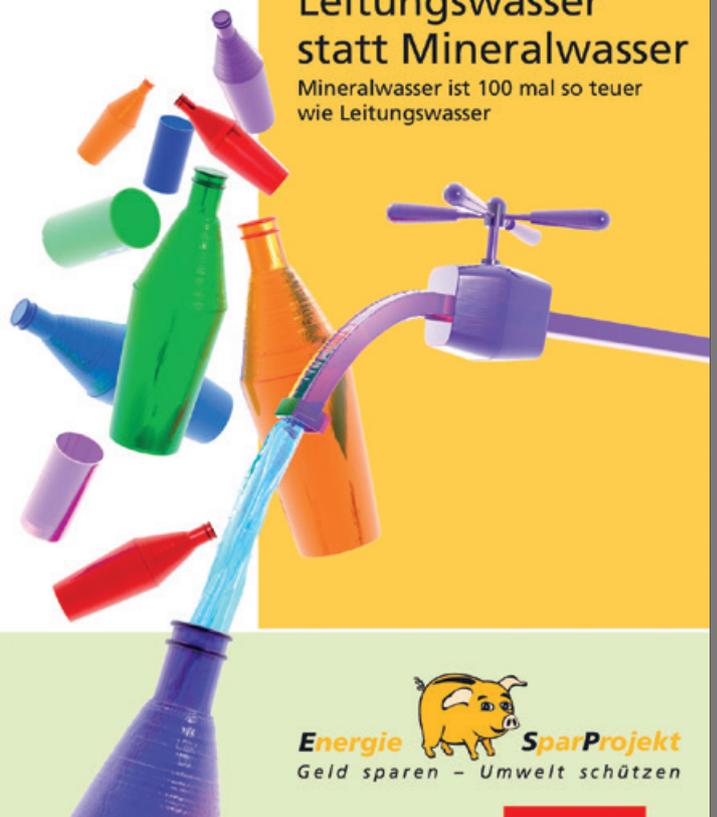
Mit freundlicher Unterstützung der **N-ERGIE**

Herausgeber: Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Dietzstraße 4, 90443 Nürnberg.  
Druck: WFB Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH, Druckerei, Dorfäckerstr. 37, 90427 Nürnberg.  
Auflage: 1000 Exemplare, Erscheinungsdatum: Oktober 2012

**Konsumtipp**

**Leitungswasser statt Mineralwasser**

Mineralwasser ist 100 mal so teuer wie Leitungswasser



**Energie SparProjekt**  
Geld sparen – Umwelt schützen

www.esp-nuernberg.de

## Öffentlichkeitsarbeit

Für eine optimale Bekanntmachung des Projekts und eine nachhaltige Verankerung des Themas „Energieeinsparung und Klimaschutz“ in der Kommune wurde ein systematisches, aufeinander aufbauendes und inhaltlich abgestimmtes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Es richtet sich zum einen an die Stadtbevölkerung und zum anderen an Projektpartner, Multiplikatoren und Fachinteressierte. Um den Wiedererkennungseffekt zu erhöhen, wurde ein einheitliches Logo mit einem durchgängigen Farbschema und Layout entwickelt. Sprache und Inhalt sind bei Bedarf auf Unterzielgruppen abgestimmt.

Für die Zielgruppe des Projekts wurden folgende Infomaterialien erstellt:

- **„Energiespartipps“ (auch auf Russisch und Türkisch)**  
Die Energiespartipps konzentrieren sich auf die wichtigsten zehn Hinweise zum Energiesparen und sind in einer knappen und leicht verständlichen Sprache verfasst.
- **ESP-Folder**  
Hier werden die wichtigsten Informationen zur „Energieberatung“ anschaulich erläutert. Durch eine Kurzzusammenfassung der wichtigsten Aussagen auf Russisch und Türkisch werden gezielt auch Zuwandererhaushalte dieser Länder angesprochen.
- **Werbeplakat**  
Das Plakat ist in der grafischen Aufmachung auf den Folder abgestimmt und hängt in allen größeren sozialen Einrichtungen der Stadt aus.
- **Konsumtipps**  
Fünf praxisnahe, leicht verständliche Verbraucherinfos sollen zum ressourcenschonenden Verbrauch von Wasser und Energie motivieren. Die Konsumtipps wurden gemeinsam erarbeitet mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und dem Institut für ökologische Wirtschaft (IÖW), Berlin, erarbeitet.
- **ESP-Infoveranstaltungen für Besucher sozialer Einrichtungen**  
Diese Infoveranstaltungen nehmen einen besonderen Stellenwert ein, um Interesse für Klimaschutz in Form von Energiebewusstsein bei sozial benach-

teiligten Bevölkerungsgruppen zu wecken. Möglichkeiten für Energieeinsparungen werden dabei möglichst anschaulich und praxisnah erklärt. Mit den stark nachgefragten Infoveranstaltungen werden sehr unterschiedliche soziale Gruppen (z. B. Auszubildende, Alleinerziehende mit Migrationshintergrund, Langzeitarbeitslose, Rentner) erreicht.

Für Multiplikatoren und für das Fachpublikum stehen folgende Medien und Materialien zur Verfügung:

- **Internetauftritt ([www.esp-nuernberg.de](http://www.esp-nuernberg.de))**  
Mit dem Internetauftritt sollen in erster Linie Multiplikatoren, aber auch die Zielgruppe über das Projekt sowie Energie-Einsparmaßnahmen und Maßnahmen zur Energieschuldenprävention informiert werden.
- **ESP-Broschüre**  
Die Broschüre informiert umfassend über den Entstehungshintergrund und das Beratungskonzept des Projekts und vermittelt grundlegendes Praxiswissen rund um das Thema „Energiesparen“ (u. a. Verbrauchswerte, Kennzahlen, Energieeinspareffekte).
- **ESP-Workshop für Soziale Dienste und Leistungsträger**  
Der Workshop vermittelt anhand von Fallbeispielen Wissen zu den Themen Energieabrechnung, Energieeinsparpotenziale in Haushalten und Energieschulden.

## Ergebnisse

ESP erreicht die Zielgruppe, findet großen und wachsenden Zuspruch und zeigt Wirkung [4]. Rund 2.400 Haushalte (Stand: 31.10.2013) konnten bislang über einen längeren Zeitraum (Erst- und Folgeberatungen) intensiv beraten und unterstützt werden. Zur Wirkungskontrolle wurde ESP 2008 und 2009 wissenschaftlich begleitet durch die Fachbereiche Energietechnik und Soziale Arbeit der Georg-Ohm-Hochschule, Nürnberg, und das Institut für Technik und Marktstrategien (tms), das auch für die Projektevaluation verantwortlich ist. Datenbasis der Evaluation waren 308 Haushalte, die 2008 beraten worden waren. Die ermittelte Stromkostensparnis liegt bei durchschnittlich

120 Euro und die ermittelte Heizkostensparnis bei durchschnittlich 130 Euro pro Jahr und Haushalt. Das entspricht einer Reduktion der Stromkosten um 15 Prozent, der Heizkosten um 22 Prozent und der Strom- und Heizkosten gesamt um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Durch die erzielten Energieeinsparungen verringerte sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Durchschnitt um 0,7 Tonnen pro Jahr und Haushalt. Insgesamt sanken dadurch 2008 die Treibhausemissionen im Stadtgebiet Nürnberg um 185 Tonnen gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund der im Projektverlauf gestiegenen Beratungskompetenz und hinzugekommenen Einsparmaßnahmen ist davon auszugehen, dass die erzielten Einsparungen heute höher liegen als im Untersuchungszeitraum 2008 zu Projektbeginn. Angesichts knapper Projektmittel konnte bislang aber keine neue Evaluation in Auftrag gegeben werden.

### Finanzierung

Neben kommunalen Mitteln der Armutsprävention erhält das Projekt seit 2008 jährlich eine namhafte finanzielle Zuwendung des regionalen Energieversor-

gers. In den Jahren 2008 und 2009 wurde das Projekt zudem mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und aus dem kommunalen CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm gefördert. Für den Geräteaustausch in den beratenen Haushalten stellt die Regionale Tageszeitung seit 2009 Mittel aus der jährlichen „Weihnachtsspenden-Aktion“ zur Verfügung. Den Projektstart unterstützte ein Nürnberger Versicherungsunternehmen mit einer größeren Spende.

### Bedeutung für den Klimaschutz

Die besondere Bedeutung des Projekts für den kommunalen Klimaschutz beruht auf folgenden Komponenten:

1. Durch die lebensnahe und vor allem niederschwellige Ansprache der Zielgruppe wird die Akzeptanz für Klimaschutz in einer Bevölkerungsgruppe geweckt oder erhöht, die bislang noch wenig Zugang zu dem Thema hatte. Der mit der professionellen Beratung verbundene konkrete und dauerhafte Einsparnutzen für die Zielgruppe festigt diese Akzeptanz.

*Die Ergebnisse der „Haushaltsanalyse“ werden ohne Zeitdruck besprochen und Einsparmöglichkeiten in leicht verständlicher Form erklärt*



2. Über die fachlich qualifizierte, aber an den kommunikativen Voraussetzungen und Lebensverhältnissen der Zielgruppe ausgerichtete Beratung wird Klimaschutz in Form von Energiesparkompetenz in den Alltag von sozial benachteiligten Haushalten getragen und dort nachhaltig verankert.
3. Durch die breite Vernetzung des ESP-Projekts werden soziale Einrichtungen mit dem Thema Klimaschutz vertraut gemacht, die von ihrem Aufgabengebiet her bislang keine Berührung mit dem Thema haben. Dieses Wissen fließt in die Arbeit mit den Klienten ein und bewirkt damit einen Multiplikatoreffekt.
4. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung und mit externen Institutionen und Einrichtungen bewirkt einen offenen und breiten Austausch über das Thema Klimaschutz sowie damit verbundene Synergieeffekte.

Insgesamt tragen die durch die Beratungen erzielten und durch die Multiplikatorwirkung erzeugten Energieeinsparungen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Stadtgebiet Nürnberg bei und verbessern damit die kommunale Klimaschutzbilanz. Da der Schlüssel für Energieeinsparung und Klimaschutz nicht nur beim Strom, sondern vor allem auch beim Wärmeverbrauch liegt, wird die Bedeutung des ESP-Projekts aufgrund seines umfassenden Beratungsansatzes für den kommunalen Klimaschutz weiter steigen. ■

### Quellenangaben

[1] Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, *Einkommensverteilung in Nürnberg 2011, Nürnberg 2012.*

[2] Stadt Nürnberg, Umweltreferat, *Klimaschutz in Nürnberg, Nürnberg 2013.*

[3] *Ebenda.*

[4] Schaller, S., *Nutzerstruktur des Projektes Energieschuldenprävention (ESP) in Nürnberg, unveröffentlicht. Diplomarbeit, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 2011.*



### GUNDULA BLASZYK

Leiterin des „EnergieSparProjekts zur EnergieschuldenPrävention“ (ESP), Stadt Nürnberg

Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg, danach pädagogische Mitarbeiterin beim Jugendamt der Stadt Nürnberg. Von 1991 bis 2006 zunächst Projektleiterin und später Abteilungsleiterin bei der städtischen Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit gGmbH. Seit 2006 erneut bei der Stadt Nürnberg, Stab Armutsprävention des Sozialamts, tätig, schwerpunktmäßig Entwicklung des 2008 gestarteten „EnergieSparProjekts“, seitdem Leiterin des Projekts.

## Energiekosten senken – Unterstützung einkommensschwacher Haushalte durch die Wuppertaler Stadtwerke

Wenn es um Klimaschutz geht, kann jeder Einzelne etwas tun, zusammen erreicht man noch mehr. Mit zwei Projekten zur nachhaltigen Schonung von Klima, Energieressourcen und Geldbeutel unterstützen die Wuppertaler Stadtwerke (WSW) seit 2010 Bürgerinnen und Bürger, die nicht über ausreichende finanzielle Mittel zur Bezahlung der Energie verfügen. Sie kooperieren dabei mit der Verbraucherzentrale in Wuppertal und der Verbraucherzentrale NRW sowie dem Umwelt- und Verbraucherministerium NRW.

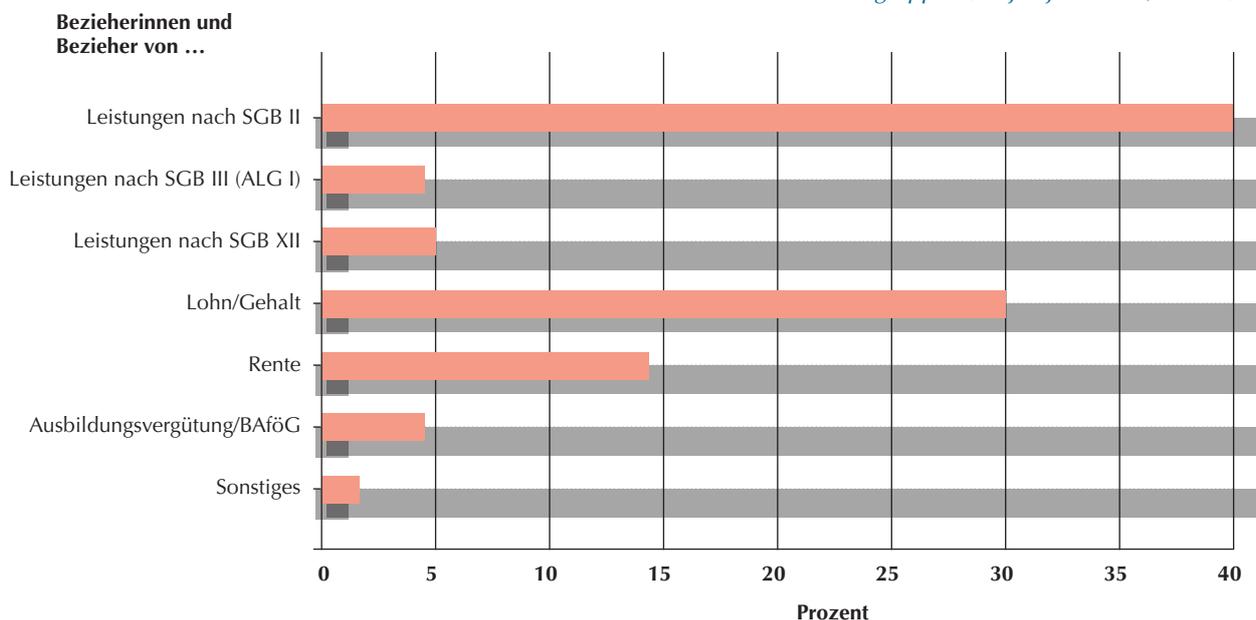
### Die „Budget- und Rechtsberatung“: Wege zur Energieeffizienz und zur Vermeidung von Energieschulden aufzeigen

„Wie können wir Menschen helfen, die Energieschulden haben und ihre Situation aus eigenem

Antrieb verbessern möchten?“ – Mit diesem Gedanken hat alles angefangen. Bei einem der regelmäßigen Treffen der WSW mit der Verbraucherzentrale Wuppertal wurde wie gewöhnlich über Schnittpunkte gesprochen. Vor allem ging es damals, vor mehr als drei Jahren, um hohe Energiekosten und daraus resultierende Schulden. Besonders in Haushalten mit geringem Einkommen ist das seit Langem ein Thema, das immer mehr an Relevanz gewinnt. Es galt also für die WSW, einen Weg zu finden, betroffene Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen, damit diese ihre Energierechnungen sowie auch ihren Energieverbrauch nachhaltig in den Griff bekommen.

In erster Linie sollte das natürlich in ihrem eigenen Interesse geschehen. Aber auch den Stadtwerken ist als Versorger an der Begleichung ausstehender Zahlungen gelegen. In diesem Zusammenhang möchten die WSW nicht Teil des

Erreichte Zielgruppen (Projektjahr 2013, n=180)





**Stephanie Kosbab:**

*„In unseren Gesprächen hat sich gezeigt, dass wir im Umgang mit Zahlungsproblemen rund um die Energierechnung gemeinsam einiges erreichen können. Verbraucher befinden sich in ganz unterschiedlichen existenziellen Problemlagen, die individuell beurteilt und behandelt werden sollten. Zunächst einmal gilt es, die Existenz der Verbraucher, sprich: die Versorgung mit Strom, sicherzustellen. In einem nächsten Schritt ist es uns wichtig, bei den Verbrauchern mittels unserer Budget- und Rechtsberatung sowie den flankierenden Angeboten im Bereich der Energieeinsparung ein Bewusstsein für ihren Energieverbrauch und dessen Kosten zu schaffen. Dieses Wissen*

*sollte so gefestigt werden, dass sie ihre Haushaltssituation realistisch einschätzen und mit ihr umgehen lernen. Was die Lösungsfindung angeht, arbeiten alle drei Parteien – Verbraucher, Stadtwerke und Verbraucherzentrale – eng zusammen. Zusätzlich initiieren wir vor Ort Runde Tische, um den Austausch aller relevanten Akteure zu fördern und Frühwarnstrukturen aufzubauen. Der Netzwerkgedanke wird bei uns großgeschrieben. Es geht auch darum, die Probleme idealerweise langfristig beseitigen zu können.“*

Stephanie Kosbab ist in der Verbraucherzentrale NRW in Düsseldorf juristische Referentin für das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“. Sie arbeitet in dem Projektteam mit zehn Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf, Wuppertal und weiteren sieben Projektstandorten in NRW zusammen.

Problems, sondern der Lösung sein. Deshalb wurde gemeinsam mit der Verbraucherzentrale NRW und der Verbraucherzentrale Wuppertal am 1. September 2010 die „Budget- und Rechtsberatung für Energieschuldner“ ins Leben gerufen. In der Verbraucherzentrale vor Ort erhalten sogenannte Energieschuldner Rat und Unterstützung, um Probleme bei Zahlungsschwierigkeiten unbürokratisch zu lösen. Außerdem sollen ihnen Wege aufgezeigt werden, wie sie einen überhöhten Energieverbrauch in Zukunft möglichst vermeiden können. Das Beratungsangebot wird durch Faltblätter, die örtliche Presse und Netzwerkarbeit der beteiligten Institutionen beworben.

**Enge Zusammenarbeit und eigene Initiative**

Während die Verbraucherzentrale in Wuppertal ganz konkret mit jeder und jedem einzelnen Hilfesuchenden über deren oder dessen Situation und Möglichkeiten spricht, werden in der Verbraucherzentrale NRW in Düsseldorf unter anderem Fälle ausgewertet, Konditionen geprüft, juristische Aspekte beleuchtet, Interessen in Übereinstimmung gebracht, Leitlinien entwickelt. Kurz: Aus der Landeshauptstadt erhalten die Beratungskräfte und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke wertvolles Expertenwissen und externe Einschät-

zungen, die wiederum vor Ort angewendet werden. Sowohl mit der Verbraucherzentrale NRW als auch mit der Wuppertaler Einrichtung stehen die WSW im Rahmen des Beratungsprojekts in permanentem Kontakt und gehen auf die Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher möglichst individuell und entgegenkommend ein. Das Erfreuliche ist, dass die Ratsuchenden offen und dankbar für Vorschläge und Hilfestellung sind. Die allermeisten möchten ihre Situation aus eigenem Antrieb verbessern und sind bereit, auch etwas dafür zu tun.

Zwei Jahre lang – vom 1. September 2010 bis zum 30. September 2012 – lief das Projekt „Budget- und Rechtsberatung für Energieschuldner“ mit beherztem Einsatz aller Beteiligten. Und mit großem Erfolg. Die Verbraucherzentrale NRW stellte ihre Expertise zur Verfügung, während die WSW ihren Kunden mit vorübergehend angepassten Vertrags- und Zahlungskonditionen entgegenkamen. Zudem finanzierten sie die Stelle des Energieschuldnerberaters der Verbraucherzentrale Wuppertal mit jährlich 30.000 Euro. Der WSW ist es sehr wichtig, beim Thema Energieversorgung nicht in eine Verteidigungshaltung zu verfallen, sondern auf ihre Kundinnen und Kunden zuzugehen und zusammen mit weiteren Partnern Unterstützung für unterschiedliche Problemlagen anzubieten.



**Jochen von Köller:**

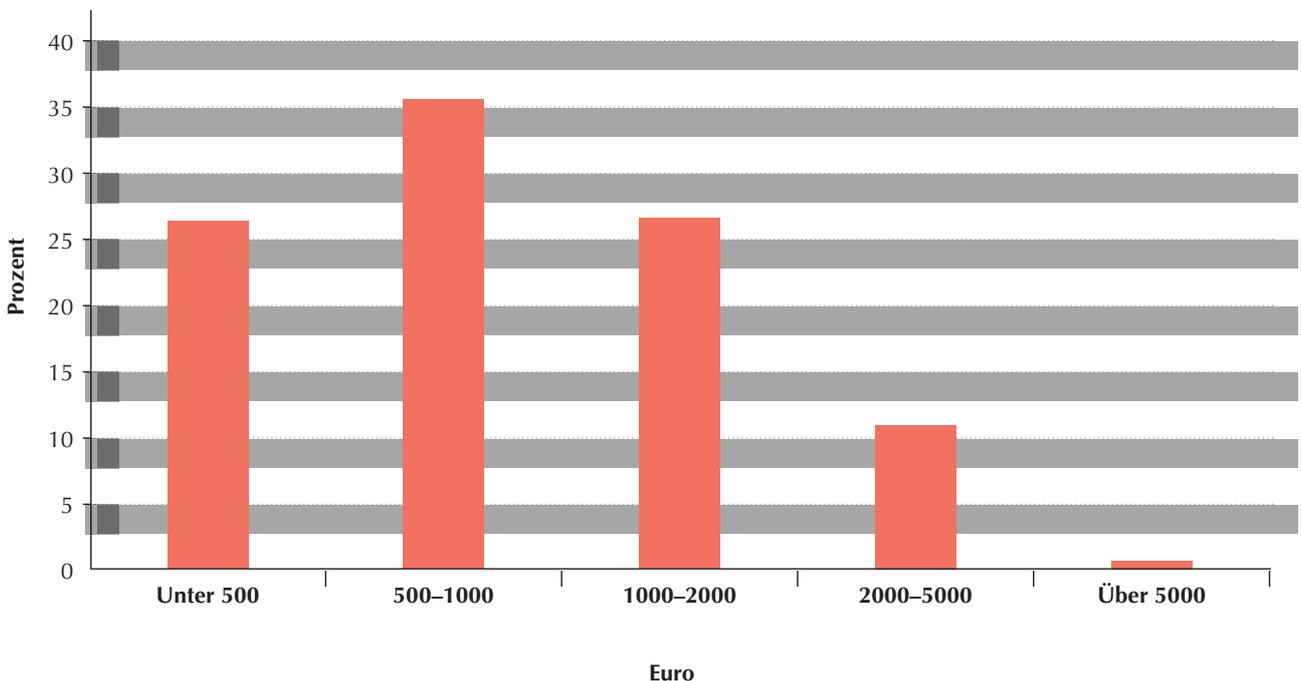
„Viele Kunden kommen zu mir, weil sie zum Beispiel ihre Verbrauchsabrechnung nicht verstehen oder ihre Energiekosten nicht stemmen können.

Meine Aufgabe ist zum einen, die Person einzuschätzen: Wie ist ihre häusliche und familiäre, wie ist ihre finanzielle Situation? Inwieweit ist die Person bereit, an einer Lösung mitzuwirken? Spielen juristische Aspekte eine Rolle? Im Anschluss gilt es, die Ursachen für den meist hohen Energieverbrauch zu ermitteln und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden. Dazu werden außerdem alle Unterlagen hinsichtlich der Energiekosten und des Verbrauchs gesichtet sowie die Einnahmen- und Ausgabensituation hinterfragt. Bei Bedarf empfehle ich Kunden unsere Energieberater oder unseren neuen kostenlosen Basis-Check vor Ort, um Stromfresser ausfindig zu machen. Die Energieberatung ist grundsätzlich in geringem Umfang kostenpflichtig, es besteht

aber im Rahmen des Projektes die Möglichkeit, das Angebot kostenfrei zu vermitteln. Dies hängt auch unmittelbar vom Haushaltseinkommen ab. Im Falle einer Verschuldung wende ich mich zunächst schriftlich (meist per Telefax) an die WSW. Um auch ihre Belange und Abläufe nachvollziehen zu können, habe ich zu Beginn meiner Projektstätigkeit die Mahnabteilung der Stadtwerke besucht. In Absprache mit den Verbrauchern schildere ich den WSW die Haushaltssituation, damit ein realistisches Bild des jeweiligen Haushaltes entsteht. Auf der Basis von gegenseitigem Verständnis können wir gemeinsam in der Mehrzahl der Fälle eine gute Lösung finden, zum Beispiel eine Vereinbarung über Ratenzahlungen. Wenn für den Betroffenen keine eigene Zahlungsmöglichkeit mehr besteht, nehme ich im Einzelfall auch Kontakt zu weiteren Stellen, wie z. B. dem Jobcenter oder Sozialamt, auf.“

Jochen von Köller ist seit 2013 als „Fachberater Energiearmut“ in der Verbraucherzentrale in Wuppertal tätig.

Fälle nach Höhe der Zahlungsrückstände bei dem Energieversorger (Projektjahr 2013)

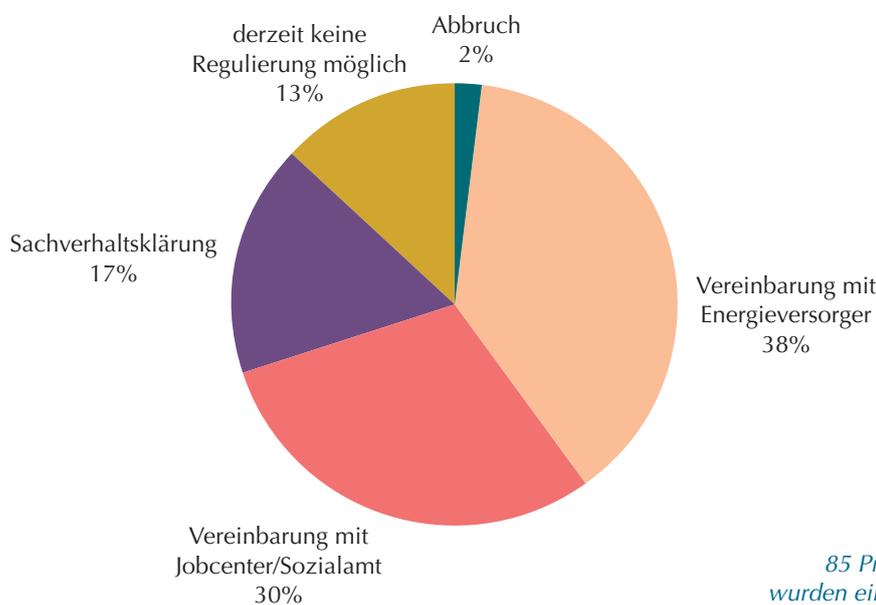


**Modellcharakter: erst Wuppertal, dann Nordrhein-Westfalen**

Der schnell einsetzende und anhaltende Erfolg machte die „Budget- und Rechtsberatung für Energieschuldner“ zum Pilotprojekt: Nach zwei Jahren und einem Extra-Monat Laufzeit ging es am 1. Oktober 2012 nahtlos in die landesweite Aktion „NRW bekämpft Energiearmut“ über. Die in der Stadt der Schwebebahn gemachten Erfahrungen sollten weitergegeben werden, um die Situation von Betroffenen auch in anderen Städten in NRW zu verbessern. Seitdem bieten neben Wuppertal noch sieben weitere Kommunen – Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Köln, Krefeld und Mönchengladbach – die besondere Beratung für Energieschuldner an. Akteure sind dort ebenfalls die lokalen Energieversorger in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen vor Ort. Das Land steuert über den gesamten gut dreijährigen Projektzeitraum die Hälfte der Gesamtkosten für das örtliche Beratungsangebot bei.

**Stephanie Kosbab, Verbraucherzentrale NRW:**

„Während der zweijährigen Zusammenarbeit mit den Wuppertaler Stadtwerken haben wir unser Augenmerk auch darauf gelenkt, ob sich das Projekt mit seinen Ansätzen auf andere Kommunen übertragen lässt. Die Antwort lautete: ja. Seit dem Startschuss für das Landesprojekt befinden wir uns mit allen acht teilnehmenden Städten und Versorgern in ständigem Austausch. Heute, nach einem weiteren Jahr Laufzeit, bestätigen uns die ganz konkreten Zahlen, welche die Kollegen in den neu hinzugekommenen Kommunen an uns kommunizieren: Das Projekt ist landesweit ein Erfolg, die Nachfrage ist immens und die Lösungsquote erfreulich hoch.“



85 Prozent der Einzelfälle wurden einer Lösung zugeführt

**Jochen von Köller, Verbraucherzentrale Wuppertal:**

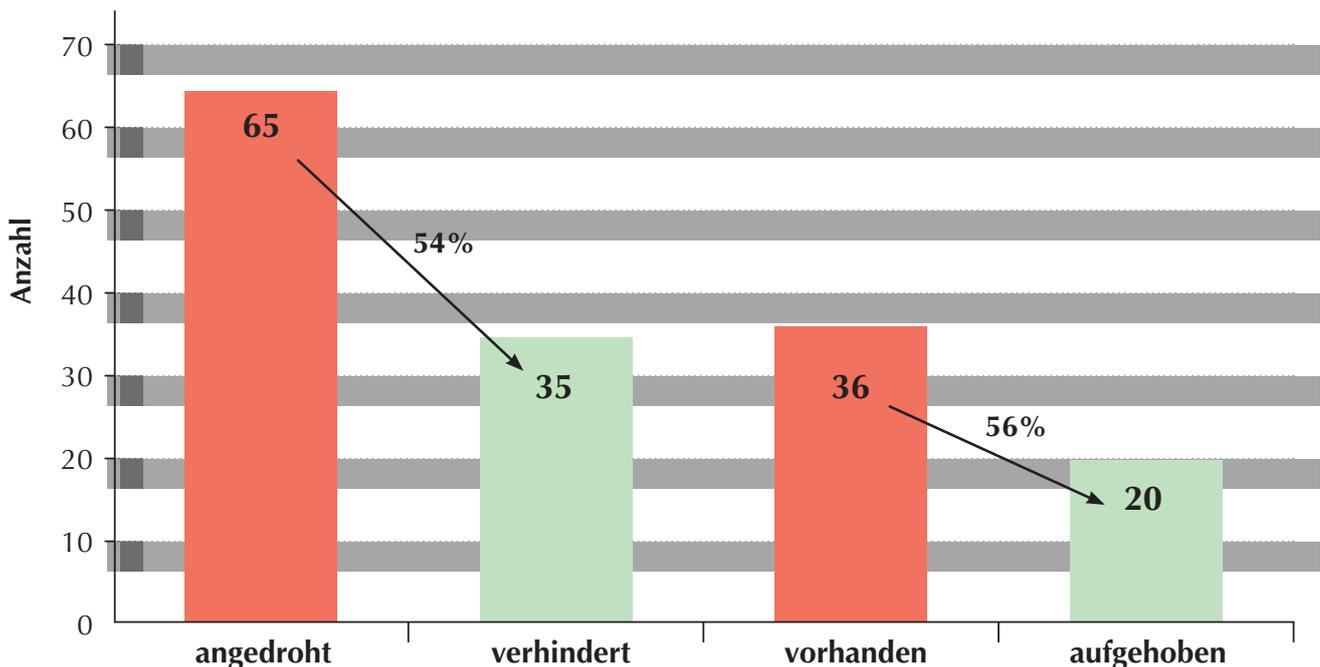
„Neben zahlreichen Kurzberatungen und telefonischen Gesprächen wurden im Jahr 2013 fast 150 ausführliche Beratungen durchgeführt. 85 Prozent der Problemsituationen, die uns die Verbraucher

in diesem Zeitraum anvertraut haben, konnten wir erfolgreich lösen. Wir freuen uns, dass sich die WSW an dem Projekt ‚NRW bekämpft Energiearmut‘ beteiligen. Unser Ziel ist es, durch die Zusammenarbeit eine langfristige Verbesserung der Verbrauchersituation zu erreichen.“

### Verantwortungsvoller Umgang bedarf Aufklärung

Energie ist ein sehr wichtiges Thema, dem man mit entsprechend großem Verantwortungsbewusstsein begegnen muss – sowohl als Verbraucherin oder Verbraucher als auch als Versorger und Beraterin oder Berater. Mit dem Projekt gegen Energiearmut haben WSW und Verbraucherzentrale neue Wege eingeschlagen. Der Begriff „Energiearmut“ kann allerdings in die Irre führen. Es geht nicht darum, dass

wir heutzutage arm an Energie sind. Im Gegenteil: Es gibt ausreichend Energieangebote für alle. Die Herausforderung liegt also nicht in der Energiegewinnung, sondern vielmehr darin, mit diesem wichtigen Gut im Sinne des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit besonnen umzugehen. Das gilt eben auch für jeden einzelnen Verbraucher und jede einzelne Verbraucherin. Ihnen muss umfassende Aufklärung geboten werden – damit das Wissen auch dort ankommt, wo es in die Tat umgesetzt werden soll.



Verhinderte und aufgehobene Stromsperrern (Projektjahr 2013)

#### Stephanie Kosbab, Verbraucherzentrale NRW:

„Auch die Verbraucherzentrale legt sehr großen Wert auf Aufklärung. Jeder Mensch braucht ein verlässliches Gespür für seine individuelle Situation – sowohl mit Blick auf Verbrauchswerte und -kosten sowie auf das verfügbare Budget im eigenen Haushalt als auch auf die Auswirkungen seines Umgangs mit Energie auf die Atmosphäre. Zugunsten des Klimaschutzes müssen wertvolle Ressourcen ganz bewusst eingesetzt werden. Aufklärung leisten wir aber nicht nur bei Endverbrauchern, sondern auch bei potenziellen Mul-

tiplikatoren: Sozialbehörden, Verbänden, Vereinen und weiteren Institutionen. Damit machen wir unser Projekt bekannter und gewinnen neue Netzwerkpartner, um das Hilfsangebot auszuweiten und das Bewusstsein für verantwortungsvollen Umgang mit Energie und den eigenen Finanzen zu schärfen. Bisher kommt das sehr gut an. Wichtig ist es uns dabei auch, dass die Verbraucher wahrnehmen, dass sie sich frühzeitig mit ihren Problemen an uns wenden sollten, um den Zahlungsproblemen bei der Energierechnung und einer eventuell drohenden Stromsperrere vorzubeugen.“

## „Mini-Contracting“ für einkommensschwache Haushalte

Wer bewusst mit Energie umgeht, kann seinen Verbrauch maßgeblich senken, zum Beispiel indem Elektrogeräte wie Fernseher und Radio nicht unnötig in Betrieb oder im Stand-by-Modus gelassen werden, etwa in verlassenem Räumen. Dasselbe gilt für Beleuchtung. Auch heizen muss man nicht übermäßig; in der Wohnung kann man statt eines T-Shirts auch einen Pullover tragen. Mit diesen und zahlreichen weiteren einfachen Maßnahmen senkt man seine Energiekostenrechnung allein durch das eigene Verhalten merklich.

Entscheidend für umfassend effizientes Energiesparen sind jedoch die Konditionen im Haushalt – die Geräteausstattung muss stimmen. Und da sind Personen mit geringem Einkommen vielfach die Hände gebunden. Das haben insbesondere die Erfahrungen aus dem Energieschuldnerberatungsprojekt gezeigt. Der Knackpunkt: Die Anschaffung von neuen, energiesparenden Elektrogeräten ist in einkommensschwachen Haushalten finanziell meist einfach nicht möglich. Vielmehr werden vorhandene Geräte, gebraucht und teilweise vielleicht sogar nicht mehr voll funktionstüchtig, über ihre Lebensdauer hinweg genutzt. Auch ist die Anschaffung eines alten, gebrauchten Geräts meist günstiger als die eines neuen. Mit Blick auf die energetischen Werte ist das fatal, denn gerade alte Haushaltsgeräte – allen voran Kühl- und Gefrierschränke sowie Waschmaschinen – sind extreme Stromfresser.

### Moderne Geräte auch für Geringverdiener

An diesem Punkt setzten weitere Überlegungen der Wuppertaler Stadtwerke an: Wie lassen sich auch in Haushalten mit geringem Einkommen Einsparmöglichkeiten durch moderne, energieeffiziente Geräte realisieren? Die Antwort: durch ein attraktives, vom Energieversorger unterstütztes Finanzierungsmodell, mit dem sich auch Geringverdienende einen neuen Kühlschrank leisten können. Diese Idee besprachen die WSW mit dem Umwelt- und Verbraucherministerium NRW und der Verbraucherzentrale NRW. Im Dezember 2012 fiel dann der Startschuss zum neuen WSW-Projekt „Mini-Contracting für einkommensschwache Haushalte“. Das Ziel: den Kreislauf von permanent hohen Energiekosten, damit verbundenen Zahlungsschwierigkeiten sowie möglichen Folgekosten zu durchbrechen und den Energieverbrauch der betroffenen Personen nachhaltig zu senken.

Contracting bedeutet, einen Vertrag abzuschließen, in diesem Fall über den Austausch des eigenen, ausgedienten Kühlschranks gegen einen neuen, der wesentlich weniger Energie verbraucht. An dem Projekt teilnehmen können Geringverdienende, zum Beispiel Beziehende von Transferleistungen oder Grundversorgung, Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner. Im ersten Schritt ermitteln die WSW mithilfe eines Energiemessgeräts, wie hoch der Stromverbrauch des alten Geräts ist. So wird in Erfahrung gebracht, ob sich der Austausch von Alt gegen Neu finanziell für den Projektteilnehmer oder die -teilnehmerin lohnt. Der Richtwert liegt bei 350 Kilowattstunden Verbrauch pro Jahr. Je mehr Kilowattstunden der alte Kühlschrank für den Betrieb benötigt, desto wahrscheinlicher und schneller macht sich eine Neuanschaffung bezahlt.

Die Umsetzung machen die Stadtwerke den Kundinnen und Kunden so einfach wie möglich. Wer sich erfolgreich für das „Mini-Contracting“ angemeldet hat, muss sich um fast nichts mehr kümmern, sondern erhält ein Rundum-sorglos-Paket. Der neue Kühlschrank wird ins Haus und sogar direkt bis in die Küche geliefert. In diesem Zuge wird das Altgerät abtransportiert sowie fach- und umweltgerecht bei der Wuppertaler Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) entsorgt. Damit möchten wir der Kundin oder dem Kunden nicht nur Aufwand und Kosten ersparen. Wir möchten auch verhin-

### Jochen von Köller, Verbraucherzentrale Wuppertal:

*„Sobald Kunden zu mir in die Beratung kommen, mir von ihren hohen Energiekosten berichten und ich feststelle, dass sie sehr alte Elektrogeräte in ihrem Haushalt betreiben, prüfe ich, ob sie für das Mini-Contracting der WSW in Betracht kommen. Das Angebot der Stadtwerke stößt bei den Verbrauchern dabei zunehmend auf große Nachfrage. Die Kunden sind stets sehr interessiert an dem Angebot und nehmen es gerne in Anspruch. Der Austausch alter Kühlschränke ist immer dann sinnvoll, wenn der Interessent auch finanziell in der Lage ist, die Finanzierung über den Zeitraum von 27 Monaten verlässlich zu gewährleisten.“*

dern, dass der alte Kühlschrank an anderer Stelle zum Einsatz kommt – etwa im Keller, um Getränkervorräte zu kühlen. In diesem Fall würde das Ziel, hohen Energieverbrauch einzuschränken, verfehlt.

### **Kleine Raten, großer Effekt**

Kundinnen und Kunden der Stadtwerke zahlen für ihren neuen Kühlschrank 27 Monate lang eine Rate von lediglich zehn Euro. Die Investition bleibt somit denkbar gering, von der Einsparung profitieren sie jedoch nahezu sofort: Die überschaubare Investition rentiert sich gemäß den bisherigen Erfahrungen meist schon vor oder kurz nach Ablauf der Laufzeit des „Mini-Contractings“. Überdies unterstützen die WSW jeden, der sich per „Mini-Contracting“ für einen neuen Kühlschrank entscheidet, mit einem Zuschuss von 50 Euro aus seinem Klimafonds. Auch Vertragspartnerinnen und -partner anderer Stromanbieter können an dem Projekt teilnehmen, jedoch ohne Zuschuss aus dem Fonds. Seit seinem Beginn zieht das „Mini-Contracting“ der WSW eine Menge Aufmerksamkeit auf sich, auch von Medienseite, lokal und überregional. Auf diese Weise wird das Thema über die Stadtgrenzen hinaus bekannt.

### **Stephanie Kosbab, Verbraucherzentrale NRW:**

*„Auch bei dem Projekt ‚Mini-Contracting‘ wirkt die Verbraucherzentrale NRW mit externem Fachwissen mit. Ganz konkret unterstützen wir die Evaluierung seitens des Umwelt- und Verbraucherministeriums NRW mit Erfahrungen aus unserem Beratungsalltag. Darüber hinaus haben wir unter anderem unser Know-how bei der Vertragsgestaltung eingebracht und uns für eine zinslose Finanzierung sowie eine kundenfreundliche, transparente und damit verbraucheraffine Vertragsgestaltung eingesetzt. Wir versuchen, die unterschiedlichen Interessen und Belange von Verbrauchern und Stadtwerken zusammenzubringen. Vor allem beim Energieversorger ist in diesem Zusammenhang eine gewisse Risikobereitschaft gefragt, denn bei sozialen Projekten dieser Art müssen eigene Belange mitunter zurückgestellt werden, um ans gemeinsam gesteckte Ziel zu kommen.“*

*Bei der Vorstellung des Projekts am 5. Dezember 2012 in Wuppertal (v.l.n.r.): Klaus Müller (Vorstand NRW-Verbraucherzentralen), Johannes Rimmel (Umwelt- und Verbraucherminister in NRW), Dirk Lange (Student und erster Projektkunde), Andreas Feicht (Vorstandsvorsitzender WSW Energie & Wasser AG)*



### **Geringe Investition, hohe Ersparnis: zwei Beispiele**

Wie attraktiv ein Austausch der Kühlschränke sein kann, zeigen zwei reale Fallbeispiele: Eine WSW-Kundin hatte lange Zeit einen besonders verbrauchsintensiven Kühlschrank in ihrem Haushalt. Laut dem geliehenen Energiemessgerät aus dem KundenCenter der WSW verbrauchte das Altgerät 2,8 Kilowattstunden Strom pro Tag. Das macht einen Jahresverbrauch von stattlichen 1.058 Kilowattstunden. Der neue Kühlschrank verbraucht mit seinen 147 ganze 911 Kilowattstunden weniger im Jahr – bei den derzeitigen WSW-Strompreisen bewirkt das eine Ersparnis von fast 246 Euro. In diesem Fall hat die Kundin den Kaufpreis ihres neuen Kühlschranks schon nach etwas mehr als einem Jahr durch Energieeinsparung herausgewirtschaftet. Selbst bei weniger extremen Stromfressern lohnt sich der Tausch: Verbraucht ein Altgerät 600 Kilowattstunden jährlich, ergibt sich mit dem neuen Gerät noch immer eine Ersparnis von 122,08 Euro – Jahr für Jahr.

Ein Gewinn aus dem Projekt fällt für die Stadtwerke nicht ab – und ist auch nicht gewollt. Dass die Contracting-Kundinnen und -Kunden einen finanziellen Beitrag zu ihrem neuen Kühlschrank beisteuern, hat natürlich mit der Realisierbarkeit des Projekts zu tun. Es dient darüber hinaus aber auch dazu, ein Bewusstsein für Elektrogeräte und ihren Energieverbrauch zu schaffen sowie einen achtsamen und pfleglichen Umgang mit dem Gerät anzuregen. Schließlich wird der neue Kühlschrank aus eigener Tasche bezahlt und soll dauerhaft dafür sorgen, dass der Energieverbrauch im Haushalt auf einem niedrigen Niveau bleibt. Die Höhe der Monatsrate haben die Projektverantwortlichen in einem Berechnungsverfahren ermittelt, um die Kunden finanziell so gering wie möglich zu belasten. Wie stark und nachhaltig sich der Stromverbrauch durch die neuen Geräte senken lässt, wird im Rahmen des Projekts durch eine Evaluation im Auftrag des Umwelt- und Verbraucherministerium NRW untersucht. Es sollen Erkenntnisse gewonnen werden, ob die Politik ein derartiges Modell im Kampf gegen Energiearmut gegebenenfalls künftig einsetzen kann.

Fester Bestandteil des „Mini-Contractings“ ist ein qualitativ hochwertiges Kühlschrankmodell der Energieeffizienzklasse A++, sein Stromverbrauch liegt gemäß Herstellerangabe bei 147 Kilowattstunden pro Jahr. Rund 70 Geräte haben die WSW bisher im Rahmen ihres Projekts an einkommensschwache Haushalte abgegeben, und die Nachfrage reißt nicht ab. Im Gegenteil: Da sich das Kühlschrankmodell mit seinen etwa 140 Litern Inhaltsvolumen und seinem Drei-Sterne-Gefrierfach vor allem für kleinere Haushalte eignet, werden in Kürze auch größere Geräte angeboten. ■



#### **ANDREAS MUCKE**

Projektleiter Energiearmut,  
WSW Energie &  
Wasser AG

Studium der Sicherheitstechnik, Schwerpunkt Technischer Umweltschutz, und Philosophie an der Bergischen Universität Wuppertal, Dipl.-Ing. Von 1997 bis 2011 bei den Wuppertaler Stadtwerken (WSW) tätig, zunächst als Energieberater für Geschäftskunden mit den Schwerpunkten Contracting, Energieeinsparanalysen und Öffentlichkeitsarbeit, dann von 2000 bis 2009 als Leiter Vertrieb Privatkunden u.a. verantwortlich für den Kundenservice; von 2010 bis 2011 Leiter Vertrieb Privat- und Gewerbekunden. Seit Juli 2011 Geschäftsführer der Wuppertaler Quartierentwicklungs GmbH und Projektleiter für das Thema „Energiearmut“ für die WSW.

## Klimaschutzberatung für türkeistämmige Haushalte in Hamburg-Altona

**O**bwohl nahezu 20 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschlands einen Migrationshintergrund haben, gibt es bisher erst wenige kultursensible Informations- und Beratungsangebote zum Energiesparen und zum Klimaschutz im Alltag. Mit den bisherigen, eher auf die deutschsprachige Mehrheitsgesellschaft ausgerichteten Angeboten werden hauptsächlich gut gebildete, beruflich und gesellschaftlich etablierte Mitglieder der Migrantengemeinschaften angesprochen. Um andere Zielgruppen zu erreichen, müssen die Informationen in der Regel sehr niedrigschwellig angeboten werden: Im Vordergrund sollte ein konkreter Nutzen stehen, und die Ansprache sollte möglichst zweisprachig erfolgen, um den Zugang zu erleichtern. Auf keinen Fall sollten Verpflichtungen, wie Mitgliedschaften oder Spenden, eingefordert werden. Empfehlenswert sind Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen oder Organisationen mit vorhandenen Angeboten für Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. AWO, Wohnungsgesellschaften), da sie den Zugang zu Menschen erleichtern, zu denen bisher noch kein Kontakt besteht.

Im Rahmen des Projekts „Klimaschutzberatung für türkeistämmige Haushalte in Hamburg-Altona“ wurde eine Beratungskampagne für türkischsprachige Haushalte in ausgesuchten Stadtteilen des Bezirks Altonas durchgeführt. Die Festlegung auf Menschen mit türkischem Migrationshintergrund erfolgte vor dem Hintergrund, dass sie einen erheblichen Anteil der Zugewanderten in Deutschland stellen, gerade auch im Bezirk Altona. In einem ersten Schritt wurden Mitglieder der türkischen Community zu Beraterinnen und Beratern im Themengebiet „Energiesparen und Klimaschutz im Alltag“ ausgebildet. Im Anschluss daran wurde über verschiedene

Kommunikationswege für das Angebot geworben. Dabei sollte u.a. über die Einbindung von interkulturellen Vereinen und Initiativen im Stadtteil, Wohnungsgesellschaften, kommunalen Einrichtungen vor Ort sowie Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen und Initiativen der türkischen Community erreicht werden, dass das Angebot in die Zielgruppe der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten getragen wird. Ziel der Beratungskampagne war es, 250 türkeistämmige Haushalte zu erreichen und bei diesen energiesparendes Verhalten zu fördern. Das Projekt hatte für die Hansestadt Hamburg Modellcharakter, da dort bisher kein ähnliches Vorhaben realisiert worden war. Im Rahmen des Modellprojekts wurden deshalb auch die Ausgangs- und Umsetzungsbedingungen analysiert, die für einen Transfer in andere Bezirke bzw. Stadtteile bedeutsam sind.

Im Folgenden werden der Aufbau und die Ergebnisse des Projekts beschrieben. Es folgen ein Fazit und ein Ausblick mit Anregungen für Folgeprojekte. Die Ausführungen basieren auf dem Abschlussbericht zum Projekt [1].

### Aufbau des Projekts

Das Projekt war in mehrere Bausteine gegliedert, die zum Teil zeitlich parallel durchgeführt wurden.

### Vorbereitung und Auftakt

In der Anfangsphase wurden gezielt Vereine mit türkischsprachigen Mitgliedern und Institutionen mit Zugang zur Bevölkerungsgruppe mit türkischem Migrationshintergrund im Bezirk Altona angesprochen, um über diese Interessenten für die Schulungen zu werben. Außerdem wurde eine Akteurskonferenz durchgeführt. Eingeladen

waren u. a. Vertreterinnen und Vertreter von interkulturellen Vereinen und Initiativen im Stadtteil, die kommunale Politik, Wohnungsbaugenossenschaften, kommunalen Einrichtungen vor Ort (insbesondere Quartiersmanagement) sowie von Vereinen und Initiativen der türkischen Community. Ziel war es, diese über das Projekt zu informieren und sie in die weitere Beratungskampagne einzubinden. Außerdem sollten Erfolg versprechende Wege in die türkische Community und Beratungsformen diskutiert werden, mit denen verschiedene Migrantenumilieus erreicht werden können. Zum Auftakt der Beratungsphase wurde eine weitere Veranstaltung durchgeführt, zu der der gleiche Teilnehmerkreis eingeladen war. Hier wurde für die Verbreitung des Beratungsangebots geworben.

### Schulungen

Im Rahmen des Projekts fanden vier ganztägige Schulungen statt. Die Schulungen wurden gemeinsam mit ZEBAU – Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt GmbH – aus Hamburg in deutscher Sprache durchgeführt. An den Schulungen nahmen sieben Personen mit türkischem Migrationshintergrund teil, fünf von diesen haben später Beratungen durchgeführt.

Schulungsinhalte waren:

- Stromsparen (Beleuchtung, effiziente Geräte, Kochen, Kühlen, Waschen, Stand-by, ...)
- Heizen und Lüften (Raumtemperaturen, Lüftungsbedarf, Luftfeuchte, Schimmelbildung, ...)
- Kommunikation, Gesprächsführung und Beratungstraining (Grundregeln für Beratungen: Auftreten, Sprache, Rhetorik; Einübung des Beratungsablaufs)

Für die Qualifizierung der Beraterinnen und Berater wurden Schulungsmaterialien zu den genannten Themen zusammengestellt. Nach Abschluss der Schulungen wurden den Beraterinnen und Beratern bei der Veranstaltung zum Auftakt der Beratungen (s. o.) Bescheinigungen über die Teilnahme überreicht. Die Beraterinnen und Berater erhielten außerdem eine Tasche mit Demonstrationsobjekten (u. a. Energiesparlampen, Dichtungsband, abschaltbare Steckdosenleiste) und Messgeräten (Strommessgerät, Hygro-/Thermometer) und ein Beratungs-Manual mit einem Beratungsleitfaden und Folien zur Visualisierung der wichtigsten Inhalte.

### Ansprache der Haushalte

Die Werbung für das Beratungsangebot erfolgte auf verschiedenen Wegen: Es wurden zweisprachige Plakate und Handzettel erstellt, die an unterschiedlichen, von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten viel frequentierten Orten im Stadtteil eingesetzt wurden. Sie wurden von den Beraterinnen und Beratern und über eingebundene Akteure verteilt (s.o.). Außerdem wurden mehrere Informationsstände in belebten Fußgängerzonen im Bezirk und rund 15 Informationsveranstaltungen durchgeführt, um auf das Beratungsangebot aufmerksam zu machen und Haushalte zu werben. Bei den Informationsveranstaltungen, die beispielsweise in der alevitischen und der islamischen Gemeinde, in Stadtteilbüros und soziokulturellen Stadtteilzentren, in Eltern-Cafés, Frauen- und Seniorentreffs stattfanden, wurden auf anschauliche Weise Klimaschutz-Informationen vermittelt und vor allem positive Anreize gegeben,

### Plakat/Handzettel zur Werbung für das Beratungsangebot

**Enerji giderlerini azaltmak!** 

**Sağlıklı yaşamak!** **Hamburg Altona da türkçe konuşan ailelere ücretsiz bu konularda danışmanlık: Elektrik tasarrufu, ısıtmak ve havalandırmak**

**İklimi korumak!**

**Energiekosten senken! Gesund wohnen! Klima schützen!**  
Kostenlose Beratung zu den Themen Stromsparen, Heizen und Lüften für türkischsprachige Haushalte in Hamburg-Altona

**Wir beantworten Ihre Fragen:**

- Wie kann ich Kosten für Heizung und Strom sparen?
- Wie kann ich mein Wohnklima durch richtiges Lüften verbessern?
- Wie kann ich Schimmel in der Wohnung vermeiden?

Die Beratungen finden von September 2012 bis März 2013 statt. Angeboten werden Einzel- und Gruppenberatungen für türkischsprachige Haushalte in den Stadtteilen Altona-Nord, Altona Altstadt, Bahrenfeld, Sternschanze, Lurup, Osdorf und Ottensen.

Haben Sie Interesse an einer Beratung? Dann melden Sie sich bei den unten genannten Personen.

**Danışmanlığımızda sorularınızı cevaplandırıyoruz:**

- Nasıl kalorifer ve elektrik tüketiminde tasarruf edebilirim?
- Nasıl doğru havalandırma ile yaşadığım ortam iklimini düzeltebilirim?
- Nasıl evimdeki küf engelleyebilirim?

Danışmanlık 2012 eylül ve 2013 mart aralarında gerçekleşecek. Danışmanlığımızı Altona-Nord, Altona-Altstadt, Bahrenfeld, Sternschanze, Lurup, Osdorf ve Ottensen semtlerinde yaşayan türkçe konuşan ailelerine birebir yada grup halinde sunuyoruz.

Danışmanlık hizmetimiz ilginizi çekiyor mu? Başvurularınız için:

**Hüseyin Atay & Pakize Kaya-Atay: Tel. 0151-431 211 33**  
energieberatung.altona@gmail.com • www.facebook.com/groups/tesba

**Altona'da enerji tasarrufu danışmanlığı**

Für Nachfragen zum Beratungsangebot wenden Sie sich bitte an:  
Bezirksamt Altona, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Christiane Meier, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg, Tel. 040 42811-6057, Christiane.Meier@altona.hamburg.de



sich mit Klimaschutzmöglichkeiten im eigenen Haushalt auseinanderzusetzen (z. B. „Geld sparen“, „Gesund wohnen“ etc.). An den Veranstaltungen nahmen zwischen sieben und 25 Personen teil. Die Beraterinnen und Berater warben zudem bei Verwandten, Bekannten und Freunden für die Teilnahme an den Beratungen. Die Ansprache erfolgte auch über den Radiosender TIDE 96.0: In der Sendung „Merhaba Hamburg“ des Radiosenders wurde mehrfach über das Angebot berichtet. Von einem Berater wurde außerdem eine Facebook-Seite zum Beratungsangebot erstellt.

### Beratungen

Im Rahmen des Projekts wurden Haushaltseinzel- und Gruppenberatungen mit zwei bis vier Haushalten durchgeführt. Die Beratungen erfolgten anhand eines dafür entwickelten Leitfadens. Den Haushalten wurden eine zweisprachige Broschüre mit einfachen, leicht umsetzbaren Tipps und – als Anreiz für energiesparendes Verhalten – eine abschaltbare Mehrfachsteckerleiste übergeben. Ziel der Beratungen war es, zu klimaverträglichem Verhalten zu motivieren, indem konkrete Handlungsmöglichkeiten erklärt und demonstriert und die damit verbundenen persönlichen Vorteile aufgezeigt wurden. Die Beratungen fanden im Zeitraum zwischen Oktober 2012 und März 2013 statt.

### Evaluation

Der Erfolg der Beratungskampagne (insbesondere der Haushaltsberatungen) wurde evaluiert. Durchgeführt wurden die folgenden Maßnahmen:

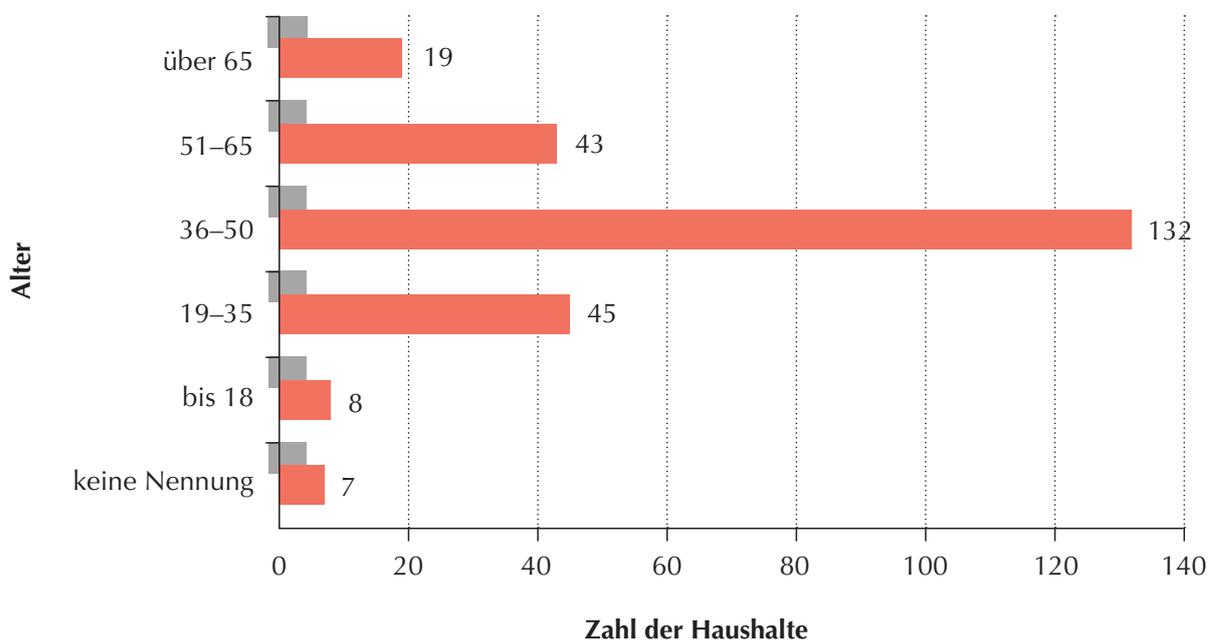
- Befragung der beratenen Haushalte (für jeden beratenen Haushalt wurde im Anschluss an die Beratung ein Fragebogen ausgefüllt)
- Nachbefragung von Haushalten bezüglich verändertem Wissensstand und umgesetzter Maßnahmen
- Befragung der Beraterinnen und Berater zu den von ihnen gemachten Erfahrungen

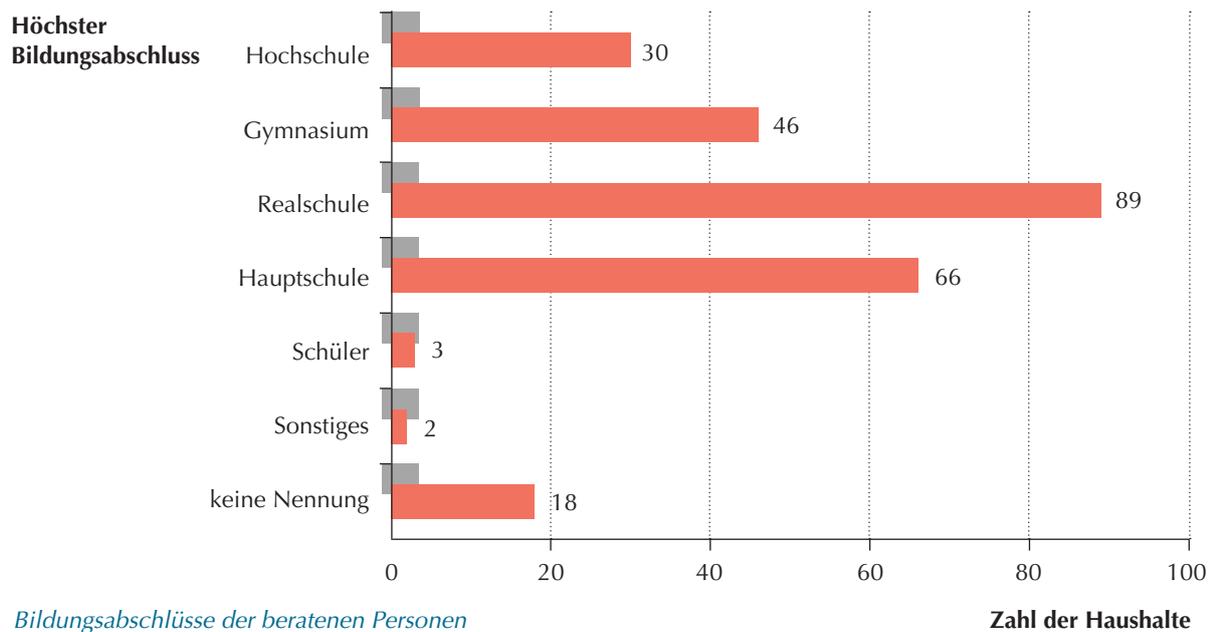
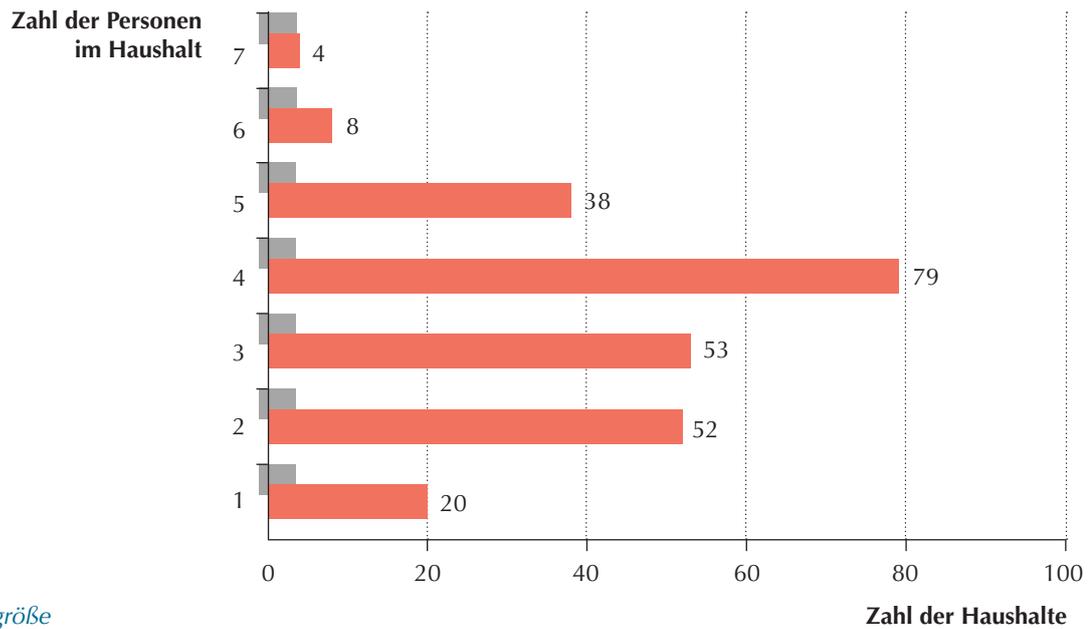
Die Befragung der Haushalte erfolgte durch die Beraterinnen und Berater.

### Ergebnisse

Im Rahmen der Kampagne wurden 254 Haushalte beraten. Durchgeführt wurden 146 Einzel- und 35 Gruppenberatungen. Die Beratungen erfolgten überwiegend in türkischer Sprache (183 Haushalte). Die Deutschkenntnisse der beratenen Personen wurden von den Beraterinnen und Beratern als gut (49 Prozent) oder mittel (38 Prozent) eingestuft. Die Person, mit der das Beratungsgespräch geführt wurde, war etwas häufiger weiblich (126 Frauen zu 103 Männern). An einigen Gesprächen nahmen beide Partner eines Haushalts teil. Der Altersschwerpunkt

*Alter der beratenen Personen*





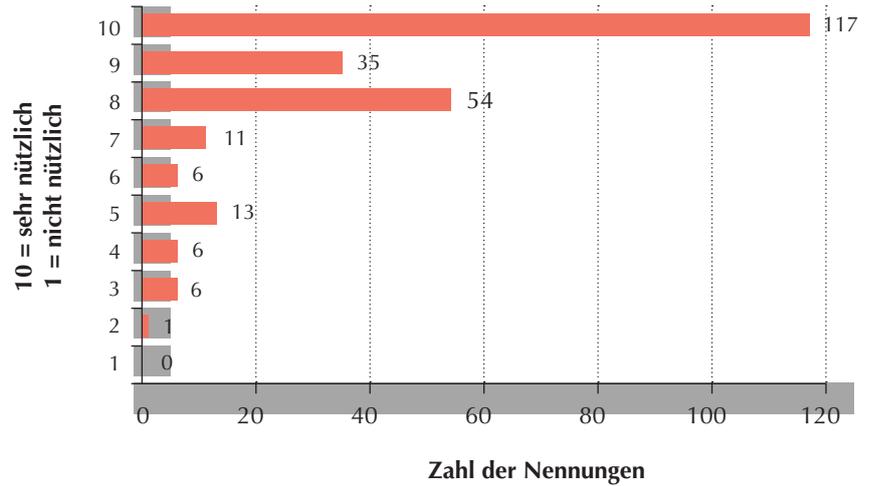
der beratenen Personen lag zwischen 36 und 50 Jahren (siehe Abb. S. 32). Der Altersdurchschnitt betrug 43,7 Jahre. In den beratenen Haushalten leben durchschnittlich 3,4 Personen, in über der Hälfte sind es mehr als 4 Personen (siehe Abb. ganz oben). Das formale Bildungsniveau der beratenen Personen ist, verglichen mit dem Durchschnitt der Türkeistämmigen in Deutschland, relativ hoch. Weit mehr als die Hälfte hat mindestens einen Realschulabschluss (siehe Abb. oben).

Die Haushaltseinzelberatungen nahmen je nach Beraterin und Berater zwischen 30 und 90 Minu-

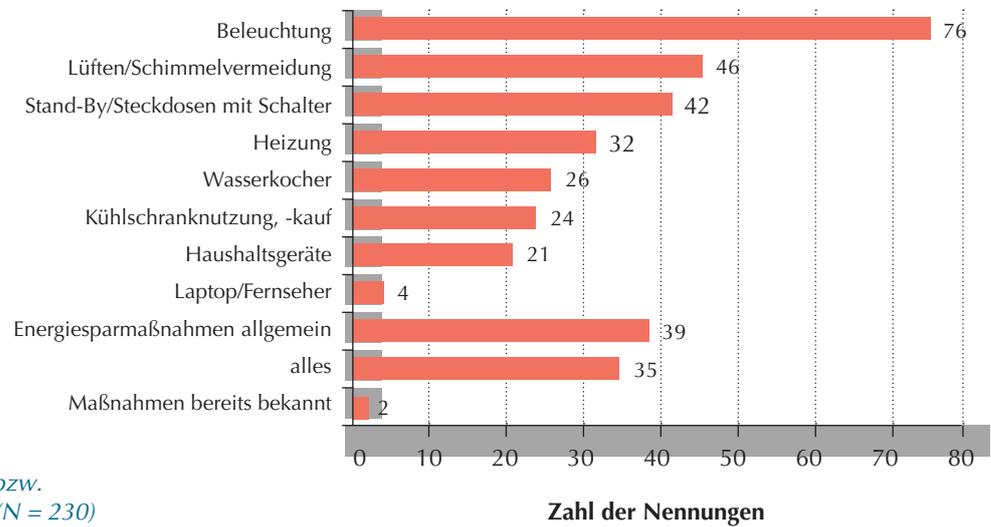
ten in Anspruch. Bei Gruppenberatungen mit zwei Haushalten betrug die Beratungszeit 90 bis 120 Minuten und bei der Beratung von drei bis vier Haushalten 150 bis 180 Minuten.

### Ergebnisse der Haushaltsbefragungen

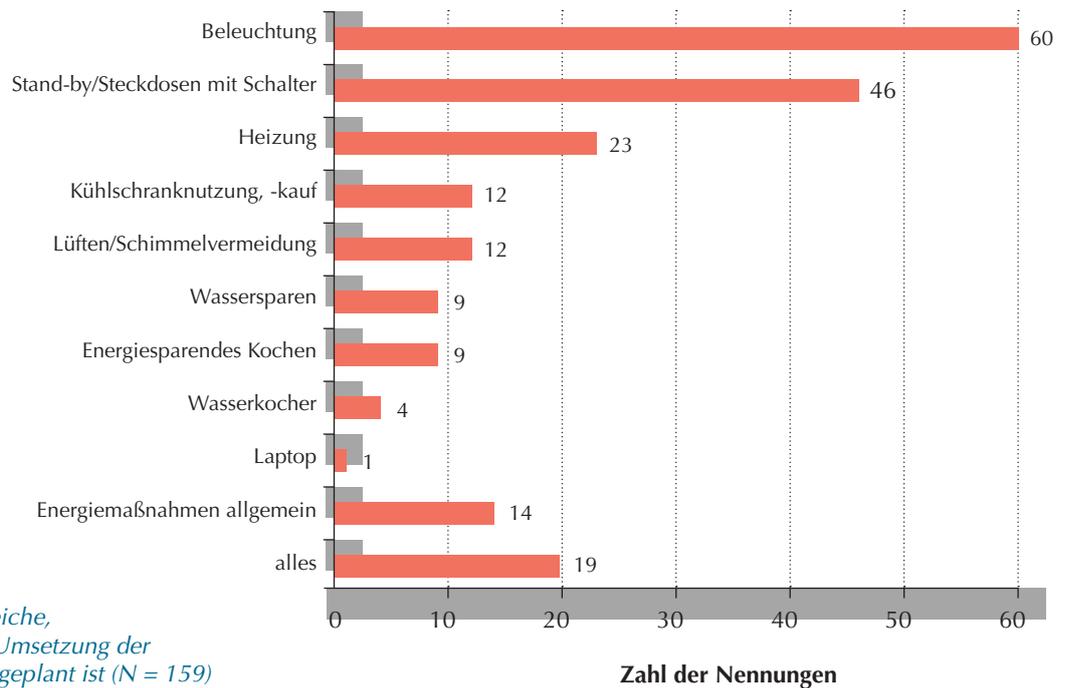
Die im Rahmen der Beratungen vermittelten Informationen wurden von den meisten Haushalten als sehr nützlich eingestuft (siehe Abb. S. 34 oben). Die durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 1 (nicht nützlich) bis 10 (sehr nützlich) lag bei 8,6. Als besonders interessant wurden die Informationen in



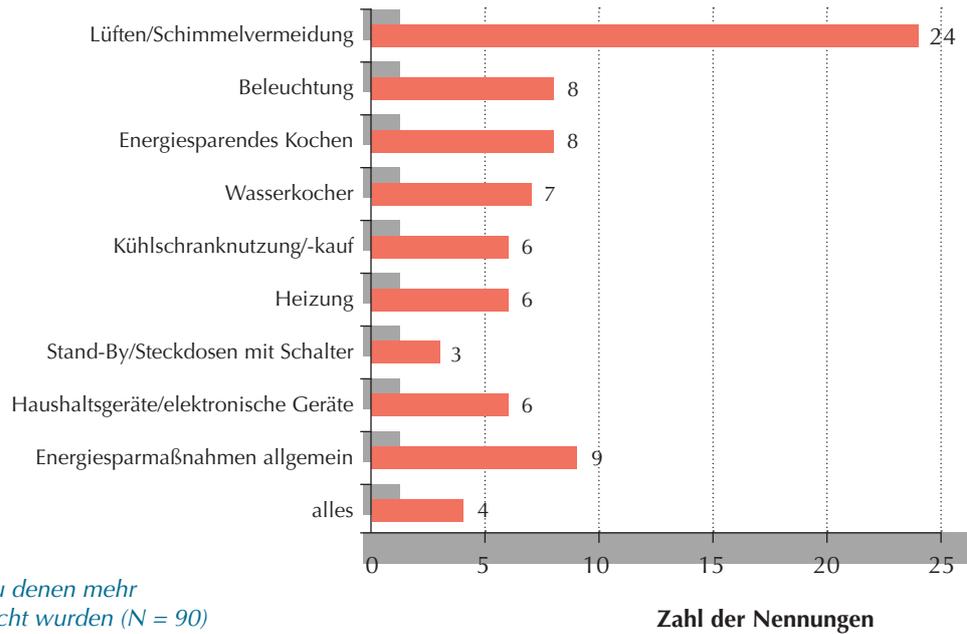
Bewertung der Nützlichkeit der gegebenen Informationen



Besonders interessante Inhalte bzw. Handlungsbereiche (N = 230)



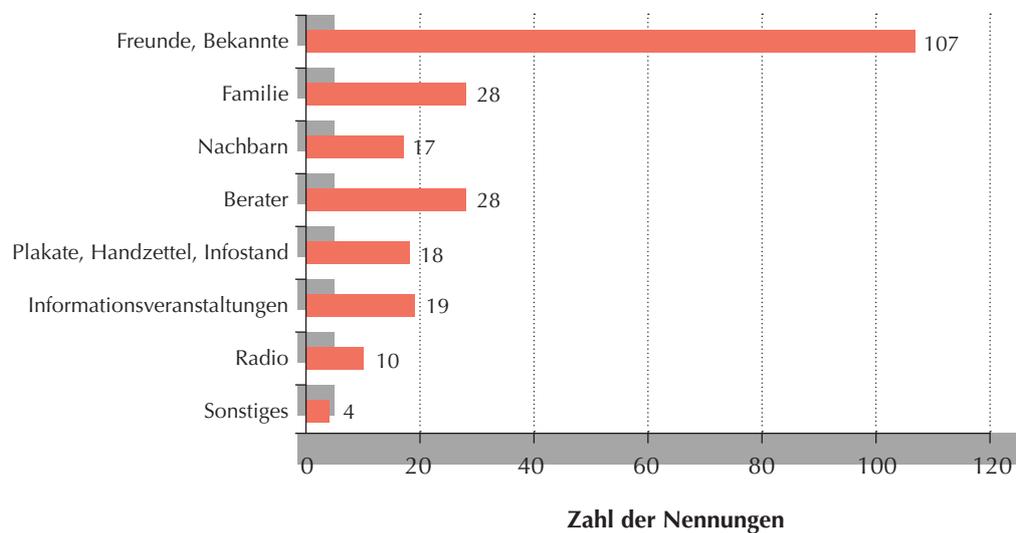
Handlungsbereiche, in denen eine Umsetzung der Empfehlungen geplant ist (N = 159)



Handlungsbereiche, zu denen mehr Informationen gewünscht wurden (N = 90)

den folgenden Bereichen bewertet: Beleuchtung, Lüften/Schimmelvermeidung und Stand-by (siehe Abb. S. 34 Mitte). Als Bereiche, für die die beratenen Personen eine Umsetzung der Empfehlungen ankündigten, wurden am häufigsten Beleuchtung und Senkung des Stromverbrauchs durch Stand-by genannt (siehe Abb. S. 34 unten). 90 der rund 250 beratenen Haushalte äußerten Interesse an weiteren Informationen zu den in der Beratung angesprochenen Themen. Am häufigsten wurde hier das Thema „Lüften/

Schimmelvermeidung“ genannt (siehe Abb. oben). Das Beratungsangebot wurde von 209 der 254 beratenen Haushalte (82 Prozent) als interessant für Freunde und Nachbarn eingestuft. Fast ebenso viele gaben außerdem an, dass sie Informationen zum Beratungsangebot an andere weitergeben würden. Dazu passt, dass die meisten der beratenen Haushalte über Freunde und Bekannte, Nachbarn und Familienmitglieder von dem Beratungsangebot erfahren hatten (siehe Abb. unten).



Informationswege

Dass sie durch die direkte Ansprache durch den Berater bzw. die Beraterin auf das Angebot aufmerksam wurden, gaben 28 der beratenen Haushalte an. Hier dürfte es zu einer Überschneidung mit anderen Kategorien gekommen sein. Die Beraterinnen und Berater waren zum Teil Freunde, Bekannte oder Familienmitglieder und wurden als solche genannt. Zum Teil wurden aber wohl auch die Berater als Informationsquelle angegeben, wenn der Zugang eigentlich über Informationsveranstaltungen erfolgt war. Dieser Weg wurde von 19 Personen genannt. Es wurden aber deutlich mehr Haushalte über die Informationsveranstaltungen gewonnen.

### Ergebnisse der Nachbefragung von beratenen Haushalten

Von den 150 Haushalten, die bei der Beratung angegeben hatten, dass sie bereit wären, an einer Nachbefragung teilzunehmen, wurden 33 zufällig ausgewählte Personen telefonisch befragt. 32 der befragten Personen werteten die bei der Beratung erhaltenen Tipps als nützlich und gaben an, dass sie einige der angesprochenen Energiesparmaßnahmen bereits durchgeführt hätten. Am häufigsten wurden, so die Antworten auf die offene Frage hierzu, Empfehlungen zur Vermeidung von Stand-by-Verlusten umgesetzt. Einige Personen gaben an, dass sie alles oder fast alles umgesetzt hätten, was im Rahmen der Beratung empfohlen wurde.

Vor allem mit dem Ziel, die in den Beratungen vermittelten Tipps noch einmal in Erinnerung zu rufen, wurde zudem abgefragt, ob bestimmte Maßnahmen zum Energiesparen bereits umgesetzt wurden (siehe Tabelle unten) – auch wenn zu erwarten war,

dass die Zustimmung zu diesen Aussagen schon allein aus Gründen der sozialen Erwünschtheit hoch sein würde. Die meisten Befragten sagten dann auch, dass sie die genannten Maßnahmen bereits umgesetzt hätten. Bei Klimaschutzmaßnahmen, die mit Investitionen verbunden sind (effiziente Geräte kaufen, Glühlampen durch Energiesparlampen oder LEDs ersetzen), ist die Zahl derjenigen, die dies nach eigenen Aussagen bereits getan haben, geringfügig niedriger. Interessant ist, dass ungefähr die Hälfte angab, dass sie die Heizung während des Lüftens nicht zurückdrehen. Dies legt den Schluss nahe, dass sie zwischen den einzelnen Maßnahmen unterschieden und ehrlich geantwortet haben.

Die meisten Befragten fühlen sich ausreichend informiert. Aber immerhin 9 der 33 befragten Personen hätten gerne mehr Informationen zum Energiesparen. Um einschätzen zu können, ob die Informationen im jeweiligen sozialen Umfeld verbreitet wurden, wurden zum Abschluss zwei Fragen dazu gestellt. Der Großteil der Befragten (27 von 33) hat nach eigenen Aussagen Verwandte, Freunde und Bekannte über das Beratungsangebot informiert und Tipps zum Klimaschutz an diese weitergegeben.

### Ergebnisse der Befragung der Beraterinnen und Berater

Am Ende des Projekts wurden die Beraterinnen und Berater um ihre Einschätzung zum Beratungsprojekt allgemein und insbesondere zu

- den bei den Schulungen vermittelten Inhalten und eingesetzten Materialien,
- der Ansprache von Haushalten und
- den eingesetzten Materialien gebeten.

	Ja	Nein
Achten Sie darauf, richtig zu lüften?	32	1
Drehen Sie die Heizung während des Lüftens zurück?	18	15
Achten Sie beim Kauf von elektrischen Geräten auf deren Stromverbrauch?	28	5
Achten Sie beim Kochen darauf, wenig Strom zu verbrauchen?	30	3
Haben Sie Glühlampen durch Energiesparlampen oder LEDs ersetzt?	27	6
Achten Sie bei elektrischen Geräten darauf, dass sie nicht im Stand-by-Betrieb laufen?	32	1
Benutzen Sie Mehrfach-Steckdosen mit Schalter zum Ein-/Ausschalten?	32	1

Dafür wurde ihnen ein kurzer Fragebogen überreicht. Auch bei den regelmäßigen Treffen in der Beratungsphase wurden neben organisatorischen Fragen die Erfahrungen bei der Ansprache und Beratung von Haushalten besprochen.

Die Schulungen wurden insgesamt als nützlich und hilfreich bewertet. Positiv hervorgehoben wurde, dass Experten, z.B. zum Thema „Schimmel“, eingebunden waren. Angeregt wurde, dass Schulungsinhalte auch auf Türkisch vermittelt werden sollten, da die Deutschkenntnisse bei einigen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht so gut waren bzw. in den Beratungen zum Teil die türkischen Fachbegriffe fehlten. Als hilfreich wurden deshalb, zumindest von einzelnen, die (deutsch-)türkischen Broschüren anderer Organisationen, wie die des Umweltbundesamts zum Thema „Energiesparen“, eingestuft, die im Rahmen der Schulungen verteilt worden waren. Einzelne schlugen vor, die Schulungsdauer zu verlängern, mehr und intensivere Praxisübungen, auch zur Benutzung der Messgeräte, einzubauen sowie weitere Inhalte und weitere Experten aufzunehmen. Eine weitere Anregung einer Beraterin war, dass die erste Beratung gemeinsam mit einer erfahrenen Person erfolgen sollte, die als Vorbild dienen kann.

Von den Beraterinnen und Beratern wurde es als relativ schwer bewertet, das Beratungsangebot bei türkischsprachigen Haushalten bekannt zu machen: Nur wenige Haushalte meldeten sich allein aufgrund der Plakate und ausgelegten Handzettel. Viele hatten in ihrem Umfeld davon gehört und sich erst aufgrund von Empfehlungen getraut, sich bei den Beraterinnen und Beratern zu melden. Ein Grund dafür, dass die Ansprache über Handzettel, Plakate und Informationsstände so schwierig war, liegt nach Meinung der Beraterinnen und Berater darin, dass die Bürgerinnen und Bürger mit türkischem Migrationshintergrund sehr misstrauisch sind, wenn sie von Unbekannten angesprochen werden. Viele haben schlechte Erfahrungen gemacht und fürchten, dass es am Ende doch nur wieder um den Abschluss eines Vertrages (z.B. zum Bezug von Strom) geht. Ein weiteres Hemmnis war, dass die Beratungen in den Haushalten stattfinden sollten. Viele waren nicht bereit, die Beraterinnen und Berater in ihren eigenen vier Wänden zu empfangen. Hinzu kommt, dass es für männliche

Berater in türkeistämmigen Haushalten oftmals nicht möglich ist, Frauen ohne Anwesenheit des Ehemanns zu beraten. Es war des Öfteren so, dass die Frauen, die Interesse an einer Beratung geäußert hatten, sich bei ihren Männern nicht durchsetzen konnten. Nicht auszuschließen ist natürlich auch, dass dieser Grund bisweilen vorgeschoben wurde, weil das Interesse dann doch nicht so groß war.

Den Erfahrungen der Beraterinnen und Berater zufolge ist der beste Weg zur Ansprache von Haushalten der über ihr eigenes soziales Umfeld, über Freunde, Bekannte und Familie und die so aktivierten Netzwerke. Allerdings war es für die Beraterinnen und Berater unterschiedlich leicht, Freunde und Bekannte für das Beratungsangebot zu gewinnen. Bei einzelnen war die Offenheit des privaten Umfeldes für Klima- und Umweltschutzthemen eher gering. Von den Beraterinnen und Beratern, die Informationsveranstaltungen durchgeführt haben, wurden auch diese als geeigneter Weg angesehen. In Verbindung mit der direkten Ansprache von Haushalten wurden die Handzettel als sehr hilfreich eingestuft.

Als Verbesserungsvorschlag für die Ansprache von Haushalten wurden eine stärkere Einbindung von (türkeistämmigen) Politikerinnen und Politikern, anderen Persönlichkeiten und regionalen Medien genannt. Wünschenswert seien für die Zielgruppe der türkischsprachigen Haushalte z.B. Berichte in den Lokalnachrichten der Fernsehsender RTL, SAT1 und PRO7, im Radio sowie Berichte und Anzeigen in den deutsch- und vor allem den türkischsprachigen Zeitungen.

Die bei den Beratungen eingesetzten Materialien, der Leitfaden, die Beratermappe, die Broschüre sowie die Demonstrationsobjekte und Messgeräte, wurden überwiegend als hilfreich und nützlich eingestuft. Als positiv wurde außerdem gewertet, dass den Haushalten eine abschaltbare Mehrfachsteckerleiste als Anreiz für weiteres Energiesparen übergeben werden konnte.

Nach Einschätzung der Beraterinnen und Berater konnten die beratenen Haushalte mehrheitlich zum Klimaschutz motiviert werden. Dies machen sie u.a. daran fest, dass sie hilfreiche Tipps vermittelt und viele positive Rückmeldungen bekommen haben, sowohl was die Umsetzung der Empfehlungen in den beratenen Haushalten als auch die Weitergabe von Informationen an Freunde



*Das Beraterteam (v.l.n.r.): : Pakize Kaya-Atay, Zübeyde Arslantas, Esat Everdi, Aydin Öztürk, Necmettin Acik, Cemal Öztürk, Hüseyin Atay*

und Bekannte betrifft. Viele hätten sich nach den Beratungen gewundert, dass sich der Energieverbrauch so leicht senken und damit Geld einsparen lässt. Oftmals wollten Mütter, dass ihre Kinder an der Beratung teilnehmen, damit sie über Stand-by-Verluste insbesondere bei Multimediageräten und Handys aufgeklärt und zu anderem Nutzungsverhalten motiviert werden. Bei älteren Personen wurde zum Teil eine Sparsamkeitsorientierung festgestellt, die der Anschaffung neuer effizienterer Geräte im Wege stehen kann, solange die alten Geräte ihren Dienst noch tun.

Vier der fünf aktiven Beraterinnen und Berater würden sich noch einmal an einem solchen Projekt beteiligen, weil ihnen das Thema wichtig ist und sie interessante Erfahrungen gemacht haben. Zum Teil spielt auch der finanzielle Aspekt dabei eine Rolle. Für die fünfte Person spricht vor allem der hohe Zeitaufwand dagegen.

### **Fazit und Ausblick**

Die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen und die Einschätzungen der Beraterinnen und Berater zeigen, dass die Beratungskampagne erfolgreich war: Es wurden rund 250 Haushalte im Bezirk Altona beraten, und viele der beratenen Haushalte konnten motiviert werden, Energiesparmaßnahmen durchzuführen. Ob eine dauerhafte Änderung des Verhaltens erreicht wurde, konnte aufgrund der kurzen Laufzeit des Projekts nicht evaluiert werden.

Das positive Projektergebnis ist vor allem dem Einsatz der Beraterinnen und Berater zu verdanken, die mit viel persönlichem Engagement für die Gewinnung von Haushalten gesorgt und die Beratungen durchgeführt haben. Ohne die Aktivierung von sozialen Netzwerken, sei es durch Werbung im persönlichen Umfeld oder durch die Überzeugung von Haushalten bei Informationsveranstaltungen und Beratungen, wäre es nicht gelungen, in der Beratungszeit von sechs Monaten über 250 Haushalte zu erreichen. Damit bestätigt sich die Erfahrung aus anderen Projekten, wie dem Projekt „Klimaschutzberatung für Migranten von Migranten“ in Hannover aus dem Jahr 2005 [2], dass die persönliche Weitergabe von Informationen zum Beratungsangebot ein besonders wirkungsvoller Weg ist, um Haushalte für Beratungen – auch in der eigenen Wohnung – zu gewinnen. In diesem ersten Projekt zeigte sich bereits, dass die persönliche Ansprache mit einem erheblichen Aufwand für die Beraterinnen und Berater verbunden ist – insbesondere dann, wenn sie sich außerhalb ihres Bekanntenkreises bewegen.

Wichtig für die Ansprache der Haushalte und den Erfolg der Beratungen war, dass diese in der Muttersprache erfolgten. Die bei den Beratungen eingesetzten Materialien und Instrumente dienten der Veranschaulichung und Demonstration. In der zweisprachigen Broschüre zum Energiesparen im Alltag sind die wesentlichen Informationen noch einmal kurz und anschaulich zusammengefasst. Die Wirkung der Beratungen wurde dadurch un-

terstützt, dass den Haushalten, als Anreiz für weiteres Energiesparen, eine Mehrfachsteckerleiste übergeben wurde.

Für die Personen, die im Rahmen des Projekts zu Beraterinnen und Beratern geschult wurden, war das Projekt eine inhaltliche und methodische Herausforderung. Keine und keiner von ihnen hatte Vorerfahrungen im Bereich der Energieberatung. Durch die Schulungen und die Praxiserfahrungen bei den Beratungen konnten sie sich inhaltlich weiterqualifizieren und sich so vielleicht sogar neue berufliche Tätigkeitsfelder erschließen. Noch während der Projektlaufzeit wurde von einigen aktiven Beraterinnen und Beratern ein Verein gegründet, der sich für eine solidarische und kulturell vielfältige Gesellschaft und einen sorgsamen Umgang mit Natur und Umwelt einsetzen will.

Durch die gezielte muttersprachliche Ansprache können, so hat es das Modellprojekt gezeigt, Haushalte erreicht werden, die die üblichen Informations- und Beratungsangebote nicht zur Kenntnis nehmen, sich dadurch nicht angesprochen fühlen oder diese aufgrund von Sprachbarrieren nicht in Anspruch nehmen können. In Zeiten steigender Energiekosten ist das Erreichen dieser Zielgruppen nicht nur eine Frage des Umwelt- und Klimaschutzes, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten dringend notwendig.

Durch die Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern mit Migrationshintergrund werden diese über ihre eigentliche Beratungstätigkeit hinaus in ihrem Umfeld zu Multiplikatorinnen und

Multiplikatoren für den Klimaschutz. Die Bildung von lokalen Beratungsteams kann zudem die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil stärken und damit einen Beitrag zur Integration leisten.

Für Folgeprojekte lassen sich aus den Erfahrungen im Projekt folgende Empfehlungen ableiten:

#### Rekrutierung von Beraterinnen und Beratern

- Enge Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen zur Ausweitung des Teilnehmerkreises für Schulungen

#### Schulung und Begleitung

- Einbeziehung externer, auch muttersprachlicher Referentinnen und Referenten
- Einbindung praktischer Übungen von Beratungssituationen
- Begleitung der Schulungen und der Beratungsphase durch eine muttersprachliche Person mit Beratungserfahrung, die bei inhaltlichen oder methodischen Fragen angesprochen werden und, wenn erforderlich, Nachschulungen übernehmen kann

#### Ansprache der Haushalte

- Nutzung der sozialen Netzwerke der Beraterinnen und Berater sowie von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z.B. Prominente, Politikerinnen und Politiker aus der Community)
- Einbindung von öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen aus den Bereichen Stadt-

#### Informationsveranstaltung zum Beratungsangebot



teilarbeit, Migration, Sozialarbeit, Gesundheitsschutz, Kultur (z. B. AWO, Sprachschulen, VHS, Stadtteilbüros), von Wohnungsgesellschaften und von Migrantenselbstorganisationen

- Begleitende Öffentlichkeitsarbeit durch Aushänge, Anzeigen in der lokalen Presse (Tageszeitung, Wochenblätter, Kundenzeitungen der Energieanbieter)
- Evtl. Hauswurfsendungen zum Beratungsangebot

#### Beratung

- Einrichtung einer offiziellen, muttersprachlichen – zumindest telefonischen – Anlaufstelle bzw. Kontaktmöglichkeit
- Durchführung von Gruppenberatungen, z. B. in Sprachkursen und Kulturvereinen
- Bereithalten von Räumen für Einzel- und Gruppenberatungen ■



#### DR. SILKE KLEINHÜCKELKOTTEN

Stellvertretende Geschäftsführerin, ECOLOG-Institut, Hannover

Studium der Angewandten Kulturwissenschaften (M.A.) und anschließende Promotion (2005) an der Universität Lüneburg; seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ECOLOG-Institut für sozial-ökologische Forschung und Bildung in Hannover, seit 2004 Leiterin des Arbeitsbereichs „Kommunikation & Bildung“, seit 2005 stellvertretende Geschäftsführerin; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Umwelt-, Natur- und Nachhaltigkeitsbewusstsein, zielgruppengerechte Kommunikation und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.



#### JÜRGEN LANGBEHN

Stellvertretender Baudezernent, Bezirksamt Altona, Hansestadt Hamburg

Studium an der Universität Hamburg, Dipl.-Biologe, danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg und freiberuflicher Gutachter; seit 1987 im Hamburger Bezirksamt Altona tätig: zunächst Aufbau und Leitung der Abteilung Umweltschutz im Gesundheits- und Umweltamt, dann fünf Jahre stellvertretender Leiter des Gesundheits- und Umweltamtes und drei Jahre kommissarischer Leiter dieses Amtes; seit 2008 Leiter des Fachamtes Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt und seit 2009 stellvertretender Baudezernent des Bezirksamtes Altona.

## Quellenangaben

[1] Bezirksamt Altona (Hrsg.), Abschlussbericht zum Projekt „Klimaschutzberatung für türkeistämmige Haushalte in Hamburg Altona“, Hamburg 2013 (Download unter [www.ecolog-institut.de](http://www.ecolog-institut.de)).

[2] Kleinhüchelkotten, Silke, und Michael Danner, Dokumentation zum Projekt „Klimaschutzberatung für Migranten von Migranten“, Hannover 2006.



### CHRISTIANE MEIER

Ehemalige Umweltberaterin,  
Bezirksamt Altona,  
Hansestadt Hamburg

Studium an der FH Hamburg (Dipl.-Oecotrophologin) und der Universität Hamburg (1. Staatsexamen Pädagogik, Sport und Hauswirtschaft); danach freie Referentin für Ernährungswissenschaft, von 1987 bis 2012 Umweltberaterin im Hamburger Bezirksamt Altona; Arbeitsschwerpunkte: Einzel- und Gruppenberatung, themenbezogene Öffentlichkeitsarbeit sowie Bildungsarbeit und Projektbetreuung im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit, seit 2013 Sonderaufgaben, u. a. Agenda-21-Themen.

## Weiteres Projekt:

### Klimaschutz. In unserer Hand.

Informations- und Beratungsangebote für türkisch- und russischsprachige Migrantinnen und Migranten

Das im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative durch das Bundesumweltministerium geförderte Projekt wird vom ECOLOG-Institut gemeinsam mit dem Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung durchgeführt. Es hat zum Ziel, türkisch- und russischsprachige Bürgerinnen und Bürger für die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Klimaschutzes zu sensibilisieren und praktisches Orientierungs- und Handlungswissen zu vermitteln. Zu den Themen, die zielgruppengerecht aufbereitet und angeboten werden, gehören: Einsparen von Energie im Haushalt, energiesparendes Bauen und Sanieren, Einsatz von erneuerbaren Energien und Bezug von Ökostrom. Auch über umwelt- und klimaschonende Alternativen bei Mobilität und Ernährung wird informiert.

Das Projekt besteht aus folgenden zentralen Bausteinen:

- Vorträge, Diskussionen und Seminare zum Thema „Klimaschutz im Alltag“ z. B. in Kulturvereinen, Moscheen, russisch-orthodoxen und jüdischen Gemeinden
- Bundesweite und regionale Veranstaltungen zur Verankerung des Klimaschutzes in religiösen Gemeinden und Kultureinrichtungen
- Presseinformationen für türkisch- und russischsprachige Medien zum Klimawandel und zum Klimaschutz in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Ernährung

### Kontakt

ECOLOG-Institut für sozial-ökologische  
Forschung und Bildung  
Dr. Silke Kleinhüchelkotten (Projektleitung)  
Tel. 0511/473915-13  
[silke.kleinhueckelkotten@ecolog-institut.de](mailto:silke.kleinhueckelkotten@ecolog-institut.de)  
[www.klimig.de](http://www.klimig.de)

Gefördert durch:



## Sozialverträgliche Sanierung in Bielefeld

**E**twa 19 Prozent der insgesamt rund 160.000 Wohnungen in Bielefeld sind energetisch optimiert. Bei bislang ca. 12.000 Wohneinheiten ist der hohe energetische Standard durch eine Sanierung im Bestand erreicht worden. Im Rahmen dieser umfangreichen Maßnahmen zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wird auch großer Wert auf soziale Aspekte gelegt. Zwei Beispiele zeigen, wie in der ostwestfälischen 328.000-Einwohner-Stadt in vorbildlicher Weise Klimaschutz und sozialverträgliches Wohnen in Einklang gebracht werden: Zum einen profitieren Empfänger von Transferleistungen vom „Bielefelder Klimabonus“, zum anderen beweist die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (BGW), dass bei Bestandsmodernisierungen die Interessen von Mietern und Vermietern gleichermaßen berücksichtigt werden können.

### Der Bielefelder Klimabonus

Jeder zehnte Bielefelder bzw. jede zehnte Bielefelderin bezieht Arbeitslosengeld (ALG) II und bekommt die Kosten für Unterkunft und Heizung von der Kommune erstattet. Die Mehrzahl der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger lebt in älteren Häusern, die extrem hohe Heizkosten verursachen – Verbrauchswerte von mehr als 230 kWh/m<sup>2</sup>a sind in diesen Gebäuden keine Seltenheit. Energetisch sanierte Wohnungen dürften Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger in der Vergangenheit oftmals nicht anmieten, weil hierbei in den meisten Fällen die vom Sozialamt bzw. dem Jobcenter maximal übernommene Kaltmiete je Quadratmeter, auch als Kosten der Unterkunft (KdU) bezeichnet, überschritten wurde. Hieraus ergab sich sowohl auf Vermieter- als auch auf Mieterseite ein Dilemma. Für Vermieter bestand das Risiko, modernisierte Wohnungen aufgrund der höheren Mieten nicht mehr an diesen Personenkreis vermieten zu können. Einkommensschwache Haushalte wiederum konnten sich

energetisch sanierte Wohnung nicht leisten. Insbesondere die BGW, mit knapp 12.000 Wohnungen das größte Unternehmen der Immobilienwirtschaft in der Region, forderte schon früh eine politische Lösung dieses Problems und ergriff die Initiative. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Stadtverwaltung und Politik entwickelte die BGW-Geschäftsführung im Jahr 2007 ein Konzept, das bundesweit als „Bielefelder Klimabonus“ bekannt geworden ist und inzwischen auch in anderen Kommunen, wie z. B. Paderborn, umgesetzt wird.

### Vom Konzept zur Umsetzung

Die Grundüberlegung bei der Einführung des Klimabonus lautete: Wenn die Maximalmiete (Nettokaltmiete) für Transferleistungsbeziehende etwas angehoben wird, können diese Wohnungen mit einem höheren Energiestandard beziehen bzw. in energetisch sanierten Wohnungen verbleiben. Anhand diverser Beispielrechnungen im Verlauf des Prozesses konnte das städtische Bauamt in Kooperation mit der BGW aufzeigen, dass die höheren Ausgaben für die Miete in der Regel durch eingesparte Heizkosten ausgeglichen werden und damit auch die Ausgaben der Kommune unter dem Strich gleich bleiben. Eine wichtige Grundvoraussetzung zur Einführung des Klimabonus war somit erfüllt.

Die Tabelle zeigt eine Beispielrechnung für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus mit zwölf Wohneinheiten. Aufgrund umfassender energetischer Sanierungsmaßnahmen konnte in diesem Beispiel eine Energieeinsparung von annähernd 200 kWh pro Quadratmeter und Jahr realisiert werden. Trotz der Mehrkosten für den Klimabonus spart die Stadt Bielefeld in diesem Fall ca. 670 Euro im Jahr für die Kosten der Unterkunft ein.

Auch wenn die Konstellationen in der Praxis nicht immer so günstig sind wie in dem in der Tabelle dargestellten Beispiel, konnte gezeigt werden, dass der Klimabonus in den wenigsten Fällen zu einer Mehrbelastung für die Kommune im Rahmen der Kosten der Unterkunft führt.

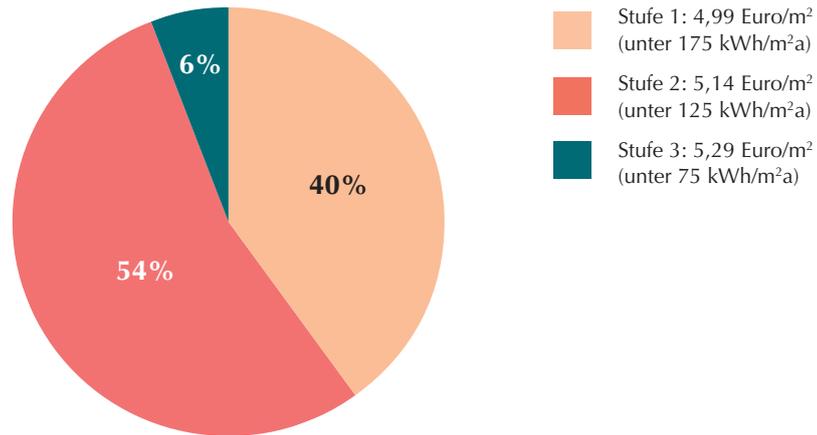
Mehrfamilienhaus	12 Wohnungen
Wohnungsgröße (m <sup>2</sup> )	73
<b>Heizungsverbrauch</b>	
vor Sanierung (kWh/m <sup>2</sup> a)	226
nach Sanierung (kWh/m <sup>2</sup> a)	27
Differenz (kWh/m <sup>2</sup> a)	199
Gaspreis (Euro/kWh)	0,077165
Ersparnis (Euro/a)	1.120,98
Ersparnis (Euro/Monat)	93,41
Ersparnis (Euro/Monat*m <sup>2</sup> )	1,28
<b>KdU-Produktmethode (max. Nettokaltmiete)</b>	
max. m <sup>2</sup>	75
max. Euro/m <sup>2</sup>	4,64
Klimabonus Euro/m <sup>2</sup>	0,50
Klimabonus Euro/Monat	37,50
max. Miete	385,50
max. Beispielmiete Euro/m <sup>2</sup>	5,28
<b>Bilanz</b>	
Ersparnis Euro/Monat	55,91
Ersparnis Euro/a	670,98

*Beispielrechnung  
KdU-Klimabonus*

Um das Konzept des Klimabonus umzusetzen, stellte die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sommer 2007 einen Antrag, dem am 11. September 2007 im Sozial- und Gesundheitsausschuss einstimmig zugestimmt wurde. Darin wurde die Bielefelder Stadtverwaltung beauftragt, die Richtlinien für die Werte angemessener Kosten der Unterkunft (KdU) nach energetischen Gebäudekriterien anzupassen. Dabei sollten folgende Vorgaben berücksichtigt werden:

- Der Miet-Basiswert für die Berechnung angemessener KdU (bzw. die Angemessenheitsgrenze) beträgt monatlich 4,64 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche.
- Wird der Endenergieverbrauch anhand eines Gebäudeenergieausweises nachgewiesen, gelten folgende Werte:
  - Stufe I: 4,99 Euro/m<sup>2</sup>, wenn der Energieverbrauch kleiner als 175 kWh/m<sup>2</sup>a (inkl. Warmwasser) bzw. kleiner als 160 kWh/m<sup>2</sup>a (ohne Warmwasser) ist
  - Stufe II: 5,14 Euro/m<sup>2</sup>, wenn der Energieverbrauch kleiner als 125 kWh/m<sup>2</sup>a (inkl. Warmwasser) bzw. kleiner als 110 kWh/m<sup>2</sup>a (ohne Warmwasser) ist
  - Stufe III: 5,29 Euro/m<sup>2</sup>, wenn der Energieverbrauch kleiner als 75 kWh/m<sup>2</sup>a (inkl. Warmwasser) bzw. kleiner als 60 kWh/m<sup>2</sup>a (ohne Warmwasser) ist

Auf Grundlage der nun festgelegten drei neuen Stufen schrieb das Sozialamt alle Leistungsempfängerinnen und -empfänger an, deren Mietkosten über den KdU-Angemessenheitsgrenzen lagen, wies auf den Klimabonus und auf die Möglichkeit hin, durch Vorlage eines Energieausweises die Mietobergrenze neu festlegen zu lassen. Heute wird jeder KdU-Empfänger und jede -Empfängerin bei der Antragstellung von der Verwaltung bzw. im Falle der BGW bei der Anmietung einer Wohnung vom Vermieter entsprechend beraten. Sofern der Vermieter den Energieausweis nicht automatisch aushändigt, wird dieser vom KdU-Empfänger ein-



Anteile der gewährten Klimabonusstufen

Haushaltsgröße	m <sup>2</sup> max.	ohne Klimabonus		mit Klimabonus Stufe I		mit Klimabonus Stufe II		mit Klimabonus Stufe III	
		pro m <sup>2</sup>	pro Monat	pro m <sup>2</sup>	pro Monat	pro m <sup>2</sup>	pro Monat	pro m <sup>2</sup>	pro Monat
1 Person	53	4,64 €	245,92 €	4,99 €	264,47 €	5,14 €	272,42 €	5,29 €	280,37 €
2 Personen	65	4,64 €	301,60 €	4,99 €	324,35 €	5,14 €	334,10 €	5,29 €	343,85 €
3 Personen	80	4,64 €	371,20 €	4,99 €	399,20 €	5,14 €	411,20 €	5,29 €	423,20 €
4 Personen	95	4,64 €	440,80 €	4,99 €	474,05 €	5,14 €	488,30 €	5,29 €	502,55 €
5 Personen	110	4,64 €	510,40 €	4,99 €	548,90 €	5,14 €	565,40 €	5,29 €	581,90 €

Angemessene Kosten der Unterkunft – Grenzwerte für Transferleistungsbeziehende in Bielefeld

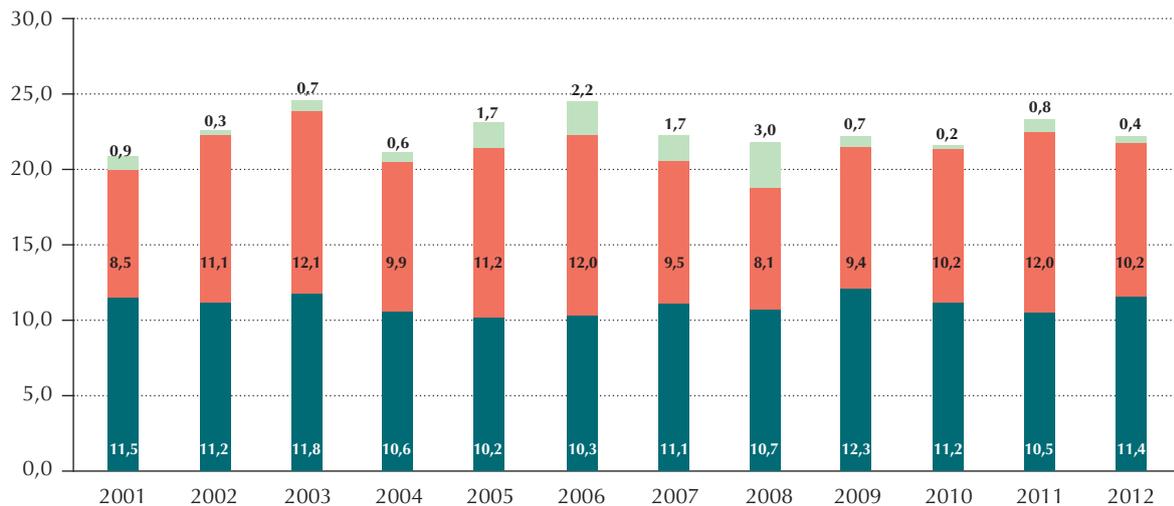
gefordert. In den meisten Fällen wird zurzeit die Klimabonusstufe II gewährt. In der Tabelle sind die angemessenen Kosten der Unterkunft nach Haushaltsgrößen inkl. der verschiedenen Klimabonusstufen aufgeführt.

### Ein Ziel – große Wirkung

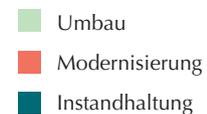
Ziel des Bielefelder Klimabonus ist es, auch finanzschwachen Haushalten das Wohnen in energetisch sanierten Wohnungen zu ermöglichen. Gleichzeitig werden auf Vermieterseite Anreize für energetische Sanierungsmaßnahmen geschaffen. Durch dieses System werden Transferleistungsbeziehenden neue Marktsegmente erschlossen und damit Segregationstendenzen reduziert. So können beispielsweise auch problemlos neue öffentlich geförderte Mietwohnungen mit einer aktuellen Miethöhe in Bielefeld von 5,25 Euro/m<sup>2</sup> von

Transferleistungsbeziehenden angemietet werden, da die Neubauten aufgrund des geringen Energieverbrauchs die höchste Stufe des Klimabonus erreichen. In fast allen Fällen werden dabei die Mehrkosten im Bereich der Kaltmiete durch Einsparungen bei den Heizkosten kompensiert.

Mit der Einführung des Klimabonus zum 1. Januar 2008 nahm die Stadt Bielefeld bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Bei ihrem Ziel, einen nachhaltigen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz zu leisten, ist sie damit einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Allein die BGW verzeichnet jährlich etwa 150 neue Mietverhältnisse, bei denen der Klimabonus zum Tragen kommt. Anfängliche Zweifel am Klimabonus – Teile der Stadtverwaltung befürchteten einen zu großen Aufwand und zusätzliche Kosten – haben sich längst zerstreut.



Bestandsinvestitionen der BGW von 2001 bis 2013 in Mio. Euro



### Das energetische Modernisierungsprogramm der BGW

Dass der Impuls zur Entwicklung des Bielefelder Klimabonus von der BGW ausging, kommt nicht von ungefähr: Seit 2000 investiert das mehrheitlich kommunale Unternehmen jährlich mehr als 20 Millionen Euro in die Instandhaltung und Modernisierung ihres Bestandes, wobei die energetische Sanierung einen besonders hohen Stellenwert besitzt. Dazu gehören umfangreiche Maßnahmen zur Wärmedämmung ebenso wie der Einsatz innovativer Energiekonzepte.

Da die BGW im Jahr 1950 gegründet wurde, um die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wie in vielen anderen deutschen Städten auch in Bielefeld herrschende dramatische Wohnungsnot zu lindern, stammen zwei Drittel ihrer Wohnhäuser aus den 1950er- und 1960er-Jahren. Inzwischen hat sie mit rund 4.200 Wohnungen gut ein Drittel ihres Bestandes modernisiert. Dabei handelt es sich sowohl um öffentlich geförderte als auch um frei finanzierte Wohnungen. Die Zahlen belegen den Erfolg dieser umfassenden Maßnahmen: Seit 2000 konnte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den BGW-Quartieren um insgesamt mehr als 44.000 Tonnen verringert werden. Im selben Zeitraum konnten 193.500 Megawattstunden eingespart werden, was zu einer Einsparung von rund 12 Millionen Euro auf Mieterseite führte.

### Beispiele aus Bielefeld

Begonnen hat die BGW ihr Modernisierungsprogramm mit einem Projekt zur Weltausstellung „Expo 2000“. In dem damals europaweit einmaligen Projekt stattete sie im Jahr 2000 14 Wohngebäude aus den 1960er-Jahren mit einer solarunterstützten Heiz- und Erdspeichertechnik aus. Dabei fließt das in den Kollektoren erwärmte Wasser in einen aus Kunststoffrohren bestehenden Erdspeicher, der einen Meter tief und damit frostfrei unter den Außenanlagen liegt. In der kalten Jahreszeit wird die im Sommer gespeicherte Wärme in die Außenwandleitungen der Wohnhäuser zurücktransportiert und wirkt dort als Wandheizung. Auf diese Weise beziehen dort 216 Wohnungen ihre Wärme direkt von der Sonne. Das Resultat: eine Energieeinsparung von 50 Prozent und eine Minderbelastung der Umwelt um 710 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Bei der von 2003 bis 2005 erfolgten Modernisierung von 34 Gebäuden in der Sennestadt, die in den 1950er-Jahren als „Stadt vom Reißbrett“ entstanden war, hat sich die BGW ebenfalls die intensive und umweltschonende Kraft der Sonne zunutze gemacht. Darüber hinaus wandte sie in diesem Wohngebiet weitere zukunftsweisende Technologien zur Energiegewinnung und -einsparung an. Hier kommen objektabhängig verschiedene Anlagentechniken wie z.B. ein Mini-Blockheizkraftwerk, ein Lion-Powerblock (Kompakt-KWK-Anlage), Photovoltaikanlagen,

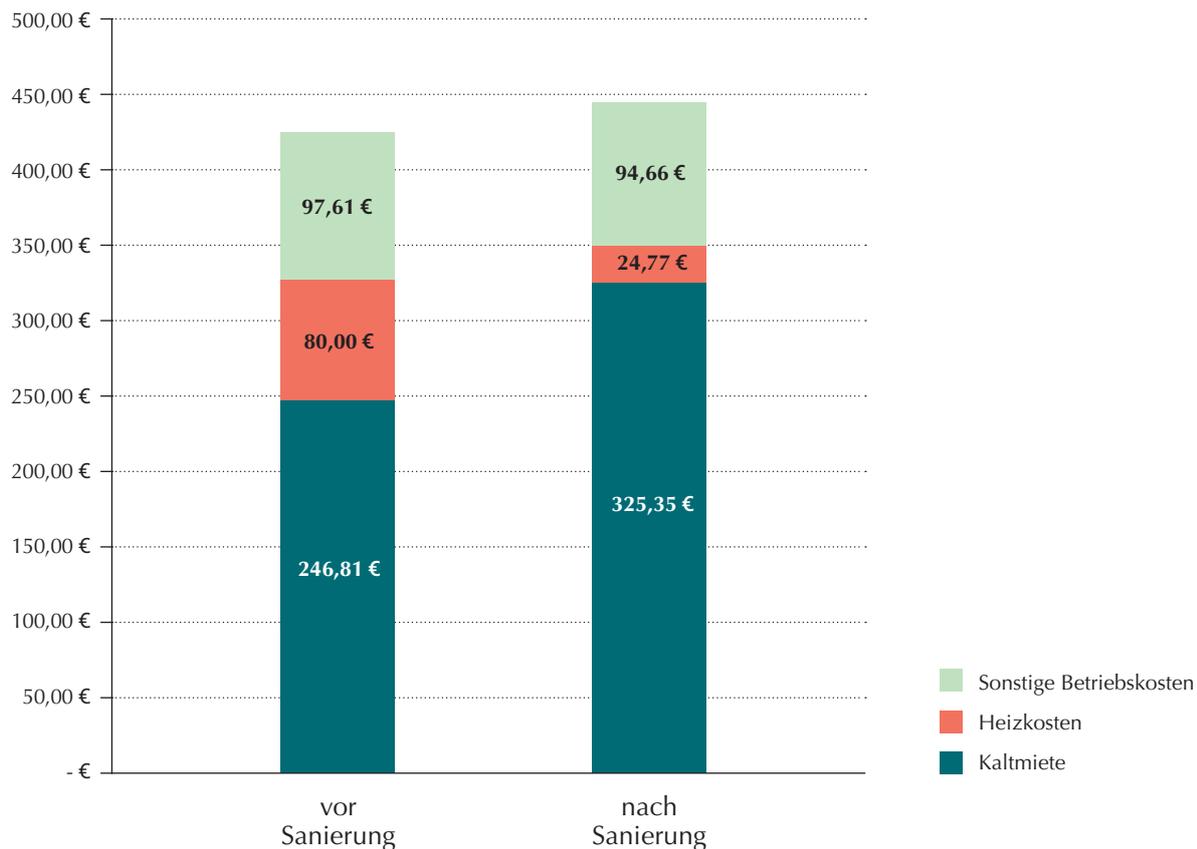


*Oben: Pilotprojekt zur „Expo 2000“, Schneidemühler Straße, unten: „Energielabor“ Sennestadt*

eine Brennstoffzelle (zeitweise) und solarthermische Anlagen zum Einsatz, die zum einen den Wohnwert verbessern und zum anderen die Nebenkosten reduzieren. Ein Mehrfamilienhaus wurde zum 3-Liter-Haus umgebaut. Zug um Zug rüstete die BGW ihre 373 Wohneinheiten im Wohngebiet Sennestadt energetisch nach. Dadurch konnten 58 Prozent der zuvor verbrauchten Energie eingespart werden. Die Sennestadt ist somit zum BGW-„Energielabor“ geworden.

### **Sozialverträgliche Mietpreisanpassung als wichtiges Ziel**

Bei ihren zahlreichen weiteren Bestandsmodernisierungen versucht die BGW, den bestmöglichen Standard des KfW-Effizienzhauses zu erreichen, so kann sie neben den günstigen Konditionen auch von den Tilgungszuschüssen der KfW-Bank profitieren. Eine fast warmmietenneutrale Modernisierung, wie sie bei den Projekten in den Jahren 2003 bis



*Durchschnittliche Mieten für 65 Quadratmeter große Wohnungen im Objekt Rheinallee 10/12 vor und nach der energetischen Sanierung*

2005 noch möglich war, ist allerdings u. a. aufgrund der mit den höheren energetischen Standards steigenden Baukosten nicht mehr möglich. Dennoch legt die BGW großen Wert darauf, dass die Mieterinnen und Mieter finanziell nicht zu sehr belastet werden und sich das Wohnen in einer durch die Modernisierung deutlich höherwertigen Wohnung weiter leisten können. Nach Abzug aller Kosten für die normale Instandhaltung und der Fördermittel ergibt sich nach einer Modernisierung in der Regel eine Mietsteigerung von 1,50 bis 2,0 Euro pro Quadratmeter monatlich. Diese Mietanpassung erfolgt stufenweise und damit möglichst sozialverträglich. Darüber hinaus hat die BGW für die Mieten absolute Obergrenzen festgelegt, die je nach Quartier bei 5,50 bis 6,50 Euro pro Quadratmeter liegen. Damit bringt sie die drei Bereiche der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – in Einklang, d. h. sie verzichtet im Sinne der Ökologie auf Teile ihres möglichen Ertrages.

### **Information und Beteiligung der Mieterschaft als Erfolgsfaktor**

Die umfassende Information ihrer Mieterinnen und Mieter über anstehende Modernisierungsarbeiten ist für die BGW selbstverständlich. Im Vorfeld der Maßnahmen werden jede Mietpartei aufgesucht und dabei mieterbezogene Wünsche und Anregungen entgegengenommen sowie eine wohnungsbezogene Bestandsaufnahme durchgeführt. Wenn der Umfang der Maßnahme feststeht, werden alle betroffenen Mietparteien zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und im Detail über die anstehenden Maßnahmen umfassend in Kenntnis gesetzt. Dabei werden weitere Anregungen entgegengenommen und, falls realisierbar und wirtschaftlich darstellbar, in der Planung berücksichtigt. Auch bei der Neugestaltung der Außenanlagen, die den Abschluss jeder Modernisierungsmaßnahme bildet, setzt die BGW auf Partizipation. In Workshops können sich die Mieterinnen und Mieter als Landschaftsplaner betätigen und auf dem Papier Wege anlegen, Standorte für Bänke, Grillplätze und Spielplätze auswählen



*Workshop mit Mieterinnen und Mietern zur Gestaltung der Außenanlagen*

sowie Flächen für die Mülltonnen oder zum Wäschetrocknen ausweisen.

Während der Sanierung sind die zuständige Bauleitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der fünf für alle Belange der Mieterinnen und

Mieter zuständigen Serviceteams Ansprechpartner für Fragen und bei eventuell auftretenden Problemen. Um die Beeinträchtigungen ihrer Mieterinnen und Mieter bei Wohnungsmodernisierungen, Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten möglichst gering zu halten, hat die BGW zudem bereits im Jahr 2003 eine Qualitätsvereinbarung mit rund 100 Bau- und Handwerksbetrieben getroffen. Schwerpunkte der 35 Punkte umfassenden Vereinbarung sind neben der Rücksichtnahme auf die Mieterschaft die handwerkliche Sorgfalt und das termingerechte Arbeiten. So erwartet die BGW von den Bau- und Handwerksbetrieben u. a., dass diese die Mieterschaft über den Fortgang der Arbeiten informieren, Einrichtungsgegenstände schonen, Anpflanzungen nicht unnötig beschädigen und den Arbeitsort gesäubert und aufgeräumt verlassen. Darüber hinaus dürfen keine gesundheitsschädigenden oder umweltgefährdenden Materialien eingesetzt werden.

Als mehrheitlich kommunales Wohnungsunternehmen nimmt die BGW ihre klimapolitische und soziale Verpflichtung in Bielefeld sehr ernst. Ihre energetischen Sanierungen bringen nicht nur den Klima- und Ressourcenschutz voran, sondern werten die Quartiere und die dortige Wohnqualität deutlich auf.

#### *Handwerker bei Modernisierung*



## Fazit und Ausblick

Der Bielefelder Klimabonus für Transferleistungsbeziehende ist ein effektives kommunales Klimaschutzinstrument. Der Klimabonus ermöglicht es Hauseigentümerinnen und -eigentümern sowie Wohnungsunternehmen, auch den Wohnungsbestand im unteren und mittleren Mietpreissegment energetisch zu sanieren. Gleichzeitig erschließt er Transferleistungsbeziehenden neue Wohnungsmarktsegmente und ermöglicht es ihnen, auch in neue öffentlich geförderte Mietwohnungen mit einer aktuellen Miethöhe von 5,25 Euro/m<sup>2</sup> zu ziehen. In fast allen Fällen werden dabei die Mehrkosten im Bereich der Kaltmiete durch Einsparungen bei den Heizkosten kompensiert. Aus

der Sicht der Kommune ist das aktiver Klimaschutz ohne Mehrkosten.

Auch in den kommenden Jahren wird die BGW ihr Modernisierungsprogramm fortsetzen und jährlich rund 25 Millionen Euro in ihren Bestand investieren. Ein Schwerpunkt der Maßnahmen wird weiterhin die energetische Sanierung der Gebäude sein. Der Klimabonus ist inzwischen so etabliert, dass seine Umsetzung zur Alltagsroutine geworden ist. Mit den neuen Werten im Energieausweis nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014 müssen jedoch auch die Werte für den Klimabonus angepasst werden. Darüber hinaus hält es die BGW für notwendig, dass auch die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft (KdU) einer kontinuierlichen Überprüfung unterzogen werden. ■



### JENS HAGEDORN

Bauamt, Stadt Bielefeld

Sozialpädagogikstudium mit Schwerpunkt Umweltpädagogik, Dipl.-Soz.Päd.; seit 1994 bei der Stadt Bielefeld (Stadtreinigungsamt, Umweltbetrieb, Fachdienst Umwelt, Gesundheit und Verkehr, Bauamt), berufsbegleitendes Aufbaustudium Kommunaler Umweltschutz, Uni Lüneburg; Schwerpunkte aktuell: Wohnungsmarktbeobachtung, Koordination Masterplan Wohnen.



### NORBERT MÜLLER

Geschäftsführer  
Bielefelder Gemeinnützige  
Wohnungsgesellschaft  
mbH (BGW)

Betriebswirtschafts- (Schwerpunkt: Personal- und Ausbildungswesen, Dipl.-Betriebswirt) und Lehramtsstudium (Schwerpunkte: Pädagogik, Sozialwissenschaften, Wirtschaft); seit 1978 bei der BGW, zunächst Geschäftsführungsassistent, ab 1982 Leiter Hausbewirtschaftung, seit 2000 Geschäftsführer.

## Mobile Energiesparfüchse im Rhein-Lahn-Kreis beraten und informieren auf der Basis ehrenamtlichen Engagements

### Ausgangslage

Was tun, wenn die Stromrechnung in astronomische Höhen klettert und das Heizkostenbudget schon nach der Hälfte des Winters erschöpft ist? Viele Menschen stöhnen seit Jahren unter der Last stetig steigender Energiekosten. Dagegen ließe sich doch sicherlich etwas machen, sagten sich die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter Uschi Rustler und Jürgen Nickel vom Seniorenbüro „Die Brücke“ in Bad Ems und riefen daher 1998 in der rheinland-pfälzischen Kreisstadt an der Lahn eine Energieberatung ins Leben. Seitdem zeigen rüstige Ruheständler ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern im gesamten Rhein-Lahn-Kreis, wie sie beim Stromverbrauch den Geldbeutel schonen können.

Die tragenden Gedanken des Konzepts waren vor 15 Jahren folgende: „Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass Umweltschutz zumindest momentan einen geringen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat und Energiesparen ein sehr negativ belasteter Begriff ist. Und das in einer Zeit, in der es so viele Naturkatastrophen gibt wie nie zuvor, in der unser Wald stirbt, in der Kriege um Rohstoffe geführt werden. In einer Zeit, in der die meisten von uns Jahr für Jahr mit weniger Geld auskommen müssen und in der der Verbrauch von Energie immer teurer wird. Eine paradoxe Situation, in der die Schaffung eines veränderten Bewusstseins in der Bevölkerung notwendig ist. Und genau dort ist der Ansatzpunkt für ein Projekt mit ehrenamtlich tätigen Menschen. Wobei der Gedanke naheliegt, aufgrund der vorhandenen Zeit, der Lebens- und Berufserfahrung, der Einstellung zum Geld etc. auf Senioren zuzugehen. Hinzu kommt, dass viele engagierte Seniorinnen/Senioren so genannte ‚Meinungsführer‘ in ihrem Umfeld sind; auf sie wird gehört, auf ihre Meinung wird Wert gelegt.“ (Jürgen Nickel, damaliger Projektleiter)

Die Werbung für das Projekt erfolgte durch die Medien und persönliche Ansprache von potenziellen Interessentinnen und Interessenten. 15 Seniorinnen und Senioren haben an den damaligen Ausbildungsmodulen teilgenommen. Vor allem Familien und alte Menschen nutzten das kostenlose Angebot und ließen sich von den Ehrenamtlichen des Seniorenbüros in Sachen maß- und sinnvoller Energieeinsatz beraten. Das Seniorenbüro „Die Brücke“ wollte mit diesem Projekt gezielt die vorhandene Zeit, Lebens- und Berufserfahrung von Seniorinnen und Senioren nutzen.

Im Herbst 2012 wurde dieses Projekt neu aufgelegt. Gründe dafür waren die fortbestehende Aktualität des Themas, die Tatsache, dass nicht mehr viele Seniorinnen und Senioren aus der ersten Schulung aktiv waren, und schließlich dass, wie die Beratungspraxis des Seniorenbüros gezeigt hat, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger oft Schwierigkeiten mit dem Verstehen von Verbrauchsabrechnungen, mit einem Stromanbieterwechsel oder auch dem Einsatz von Energiesparleuchten haben. Außerdem fiel auf, dass sich häufig alte Elektrogeräte als Stromfresser in den Haushalten befanden.

Es wurden nun nicht nur Seniorinnen und Senioren ausgebildet, die Schulungen zu mobilen „Energiesparfüchsen“ richteten sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters. Unter den insgesamt 15 Energiesparfüchsen befinden sich aktuell elf Seniorinnen und Senioren sowie vier Bürgerinnen und Bürger jüngeren Alters.

Dabei geht es zum einen um Beratung und Information zu Energie- und Umweltfragen für Verwandte, Freunde, Nachbarn und Bekannte, zum anderen werden aber auch kleinere Vorträge bei Seniorengruppen, Vereinen und Initiativen gehalten. Die Energiesparfüchse verstehen sich jedoch keinesfalls als „Experten“. Sie geben lediglich Anstöße und wollen

Bewusstsein schaffen. Sind größere Investitionen vorgesehen oder detaillierte Beratungen notwendig, wird an professionelle Energieberatungsstellen, wie zum Beispiel an die Energieberatung der Verbraucherzentrale und/oder entsprechende Handwerksbetriebe vor Ort, verwiesen.

### Praxisnahe Schulungen

Bevor die Energiesparfuchse aktiv wurden, erhielten sie eine praxisnahe Schulung für den Bereich Privathaushalte, wie auch in der ersten Projektphase. Sie wurde vom Seniorenbüro in Kooperation mit der Abteilung Bauen und Umwelt der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises organisiert. In insgesamt vier Schulungseinheiten, an vier Tagen zu je vier Stunden, wurden die angehenden Energiesparfuchse zu folgenden Themen geschult:

- Richtiges Heizen und Lüften
- Grundzüge der Wärmedämmmaßnahmen und deren Förderung
- Grundzüge des Heizens mit erneuerbaren Energien und damit verbundene Fördermöglichkeiten
- Strom- und Heizkostenabrechnung verstehen
- Stromverbrauchsmessung, stromsparende Haushaltsgeräte, Energiesparleuchten
- Grundzüge Photovoltaik und Fördermöglichkeiten
- Elektroautos
- Strom- und Gasanbieterwechsel
- Persönliche Klimabilanz – eigenes Verhalten und Konsum
- Übersicht über weitere Beratungsmöglichkeiten

Für die Teilnahme an den Schulungen waren keine Vorkenntnisse erforderlich. Als Referenten konnten ein ehrenamtlich engagierter Diplom-Ingenieur, ein freiberuflicher Energieberater und ein Vertreter des lokalen Energieversorgers gewonnen werden. Letzterer unterstützt darüber hinaus auch finanziell das Projekt, weitere Mittel wurden von dem Verein „Freunde und Förderer des Seniorenbüros Die Brücke e.V.“ zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluss der Schulungen erhielten die Energiesparfuchse ein Zertifikat, Visitenkarten und einen Ausweis und sind in der Lage, in ihrem lo-

## Mobile Energiesparfuchse im Rhein-Lahn-Kreis

### Energiespartipps für private Haushalte

„Mobile Energiesparfuchse“ geben ehrenamtlich  
Tipps und Informationen zu den Themen:

- Richtig Heizen und Lüften
- Strom- und Heizkostenabrechnung verstehen
- Stromsparende Haushaltsgeräte
- Strom- und Gasanbieterwechsel
- Wärmedämmmaßnahmen
- Heizen mit Erneuerbaren Energien
- Fotovoltaik
- Elektroautos
- Persönliche Klimabilanz

Hier finden Sie einen Energiesparfuchs  
in Ihrer Nähe: [www.rhein-lahn-bruecke.de](http://www.rhein-lahn-bruecke.de)  
→ Projekte → Mobile Energiesparfuchse

Hier bekommen Sie einen Energiesparfuchs  
in Ihrer Nähe genannt: Tel. 0 26 03 972-336



**DER ENERGIE-  
SPARFUCHS  
KOMMT**



Mit freundlicher Unterstützung der Freunde und Förderer  
des Seniorenbüros „Die Brücke“ e.V. und der Sibag Energie AG.

kalen Umfeld anderen Menschen Tipps in Energie- und Umweltfragen zu geben, um damit mehr Bewusstsein für diese Fragen zu schaffen. Dafür stehen ihnen zukünftig auch Strommessgeräte zur



*Die Energiesparfüchse im Rhein-Lahn-Kreis*

Verfügung. Diese wurden vom Förderverein des Seniorenbüros gesponsert. Die Einweisung in die Handhabung der Geräte erfolgte während der Schulung. Den Teilnehmenden entstanden für die Schulung keine Kosten, da keine Kursgebühren erhoben und anfallende Reisekosten erstattet wurden. Auch weiterführendes Material wurde den Teilnehmenden kostenfrei zur Verfügung gestellt.

### **Wer kann mobiler Energiesparfuchs werden?**

Die Akteure sind ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger, die an den genannten vier Schulungseinheiten teilgenommen haben. Zentrale Teilnahmevoraussetzungen sind jedoch ein Wohnsitz im Rhein-Lahn-Kreis und die schriftliche Verpflichtung, das erworbene Wissen in den nächsten zwei Jahren ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen und an Erfahrungsaustausch und Fortbildung teilzunehmen. Im Gegenzug verpflichtet sich das Seniorenbüro u. a. zur Erstattung von Reisekosten für die Anreise zu den Ausbildungsmodulen und auch zum Abschluss einer Haftpflicht- sowie einer Unfallversicherung für die angehenden Energiesparfüchse.

### **Die Energiesparfüchse im Einsatz**

Nach der Umstrukturierung bzw. Neuauflage ist das Projekt sehr positiv gestartet. Die angehenden Energiesparfüchse waren bei den Schulungen sehr engagiert und freuten sich auf ihre Beratertätigkeit. In der ersten Phase nach Ende der Schulungen standen vor allem Information und Beratung im Bekannten- und Verwandtenkreis im Mittelpunkt. Für das Projekt und die von den Energiesparfüchsen selbst verfassten Energiespartipps wird auf der Homepage des Seniorenbüros [www.rhein-lahn-bruecke.de](http://www.rhein-lahn-bruecke.de) sowie über die Medien geworben.

Die mobilen Energiesparfüchse waren zudem bereits bei Veranstaltungen mit Infoständen präsent und haben die ersten Vorträge gehalten. Auch den ersten Fernsehauftritt haben zwei „Füchse“ bereits mit Bravour absolviert. Ein- bis zweimal im Jahr nehmen die „Ehrenamtler“ an einem Erfahrungsaustausch, kombiniert mit Weiterbildungsmaßnahmen, teil. Dabei werden Themenwünsche der mobilen Energiesparfüchse berücksichtigt. Einige Energiesparfüchse treffen sich regelmäßig, um ihre Erfahrung und ihr erlerntes Wissen in einen „Energiespartipp des Monats“ umzusetzen, der regelmäßig im Rhein-Lahn-Kreis in allen Mitteilungsblättern der Verbandsgemeinden und der Stadt Lahnstein abgedruckt wird.

## Energiespartipp des Monats: Duschen statt Baden

**W**ir wollen alle Energie und Kosten sparen. Und das ist auch bei der Körperreinigung möglich. Wird geduscht, liegt der Verbrauch bei ca. 50 Liter Wasser, bei einem Vollbad sind es ca. 200 Liter. Neben Wasser spart man auch Kosten für die Energie, mit der die zusätzlichen 150 Liter Wasser auf die gewünschte Temperatur gebracht werden. Beim Duschen ist in der Regel auch die Wassertemperatur niedriger. Eine weitere Möglichkeit, bei der Körperhygiene Wasser zu sparen, ohne dabei auf Komfort verzichten zu müssen, besteht im Einsatz eines sparsamen Duschkopfes, auch „Sparbrause“ genannt. Durch eine spezielle Wasserturbulenz-Technik duschen Sie nur mit der Hälfte des Wassers, ohne etwas zu vermissen. Das Wasser wird mit hohem Druck und in feineren Tröpfchen herausgeschleudert. Dadurch haben Sie ein Duschgefühl wie bei einer herkömmlichen Duschbrause. Dann gibt es noch: Duschköpfe mit „Wasserstopp“, die z. B. beim Einseifen den Wasserzufluss unterbrechen. Mit etwas Nachdenken und einfachen Änderungen lassen sich also auch bei der Körperhygiene der Energieverbrauch und damit die Kosten reduzieren. ■



### Erfahrungen der Energiesparfüchse

**Referent Harald Richter, Dipl.-Ingenieur (FH):** „Global gesehen haben wir ein großes Energieproblem. Der Hunger nach Energie wird mit der Modernisierung der Entwicklungsländer immer größer (siehe China und Indien). Die fossilen Energien sind nur endlich und gehen so langsam dem Ende entgegen. Außerdem sind sie zu schade, sie einfach nur zu verheizen. Deutschland als traditionelles Hochenergieland, sollte seinen Beitrag, global gesehen, in der Nutzung von Energieeinsparpotenzialen und im Einsatz von regenerativen Energien sehen. Um diese Aufgaben zu unterstützen, war ich gerne bereit, weitere Energieeinspar-enthusiasten (Füchse) fortzubilden. Wir können zwar global wenig ausrichten, aber im Kleinen schon eine Menge.“

**Norbert Gras, ehrenamtlicher Mitarbeiter:** „Meine Motivation: starkes Interesse an diesem Thema. Ehrenämter sind in unserer Gesellschaft wichtig! Meine Erfahrung: Ich habe immer wieder große Resonanz, wenn ich Bekannte oder Freunde mit dem Thema konfrontiere. Bei dem Thema ‚Standby‘-Schaltung und dem Einsatz von schaltbaren Mehrfachsteckern habe ich am schnellsten ‚Einsicht‘ erreicht.“

**Werner Kaiser, ehrenamtlicher Mitarbeiter:** „Meine Erfahrung bei Beratungen und zwangslosen Gesprächen ist überwiegend, dass Menschen ihre lieb gewonnenen Gewohnheiten meistens nicht ändern wollen, auch wenn es Geld kostet. Beispiel bei einer Beratung: Warum haben Sie den alten Kühlschrank im Keller ununterbrochen an?“



*Energiesparberatung  
in den eigenen  
vier Wänden*

Antwort: Es könnte ja mal unerwartet Besuch kommen, dann habe ich gleich gekühlte Getränke da (es waren zwei Flaschen Wein im Kühlschrank). Beispiel Heizung: Die alte Heizungsumwälzpumpe lief das ganze Jahr (es waren ca. acht Jahre mit 60 Watt) ununterbrochen, es war nicht bekannt oder wurde vergessen, dass die Heizung eine Sommersparschaltung hat. Die alte Pumpe wurde auf meinen Vorschlag hin umgehend gegen eine neue ausgetauscht (sechs Watt). Ich habe mich für dieses Ehrenamt entschieden, da ich einen kleinen Teil zum Klimaschutz beitragen möchte.“

**Thomas Scholl, ehrenamtlicher Mitarbeiter:** „Ich habe bisher vor einigen Gruppen einen Vortrag gehalten. Meine Erfahrung ist, dass die Menschen sich überwiegend mit den Themen Licht- und Stromverbrauch beschäftigen. Auch Standby an Elektrogeräten oder alte Gefriertruhen, überwiegend Dinge aus dem täglichen Leben, sind Themen beim Energie- und Stromsparen. Zumindest bei den Älteren. Bei den Jüngeren wird sehr oft das eigene Verhalten nicht hinterfragt. Eher wird versucht, über einen Anbieterwechsel weniger für den Strom zu bezahlen. Im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit kann ich immer wieder meine Erkenntnisse als Energiesparfuchs einfließen lassen. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass sich zwar viele über die hohen Energiekosten (z.B. Benzin) ärgern, aber die Bereitschaft für Veränderung noch nicht vorhanden ist.“

**Dr. Horst Schürmann, ehrenamtlicher Mitarbeiter:**

„Meist sind es kleinere technische Veränderungen, mit denen sich viel Energie sparen lässt. Heizungspumpen sollten nicht auf höchster Stufe laufen. Oft reicht die niedrigste von vier möglichen Stufen aus, das spart 75 Prozent der Energie gegenüber Stufe vier. Und noch ein Tipp: Wer den Computer, das Radio und den Fernseher ständig im Standby-Modus laufen lässt, statt die Geräte ganz abzuschalten, der muss sich über eine hohe Stromrechnung nicht wundern. Ein leises Summen verrät zum Beispiel, dass so mancher Trafo von Halogenlampen selbst dann noch Strom verbraucht, wenn die Lampe längst ausgeschaltet ist. Ich bin Idealist, mir liegt der umweltschonende Umgang mit den Ressourcen am Herzen. Ich rate immer dazu, zu umweltfreundlichen Stromanbietern zu wechseln.“

**Christa Rohde, ehrenamtliche Mitarbeiterin:**

„Am besten lässt sich Strom sparen, wenn man keinen verbraucht, leider geht das nicht immer, aber man kann den bewussten Umgang mit Strom lernen. Kleine Tipps im alltäglichen Umgang mit Strom haben eine große Wirkung auf die Stromrechnung! Für mich war klar, dass ich das Angebot der Kreisverwaltung, insbesondere des Seniorenbüros ‚Die Brücke‘, in Anspruch nehmen und mich zum ‚Mobilen Energiesparfuchs‘ ausbilden lasse. Heute gebe ich sehr gerne mein Wissen an interessierte Gruppen und Einzelpersonen weiter. Ein Vortrag an einem Seniorennachmittag 2014 ist bereits in Planung.“

## Förderpreise

Anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes im Jahr 1999 wurde das Projekt vom damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse mit dem Förderpreis „DEMOKRATIE LEBEN 1999“ ausgezeichnet: „Mit dem Förderpreis zeichnen wir herausragendes, bürgerschaftliches Engagement aus, das durch kreative, innovative Problemlösung und persönlichen Einsatz in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft einen unverzichtbaren Bestandteil unserer Demokratie bildet. Mit der Auszeichnung soll unterstrichen werden, dass der freiwillige Einsatz für die Gesellschaft zum Kernbestand des Gemeinwesens gehört, auf den eine lebendige Demokratie angewiesen ist.“ (Deutscher Bundestag, Pressereferat)

Ebenfalls 1999 wurde das Projekt als „Bestes Projekt beim ersten rheinland-pfälzischen Ehrenamtskongress“ in Mainz ausgezeichnet. „Der Erfolg der Projektmesse war natürlich in erster Linie ein Erfolg der dort vertretenen Projekte. Die Vielfalt der Themen und Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements hat mich auf meinem Rundgang durch die Messe und bei meinen Gesprächen über alle Maßen beeindruckt. Auch die Arbeit Ihres Projektes auf dem Gebiet Umweltschutz ist vorbildlich, und ich möchte Ihnen nochmals recht herzlich danken, dass Sie sich mit den Projektmitgliedern zur Verfügung gestellt haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich auch weiterhin bei meiner Initiative zur Stärkung des Ehrenamtes auf Ihre Erfahrungen zählen könnte.“ Dies schrieb der ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck an den ersten Seniorenbüroleiter Jürgen Nickel.

## Die Mobilen Energiesparfuchse beim „Forum Zukunftsfähiges Haus“

Alle zwei Jahre veranstaltet die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Lahn zusammen mit der Kreisverwaltung das „Forum Zukunftsfähiges Haus“. Die Veranstaltung versteht sich als Informationsplattform für die Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz rund ums Haus. Heimische Unternehmen, Handwerker und Dienstleister, die sich mit diesen Themen beschäftigen, informieren dort interessierte Bürgerinnen und Bürger. Ein Vortragsprogramm mit aktuellen Themen rundet die Veranstaltung ab. Erstmals nahmen im März 2013 auch die Mobilen Energiesparfuchse mit einem Informationsstand am Forum teil. Die Fuchse hatten zum Beispiel eine Lichtleiste vorbereitet, auf der verschiedene Leuchtmittel installiert waren. Damit konnten die Unterschiede in Lichtfarbe, beim Stromverbrauch und bei der Technik einem interessierten Publikum vermittelt werden. Es kamen auch interessante Fragen auf, wie zum Beispiel die nach der Dimmbarkeit von LED-Leuchten.

Weitere Themen, über die die Energiesparfuchse an diesem Tag informierten, waren Stromanbieterwechsel, Verbrauchsabrechnung und allgemeine Stromspartipps. Die Mobilen Energiesparfuchse nahmen aber auch selbst gerne die Gelegenheit wahr, sich über die Angebote der Firmen aus dem Kreis zu informieren oder die Vorträge zu besuchen. Erster Programmpunkt der Veranstaltung ist immer ein Podiumsgespräch mit verschiedenen Akteuren, u.a. dem Landrat, über neue Entwicklungen in Sachen Klimaschutz.

Die Energiesparfuchse an ihrem Infostand





*Podiumsgespräch beim Forum  
Zukunftsfähiges Haus*

(Naspa) stellte das an diesem Tag ans Netz gegangene neue Solardachkataster für den Kreis vor. Zusammen mit dem Kreis und mit finanzieller Unterstützung der Naspa war es in Auftrag gegeben worden. Das Kataster gibt den Bürgerinnen und Bürgern Auskunft, ob eine Dachfläche für die Nutzung von Solarthermie oder Photovoltaik geeignet ist. Es kann auch eine überschlägige Wirtschaftlichkeitsberechnung angefordert werden.

Auch die Mobilten Energiesparfüchse stellten ihr neues Projekt vor und gaben Auskunft darüber, warum sie die Fortbildung zum Mobilten Energiesparfüchse gemacht haben und wie sie sich ihre weitere Tätigkeit vorstellen. ■

Die Podiumsteilnehmer präsentierten 2013 eine Reihe von Projekten: Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nassau stellte das gemeinsame Integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinden Bad Ems, Nassau und Katzenelnbogen vor. In diesem vom Bund geförderten Konzept sollen konkrete Maßnahmen zur Erreichung von kommunalen Klimaschutzzielen definiert werden. Auf der Basis einer Bestandsaufnahme, die die verschiedensten Bereiche kommunalen Lebens und Handelns im Hinblick auf ihre Klimarelevanz beleuchtet, werden Potenziale für Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien sowie Energieeinsparmöglichkeiten ermittelt. Daran schließt sich dann die Umsetzungsphase an.

Der Leiter des Regionalmarkts der Nassauischen Sparkasse



#### **ANDREA KLEINMANN**

Leiterin der Abteilung  
Bauen, Umwelt und  
Planung, Rhein-Lahn-Kreis

Seit 1992 bei der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises tätig, Juristin, seit 1993 Leiterin der Abteilung Umwelt, seit 1997 der Abteilung Bauen und Umwelt, seit 2004 der Abteilung Bauen, Umwelt und Planung.



#### **USCHI RUSTLER**

Leiterin des Seniorenbüros „Die Brücke“,  
Rhein-Lahn-Kreis

Seit 1995 hauptamtliche Mitarbeiterin der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises beim Seniorenbüro „Die Brücke“, seit 2003 Leiterin des Büros.

## Werner & Werner stehen unter Strom – ein Bericht aus der Praxis

**W**erner Kaiser und Werner Reuter sind Mobile Energiesparfuchse. Sie gehören zu einer Gruppe von 15 Energiesparfuchsen im Rhein-Lahn-Kreis vom Seniorenbüro „Die Brücke“ des Rhein-Lahn-Kreises. Nach absolvierter Ausbildung haben die beiden ihre ehrenamtliche Beratungstätigkeit aufgenommen. Beratung als bürgerschaftliches Engagement unter dem Grundsatz: „Eingesparte Energie ist die beste Energie“.

Das geht so: Donnerstag Nachmittag, 17 Uhr. Die Energiesparfuchse Werner & Werner klingeln an der Haustür von Bürgermeister Harald Gemmer in Eisighofen. Der Termin wurde bei einer Ausstellung in Nassau vereinbart. Bereits im Flur fällt den beiden Energiespezialisten auf, dass das Nutzerverhalten Möglichkeiten zur Einsparung gibt. „Hier ist es viel zu warm“, das äußern beide. Bevor Besichtigung und Analyse losgehen, erkundigen sich die beiden „Füchse“, die beide in ihrem Berufsleben in der Energiebranche tätig waren, über Daten des Hauses und den Energieverbrauch. Die Ehrenamtler betonen, dass sie keine Energieberatung im gewerblichen Sinn übernehmen. Ihr Ziel ist es, den Kunden Hinweise zum Nutzungsverhalten zu geben, Schwachstellen zu erkennen und „kleine Maßnahmen mit großer Wirkung“ zu empfehlen. Dann beginnt der Hausrundgang. Die Küche ist ein großer Energieverbraucher. Ein Blick in Kühl- und Gefrierschrank zeigt, dass die erforderliche Leistung

auch bei reduzierter Einstellung erreicht wird. Im Wohnzimmer pfeift der Wind durch die Öffnung des Rolladengurtes. Hier helfen kleine Aufsätze, die das Einströmen der Luft reduzieren. Eine Steckdose in der Außenwand erzeugt bei der Isolierung den sogenannten Steckdosentau. Im Heizungsraum laufen die beiden dann zur Höchstform auf. Falsche Pumpeneinstellungen, ein permanent gekipptes Fenster, das muss sofort verändert werden. Die Erklärung für die hohe Raumtemperatur ist dann auch gefunden. Niedrige Außentemperatur, starke Sonneneinstrahlung, die die Räume aufheizt, und eine nicht ausreichend regelbare Heiztechnik. Dieses Thema muss mit dem Fachbetrieb abgesprochen werden. Innerhalb von einer Stunde sind einige Schwachstellen aufgedeckt und auch schon fast behoben. Bei dem kurzen Abschlussgespräch werden die Maßnahmen nochmal besprochen.

*Im Heizungsraum sind die beiden Energiesparfuchse Werner & Werner in ihrem Element*



Für die Tätigkeit als Energiesparfuchs haben Werner & Werner eine Ausbildung mit vier Modulen absolviert. Verbraucherzentrale, Energieversorger und Energieberater waren als Dozenten in die Ausbildung eingebunden. „Unsere Motivation ist es, Menschen zu helfen und sie zu sensibilisieren, mit Energie sparsam umzugehen.“ Werner Reuter sagt: „Wir können und dürfen es uns nicht leisten, unkontrolliert mit wertvoller Energie umzugehen.“

Zu buchen sind die beiden engagierten Senioren über das Seniorenbüro „Die Brücke“ bei der Kreisverwaltung in Bad Ems, Tel. 02603 972-336. Die Beratung ist kostenlos, lediglich die An- und Abfahrt soll den Füchsen erstattet werden. Harald Gemmer ist von der Beratung begeistert. Er kann empfehlen, das Angebot zu nutzen. „Werner & Werner stecken voller eingesparter Energie“, schmunzelt er. ■  
(Uschi Weidner, Rhein-Lahn-Zeitung vom 11. April 2013)

## Erfurter Schulen sparen Energie – ein Projekt der Lokalen Agenda 21 in Erfurt

**K**inder und Jugendliche sind unsere Zukunft – ihnen gilt in ganz besonderem Maße unser Augenmerk, unsere Fürsorge und Verantwortung. Dieser Verantwortung stellt sich auch die Kommunalverwaltung der Landeshauptstadt Erfurt. Neben der Sicherung eines umfassenden und vollständigen Bildungsangebotes im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ist der Erhalt der Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eine ihrer wesentlichen Aufgaben.

In diesem Kontext wird zunehmend die Frage des Klimaschutzes immanenter Gegenstand der wissenschaftlichen und der politischen Tagesordnung. Dies schlägt sich auch im integrierten Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Erfurt nieder, in dem es heißt, dass „... in Anbetracht der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel, in Anerkennung des globalen Gleichheitsgrundsatzes und in Verantwortung für den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen (...) die Landeshauptstadt Erfurt nach ihren Möglichkeiten zum Schutz des weltweiten Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel beiträgt. Klimaschutz ist ein zentraler Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung Erfurts und wird daher auf allen Ebenen der Landeshauptstadt unterstützt. Die Landeshauptstadt Erfurt kommt damit ihrer Vorsorge für die globalen natürlichen Lebensgrundlagen und für die nachhaltige Versorgung Erfurts mit Energie nach.“ [1]

Als Schulträger unterhält die Landeshauptstadt Erfurt ein angemessenes Angebot von Schulgebäuden und ist für deren Versorgung mit Wasser, Wärme und Elektroenergie zuständig. Von den insgesamt ca. 90 Schulen aller Trägerschaften (ohne Hochschulen und Forschungseinrichtungen) sichert die Stadtverwaltung die Energieversorgung für 64 kommunale Schulen, darunter 29 Grundschulen, 14 Regelschulen, zwei Gesamtschulen und fünf Gymnasien sowie sieben kommunale Berufsschulen. Dafür wird Jahr

für Jahr ein nicht unbedeutender Anteil der kommunalen finanziellen Mittel aufgewendet. Wie alle deutschen Kommunen muss sich auch die Stadt Erfurt angesichts der geringer werdenden fossilen Rohstoffreserven und der damit steigenden Kosten ständig die Frage stellen, welche Ausgaben nötig sind, an welcher Stelle laufende Kosten gesenkt werden können und welche Modelle zur Reduzierung des Energieeinsatzes möglich sind. Energiesparprojekte an Schulen sind dabei eine nicht zu vernachlässigende Größe. Sie dienen zur Steigerung des Bewusstseins von Schüler- und Lehrerschaft im Umgang mit Energie und tragen gleichzeitig zur Einsparung von Roh- und Brennstoffen bei. In zahlreichen Städten und Gemeinden zeigen bundesweit Projekte, dass sich der Energie- und Wasserverbrauch schon durch einen bewussteren Umgang mit Wärme, Wasser und Strom erheblich senken lässt. Durch die verschiedensten Anreizmodelle, bei denen die Schulen an den erzielten Einsparungen in einem gewissen Maße finanziell beteiligt werden, kann die Motivation für die Teilnahme an – auch längerfristig angelegten – Energiesparprojekten erhöht werden.

### Das Schulprojekt geht an den Start

In Umsetzung der Ziele der bereits im Jahr 1992 auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 griffen die Akteure der Erfurter Lokalen Agenda 21 im damaligen Verein „BürgerWerkStadt-Erfurt“ e.V. und jene Ämter der Stadtverwaltung, die für die Umsetzung von Agenda-21-Themen innerhalb der Stadt Erfurt verantwortlich sind – wie das damalige Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen –, das Energiesparprojekt an Schulen im Jahr 2003 auf. Der Verein „BürgerWerkStadtErfurt e.V.“ der neben anderen strategischen Zielen bereits das Konzept „Erfurter Schulen auf dem Weg zur zu-

kunftsfähigen nachhaltigen Schule“ entwickelt hatte, gab den Anstoß für das Projekt. Ziel des Vereins war es – und ist es bis heute, auch wenn sich der Verein zwischenzeitlich aufgelöst hat, in einigen Teilen aber in der BürgerStiftung Erfurt aufgegangen ist –, den heranwachsenden Kindern und Jugendlichen in einem optimalen Schulumfeld jene Bildung und Erziehung angedeihen zu lassen, die ihnen ihre Zukunftschancen in einer sich rasant verändernden Welt sichern. Das Energiesparprojekt an Schulen wird seit der Vereinsauflösung federführend vom Amt für Bildung und der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement in Zusammenarbeit mit dem für das Energiemanagement in den Schulen zuständigen Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung und anderen Partnern wie den Erfurter Stadtwerken durchgeführt.

Mit dem Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ richteten sich die Organisatorinnen und Organisatoren an alle Erfurter Schulen, unabhängig von Trägerschaft und Schulart. Es ist für Grundschulen ebenso geeignet wie für Berufsschulen, für staatliche Schulen ebenso wie für Schulen in freier Trägerschaft.

Nachdem in der ersten Runde des Erfurter Energiesparprojekts 16 Schulen ihre Teilnahme erklärt hatten, waren es im Projektjahr 2013 insgesamt 30 Schulen. Damit ist etwa die Hälfte aller kommunalen Schulen aus Erfurt beteiligt, wobei die am häufigsten vertretene Gruppe die Grundschulen sind. Insgesamt beteiligen sich 18 Grundschulen, sieben Regelschulen, je zwei Gesamtschulen und Gymnasien sowie ein Förderzentrum.

Zwar ist es für die Schulen freier Träger nicht möglich, eine vertragliche Vereinbarung über den Rücklauf von eingesparten Energiekosten mit der Erfurter Stadtverwaltung abzuschließen, wie das der Teil I des Projekts „Verbrauchsmessung und Nachweis der Einsparung“ vorsieht, da die Kosten nicht aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden. Es wäre aber durchaus eine Vereinbarung der Schule in freier Trägerschaft mit ihrer haushaltsführenden Stelle denkbar. Eine Teilnahme am Teil II „Dokumentation und pädagogischer Ansatz“ ist aber jederzeit möglich. Leider hat im gesamten Projektverlauf nur eine Schule diese Opti-

**Erfurter Schulen sparen Energie**

Das Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ ist eine Maßnahme des Konzeptes „Erfurter Schulen auf dem Weg zur zukunftsfähigen nachhaltigen Schule“ der Lokalen Agenda 21 Erfurt.

**Ziel**

Alle Erfurter Schulen – unabhängig der Trägerschaft – sensibel für das Thema Energie, Energieverbrauch und Umwelt zu machen und Schüler, Lehrer und Hausmeister anzuregen, durch Veränderungen im Nutzerverhalten Energie zu sparen.

**Umsetzung**

Das Projekt wird in zwei voneinander unabhängigen Teilen durchgeführt:

**Teil I - Verbrauchsmessung und Nachweis der Einsparung**  
Vergütung eingesparter Elektroenergie Kilowattstunden

**Teil II - Dokumentation und pädagogischer Ansatz**  
Nachweis über die Umsetzung des Themas Energie und Nachhaltigkeit im Schulalltag in Form von Protokollen, Wandzeitungen, Zeichnungen, Modellen von Energiesparhäusern oder in einer anderen Form und Prämierung der besten Exponate

Poster zum Erfurter Energiesparprojekt an Schulen

on ergriffen und sich beteiligt, allerdings auch nur ein Jahr lang. Auch berufsbildende Schulen, die durch angeschlossene Internate ein zusätzliches Einsparpotenzial hätten, konnten auch in zahlreichen Beratungsgesprächen bisher leider nicht zur Teilnahme bewegt werden.

## Ziele des Projekts

Das Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ orientiert darauf, die Schülerschaft für das Thema Energie zu sensibilisieren. Zusammenhänge zwischen Energieverbrauch, Umwelt und Klima sollen dabei genauso verdeutlicht werden wie der persönliche Umgang mit natürlichen Ressourcen. Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im Sinne der Agenda 21 und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, zu der auch der bewusste Umgang mit Energie zählt, können vor allem durch Langfristigkeit und Dauerhaftigkeit erreicht werden. Das Ziel besteht vor allem darin, Energiesparinitiativen zur Veränderung im Nutzerverhalten zu initiieren und diese, wenn möglich, über einen längeren Zeitraum beizubehalten.

### Klima schützen und CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren

Den Kindern und Jugendlichen soll bereits in der Schule verdeutlicht werden, dass Energie nicht unermesslich zur Verfügung steht und fossile Brennstoffe als Energieträger endlich sind. Dazu wurde, inspiriert von zahlreichen Erfahrungen aus Energiesparprojekten an bundesdeutschen Schulen und inhaltlich adaptiert und unterstützt durch die Energieagentur NRW in Wuppertal, ein eigener Leitfaden entwickelt und allen Schulen zur Verfügung gestellt. Darin wurde aufgezeigt, wie das Thema Energiesparen im Unterricht sowohl an der Grundschule als auch in weiterführenden Schularten eingebunden und bei Projekttagen oder im schulischen Alltag in die Praxis umgesetzt werden kann. Darüber hinaus wurden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Verwaltung, fachkundige Beratende und externe Institutionen vermittelt, die den Schulen bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen behilflich sind.

Mit der Einsparung von Elektroenergie und Wärmeerzeugung durch fossile Brennstoffe kann die CO<sub>2</sub>-Emission zwar nicht verhindert, aber reduziert werden. Jedes nicht emittierte Kilogramm

Kohlendioxid hilft dem Klima. Dabei trägt nicht allein die Menge des nicht freigesetzten Kohlendioxides zum Gelingen des Energiesparprojektes bei, vielmehr sind die nachhaltigen Lernwirkungen für die Kinder und Jugendlichen von großer Bedeutung für deren weitere Entwicklung.

### Kosten senken

Angesichts der angespannten Lage kommunaler Haushalte müssen auch in Erfurt alle Kosten verursachenden Einrichtungen, besonders auch die Schulen, ihren Beitrag leisten und Maßnahmen zur Kostenreduzierung einleiten. Im Bereich der Betriebskosten und dabei gerade auch im Bereich der Energiekosten bestehen, das zeigen die vergangenen Projektjahre im Energiesparprojekt der Schulen, große ungenutzte Einsparpotenziale, die sich durch organisatorische Maßnahmen und Veränderungen im Nutzerverhalten erschließen lassen. Durch die im Projekt integrierten Schulen wurden in den letzten Jahren teilweise Kosteneinsparungen von weit über zehn Prozent erzielt.

### Pädagogischer Nutzen

Energiesparprojekte in Schulen bieten gerade auch auf pädagogischem Gebiet eine Fülle von Anknüpfungspunkten. Wesentliches Gewicht beim Projekt hat vor allem das nonformale, informelle Lernen, welches im besonderen Maße hilft, Kompetenzen zu entwickeln und strategische Zusammenhänge zu erkennen.

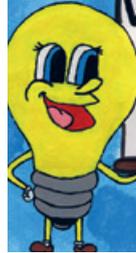
Die Umsetzung eines Energiesparprojektes in den Schulen kann dabei projekt- oder prozessgesteuert ablaufen. In beiden Fällen sind die Beteiligten – Schüler- und Lehrerschaft, Hausmeister, Externe und vor allem auch das Elternhaus – in handlungsorientierten Ansätzen gehalten, bestimmte Maßnahmen umzusetzen, die förderlich für die Ausbildung von Kompetenzen und Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen sind. Neben der Gestaltungskompetenz insgesamt erwerben die Schüler beispielsweise durch die Gründung von Energiesparteamen, durch ihre Tätigkeit als Energie-Detektive, bei der Gestaltung von Modellen und deren Präsentation, bei der Kontrolle der Heizungsverläufe und vielen anderen Maßnahmen Sach- und Methodenkompetenz ebenso wie Sozialkompetenz. Sie übernehmen Verantwortung und lernen, ihre erworbenen Erkenntnisse in der Schule und darüber hinaus in ihrer Lebenswelt umzusetzen.

LÄSST MAN FRI-  
SCHE LUFT HEREIN.



SOLL'S STOBLÜFTEN  
SEIN

STROM ZU SPA-  
REN, LIEBE LEUTE,  
IST DAS GROBE  
MOTTO HEUTE.  
STROM ZU SPAREN  
IST NICHT SCHWER,  
WIE'S GEMACHT  
WIRD, SEHT MAL  
HER!

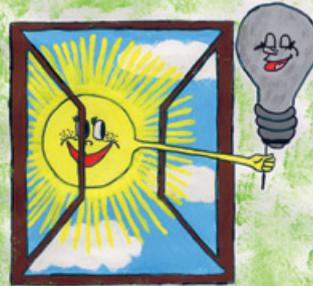


SPARST DU  
TÄGLICH ENERGIE,



ROLLT DER RUBEL  
WIE NOCH NIE

WENN DIE SONNE  
DRAUßEN LACHT,

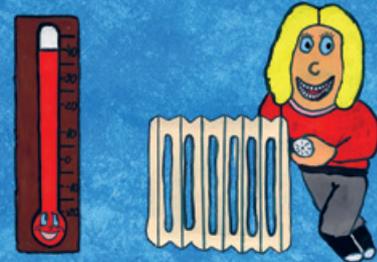


WIRD DAS LICHT  
HIER AUSGEMACHT



Projekt  
Strom  
sparen  
Regelschule 1, Erfurt

STEIGT DAS THER-  
MOMETER MÜNTER



GEH'N WIR MIT DER  
HEIZUNG RUNTER

Plakatserie zum  
Energiesparen,  
Regelschule  
„Thomas Mann“

Inhaltliche Aspekte von Energiesparthemen, einer nachhaltigen Entwicklung, Klimafragen und Ähnlichem können gleichermaßen in einem Unterrichtsfach des Primarbereichs, wie z. B. Heimat- und Sachkunde, Deutsch oder Ethik, wie auch in der Sekundarstufe in Fächern wie Geographie, Mathematik, Chemie, Biologie und Sozialwissenschaften sowohl separat als auch fächerübergreifend behandelt werden. Das Projekt bietet für alle Schulen eine ausgezeichnete Möglichkeit, den fächerübergreifenden Unterricht und praktisches Handeln zielgerichtet miteinander zu verknüpfen. Wenn Schulen den Verbrauch von Elektroenergie und darüber hinaus von Heizwärme und Trinkwasser reduzieren, leisten sie dazu noch einen wirksamen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

### Das Erfurter Modell

Bundesweite Beispiele zeigen, dass es eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Umsetzung von Energiesparprojekten an Schulen gibt. Sie können als Wettbewerb geführt, mit Anreizsystemen versehen und prämiert, im Rahmen der Budgetierung den Schulen direkt angetragen oder über Schülerfirmen umgesetzt werden.

In Erfurt wurde ab dem Jahr 2004, angelehnt an das bekannteste Energiesparprojekt an Schulen, das Modell „fifty/fifty“, ein eigenes Anreizsystem als eine Kombination mehrerer Bewertungsmodulare eingeführt. Das Projekt wird in zwei voneinander unabhängigen Teilen durchgeführt: Teil I „Verbrauchsmessung und Nachweis der Einsparungen“ und Teil II „Dokumentation und pädagogischer Ansatz“. Zum einen sollen wie im „fifty/fifty“-Modell anteilig eingesparte Kosten an die Schulen zurückfließen, im günstigsten Fall wirklich 50 Prozent. Zum anderen soll eine direkte Anbindung des Themas an das schulische Leben und den Unterricht nachgewiesen werden.

Das Projekt, welches in der Anfangszeit nicht als Wettbewerb gedacht war, hat sich in den Jahren doch zu einem solchen entwickelt. So werden die beteiligten Schulen angeregt, höchstmögliche Einsparungen zu erreichen, und damit auch weitere Schulen motiviert, ebenfalls am Projekt teilzunehmen. Unterstützt wird der Wettbewerbscharakter durch die jährliche öffentliche Auszeichnung der erfolgreichsten Schulen durch den Oberbürgermeister.

### Projektteil I – Verbrauchsmessung und Nachweis der Einsparung

Aus technischen Gründen ist derzeit in Erfurt der schulgenaue Nachweis einer möglichen Einsparung von Wasser und Wärme – bedingt durch die meist nicht getrennten Leitungsführungen und die damit oft nicht vorhandene Möglichkeit zur Messung der einzelnen Medien in separaten Leitungslinien –, also eine direkte Zuordnung zur jeweiligen Schule, immer noch nicht überall möglich. Auch weist der Sanierungsstand erhebliche Unterschiede auf, was Auswirkungen auf Einsparpotenziale hat und eine Gleichbehandlung der Schulen sehr erschwert. Als Grundlage zur Bewertung einer Energieeinsparung an der jeweiligen Schule wird deshalb bis jetzt ausschließlich der Verbrauch von Elektroenergie als Messgröße und Bewertungskriterium angesetzt.

Auf der Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Erfurt und den einzelnen Schulen, in der entsprechend der prozentual eingesparten Kilowattstunden eine finanzielle Zuwendung je Schüler oder Schülerin zugesichert und ein Startwert festgelegt wird, erhalten die Schulen nach Auswertung der Verbrauchswerte bzw. nach Ermittlung der eingesparten Kosten im Frühjahr des Folgejahres den vertraglich zugesicherten Betrag zur eigenen Verwendung zurück. Das Projektjahr entspricht dabei dem Kalenderjahr. Für das Folgejahr ist jeweils ein neuer Vertrag notwendig. Mit den bereits im Projekt involvierten Schulen, die teilweise seit Projektbeginn beteiligt sind, werden regelmäßig Gespräche geführt und zu bestimmten Anlässen – wie zum Beispiel bei Absprachen zur Weiterführung des Projektes im Folgejahr – der direkte Kontakt z. B. durch das Amt für Bildung oder die Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement gesucht. Vom Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung werden neue Startwerte diskutiert bzw. Fehlereinflüsse, zum Beispiel bei Baumaßnahmen etc., thematisiert. Bei Bedarf werden hierbei auch die Startwerte angepasst, etwa nach Sanierungen oder Modernisierungen von Heizungen und Elektroanlagen.

Vom Amt für Bildung, welches naturgemäß in vielfältiger Art Kontakte zu den Schulen unterhält, wird das Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ auch zu anderen Anlässen thematisiert und werden bisher nicht beteiligte Schulen auf eine mögliche zukünftige Teilnahme angesprochen.

Hinsichtlich der Berechnung der Rücklaufgelder gab es im Laufe der nunmehr fast zehn Projektjah-

re mehrfach Änderungen. Anfangs wurde versucht, die „fifty/fifty“-Idee direkt umzusetzen und 50 Prozent der Einsparungen an die Schulen zurückzugeben. Allerdings waren – und sind – die Unterschiede in den Schulgebäudegrößen und -flächen recht erheblich und ist der Sanierungsstand auch heute noch recht heterogen, so dass flächenbezogen größere Schulen gegenüber den meist kleineren Grundschulen einen ungerechtfertigten Vorteil hatten. Auch die prozentuale, auf Schülerzahlen abgestellte Bewertung brachte nicht den erhofften Erfolg. Auch hier haben die Grundschulen mit ihren gegenüber Gymnasien und Gesamtschulen oft verschwindend geringen Schülerzahlen selbst bei doppelter Pro-Kopf-Dotierung nur einen Bruchteil an Rücklaufmitteln erzielt.

Deshalb wurde ab dem Jahr 2006 ein Bewertungssystem eingeführt, das sich im Wesentlichen bewährt hat. Danach erhalten nun alle Schulen, die eine Energieeinsparung nachweisen, einen Sockelbetrag in Höhe von 150 Euro. Für die sechs bestplatzierten Schulen mit den höchsten prozentualen Einsparungen werden stufenweise höhere Dotierungen bis 750 Euro bereitgestellt. Ab dem siebten Platz werden abgestufte Zuschläge nach Ermessen ermittelt. Nur jene Schulen, die wenig einsparen, erhalten lediglich den Sockelbetrag. Alle Schulen mit einer höheren Einsparquote als zehn Prozent erhalten einen Bonusbetrag von 100 Euro.

In den ersten Projektjahren wurden die Rücklaufgelder direkt aus der Haushaltsstelle „Energiekosten“ finanziert. Mit der Einführung der oben erwähnten Variante mit dem Sockelbetrag wurde eine separate Haushaltsstelle „Prämien für Wettbewerbe zur Energieeinsparung an Erfurter Schulen“ eingerichtet, aus der die Rücklaufmittel finanziert werden. Das hat den Vorteil, dass für die Mittel eine feste planbare Größe fixiert ist und so auch unterhalb der höher dotierten Platzierungen 1 bis 6 noch graduelle Aufstockungen des Sockelbetrags möglich sind.

Vorteil dieser Methode ist nach Auffassung der Initiatoren, dass damit das bis dato aufgetretene Problem beseitigt wurde, dass kleine Schulen – wie in der Regel Grundschulen – selbst bei prozentual großen Einsparungen bei der Pro-Kopf-Berechnung effektiv weniger Rücklaufmittel erhalten haben als „große“ Schulen, die prozentual weniger eingespart haben und dennoch den größeren Rücklaufbetrag hatten. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass Schulen selbst bei prozentual kleineren Einsparungen

noch eine Anerkennung erhalten können und damit motiviert werden weiterzumachen. Die Rücklaufgelder werden verwaltungsintern direkt dem Schulbudget zugewiesen und können im Anschluss in der Regel frei verfügt werden.

### Projektteil II – Dokumentation und pädagogischer Ansatz

Die Bewertung der Verbrauchsdaten und der Nachweis möglicher Einsparungen einschließlich der finanziellen Anerkennung durch Rücklaufmittel sind der eine Teil des Projektes „Erfurter Schulen sparen Energie“. Die Initiatoren möchten die Schulen jedoch darüber hinaus anregen, sich intensiver mit den Themen Energie und Energiesparen zu beschäftigen und sie im Unterricht, aber auch im Lebensumfeld der Schule zu verankern. Weil die genaue Messung von Wärme und Wasser an den Erfurter Schulen derzeit immer noch nicht durchgängig möglich ist und somit auch Schulvergleiche nicht vorgenommen werden können, gerade aber bei den Heizkosten die höchste Energie verbraucht wird und damit auch eingespart werden kann, wurde ein Weg gesucht, die Schülerinnen und Schüler anzuregen, auch diese wichtigen Ressourcen spar-

*Kalender zum Energiesparen, Grundschule „Johannesschule“*





Wandzeitung zum Energiesparen, Regelschule „Friedrich Schiller“

samer zu nutzen, ohne die Einsparung quantitativ nachweisen zu müssen.

Mit dem Teil II „Dokumentationen und pädagogischer Ansatz“ wird hinterfragt, wie es die Akteure des Energiesparprojektes verstehen, die pädagogische Komponente im Schulalltag umzusetzen. Weiter werden die Schulen durch die Organisatorinnen und Organisatoren im Amt für Bildung und in der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement angeregt nachzuweisen, ob und, wenn ja, wie es

gelingt, das Thema klassenübergreifend und altersstufenübergreifend in die gesamte Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen zu „transportieren“. Dazu gehört z.B. auch die Dokumentation fächerübergreifenden Lernens und Beschäftigens mit dem Thema Nachhaltigkeit. Ziel ist, das Projekt zum Energiesparen als einen längerfristigen und dauerhaften Prozess in der gesamten Schule, also im Lehrerinnen- und Lehrerteam und in der Schülerschaft, zu etablieren.

Links: Sonnenofen – einfach und effektiv, rechts: Energie-Domino



Dass das Thema „Energie“ als Element im Sinne der Agenda 21 in den Unterricht und die außerunterrichtliche Arbeit eingebunden und so eine unmittelbare Beschäftigung mit dem Leitgedanken „Energie- und Ressourceneinsparung“ erreicht wird, können Schulen durch Dokumentationen in Form von Wandzeitungen, Protokollen, Modellen und anderen Nachweisen belegen.

Es bleibt der Ideenvielfalt und der Kreativität der Schulen bzw. der Schülerschaft, aber auch der Pädagoginnen und Pädagogen überlassen, wie und mit welchen Mitteln die Dokumentation erfolgt. Diese Wahlfreiheit garantiert unterschiedlichen Altersgruppen und Schularten gleiche Chancen. Auch wird das Thema nicht auf reine „Einsparungsthemen“ reduziert, sondern die ganze Breite der Problemfelder, wie Ressourceneinsparung generell, Gewinnung erneuerbarer Energie, Klimaschutz etc., aber auch Themen wie z. B. Abfallvermeidung, Recycling und Mülltrennung, bewertet.

So unterschiedlich wie die Schularten und die Orientierungen im Schulprofil, so unterschiedlich sind die eingereichten Dokumentationen. Sie reichen von Protokollen und Prüfpunkten der eingeteilten Energiedetektive über Messbögen mit Temperaturmessungen bis hin zu Modellen von Niedrigenergiehäusern und Solaranlagen, zu Energiespartheaterstücken und Videoclips. Dass Energie nicht unbedingt immer nur ein Thema für den Fachunterricht Physik sein muss, beweisen künstlerische Leistungen wie Energieplakate oder Theaterstücke mehrerer Schulen, welche im Rahmen der Auszeichnungsveranstaltungen vorgeführt wurden.

Selbst im Kunstunterricht und im Schulgarten finden kluge Köpfe einen Bezug zum Energiesparprojekt. Wieder andere erfinden Spiele und Spielzeug, mit denen kindgerecht – weil von Kindern gemacht – das Thema Energie spielerisch verarbeitet wird, wie z. B. ein Energie-Domino oder ein elektrisches Frage-Antwort-Spiel.

An diesem Teil II können alle Erfurter Schulen, auch jene, die nicht am Teil I beteiligt sind, und vor allem auch nicht kommunale Schulen, deren Energiebilanzen nicht über das städtische Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung bilanziert werden, teilnehmen. Umgekehrt muss nicht jede Schule, die eine Vereinbarung zum Energiesparen mit der Stadtverwaltung geschlossen hat, dieses auch dokumentieren und in Wort und Bild festhalten.

## Öffentliche Auszeichnung

Jährlich werden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung die besten Schulen in den beiden Projektteilen ausgezeichnet. Als „Energiesparschule“ wird jährlich jene Schule geehrt, die im Projektteil I die höchste prozentuale Einsparung erzielen konnte. Sie erhält neben den vertraglich vereinbarten Rücklaufgeldern auch den „Energiesparpokal“. Für den Projektteil II garantiert eine Jury aus den beteiligten Ämtern der Stadtverwaltung, der Elternvertretung und Akteuren der Agenda 21 eine unabhängige Entscheidung, wer zum Sieger gekürt wird. Und obwohl die Jury eine Rangfolge von Siegern und Platzierten festlegt, erhalten alle am Wettbewerb Teil II beteiligten Schulen einen symbolischen Scheck über eine Geldsumme, die aus der Haushaltsstelle Lokale Agenda 21 der Stadtverwaltung direkt an den jeweiligen Schulförderverein ausgezahlt wird.

Die Auszeichnungsveranstaltungen mit durchschnittlich rund 100 Teilnehmenden finden in der Regel im Festsaal des Erfurter Rathauses statt. Im Jahr 2013 wurde erstmals im Rahmen der Woche der Nachhaltigkeit eine Auszeichnungsveranstaltung organisiert, die auf einem prominenten Platz in der Erfurter Innenstadt unter starker öffentlicher Beteiligung

### Energiesparpokal Erfurt





### Einsparungen 2004 bis 2012

stattfind. An beiden Formen der Auszeichnungsveranstaltungen nahmen neben der Schüler- und Lehrerschaft der Energiesparschulen auch Vertreterinnen und Vertreter des Erfurter Stadtrates, Mitglieder aus dem Kreis der Elternsprecher sowie Betrieben und Einrichtungen, wie den Erfurter Stadtwerken, teil.

### Rückblick und Ausblick

Seit dem Startschuss im Jahr 2003 läuft das Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ ununterbrochen, mal intensiver, mal weniger intensiv. Dessen unge-

achtet konnte seither durch bewussten Umgang mit Energie in den Klassenräumen und im Schulgebäude ein beträchtlicher Anteil an Energiekosten eingespart werden. So wurden in den letzten zehn Jahren mehr als 800.000 Kilowattstunden Elektroenergie eingespart und der städtische Haushalt um rund 162.000 Euro entlastet. Im Rahmen des Projektes konnten zudem mehr als 400 Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden werden.

Es muss festgestellt werden, dass die Höhe der Einsparungen im Verlauf der letzten drei Jahre rückläufig ist und im Jahr 2012 erstmals mehrere Schulen keine Einsparungen, sondern Mehrverbräuche aufwiesen. Bemerkenswert dabei ist allerdings, dass jene Schu-

*Links: Einsatz einer Blower door, Projekttag „Energiesparen“ an der Erfurter Lessingschule, rechts: Aktion „Fenster dicht“, Projekttag „Energiesparen“ an der Erfurter Lessingschule*



len, die das Thema „Energiesparen“ im schulischen Alltag „leben“, auch jene sind, die die höchsten Einsparungen erzielen. Damit wird ein Zusammenhang von Engagement und Erfolg offensichtlich.

An der erneuten Aufnahme des Erfurter Energiesparprojektes im Jahr 2003 hatte der damalige Agenda-21-Verein BürgerWerkStadtErfurt e.V. einen wesentlichen Anteil. Mitglieder in diesem Verein, unter anderem Energieberaterinnen und -berater, Angestellte im Bereich Energieservice und der Gebäudeenergieberatung, aber auch Expertinnen und Experten aus dem Sektor der Umweltbildung, haben sich motiviert im Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ engagiert. Zu Projekttagen wurden in den Schulen Energierundgänge initiiert, Versuche mit der „Blower door“ und Aktionen zu Energiesparmaßnahmen wie „Fenster abdichten“ durchgeführt und Messungen vor und nach der Abdichtung vorgenommen.

Mit der Auflösung des Vereins BürgerWerkStadtErfurt e.V. ging allerdings ein starker Partner und Initiator des Energiesparprojektes verloren. Da auch kein externes Energieberatungsunternehmen in die Schulen „entsendet“ werden konnte, waren die Einflussmöglichkeiten der verbleibenden Initiatorinnen und Initiatoren und die Kontaktpflege mit den Energiesparschulen relativ begrenzt. Zwar wurde durchgängig versucht, den Schulen Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, jedoch war eine flächendeckende Betreuung nur noch schwer möglich.

Die in den jeweiligen Ämtern der Stadtverwaltung verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und weitere Beteiligte, z.B. aus den Erfurter Stadtwerken, sind übereingekommen, zukünftig eine noch bessere Unterstützung für die Schulen zu gewährleisten – das betrifft einmal die Bereitstellung von internen und externen Beratungsleistungen und Hilfsangeboten für die Schülerschaft, die Bereitstellung von Messtechnik etc. sowie die direkte Arbeit damit mit den Schülerinnen und Schülern vor Ort und anderes mehr. Organisiert wird die Abstimmung in regelmäßigen Treffen der Verantwortlichen.

Gegenseitige Abstimmung und Information, insbesondere auch zwischen dem Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ und anderen Projekten der Umweltbildung in der Thüringer Hauptstadt, sollen die zukünftige Zusammenarbeit bestimmen. Der Prozess entwickelt sich weiter, und die bereits erzielten Ergebnisse machen Hoffnung, dass das Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ auch zukünftig von Erfolg geprägt sein wird. ■

## Quellenangabe

[1] Stadtverwaltung Erfurt, Umwelt- und Naturschutzamt, Klimaschutzkoordinator, Integriertes Klimaschutzkonzept „Klimaschutz in Erfurt“. Leitbild, Ziele und Handlungskonzept, Erfurt, Stand 29.3.2012, [www.erfurt.de/ef/de/leben/oekoumwelt/klimaschutz/konzept/](http://www.erfurt.de/ef/de/leben/oekoumwelt/klimaschutz/konzept/)



## PETER SEYFARTH

Dezernat Wirtschaft  
und Umwelt,  
Stadtverwaltung Erfurt

Zunächst Mitarbeiter und später Produktionsleiter eines mittelständischen Unternehmens in Erfurt. In der Stadtverwaltung Erfurt tätig seit 1987, aktuell im Dezernat Wirtschaft und Umwelt, Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement, Hochschulbeauftragter, BNE-Koordinator. Schwerpunkte der Tätigkeit: nachhaltige Stadtentwicklung in den Bereichen Bildung, Freizeit, Sport sowie der Lokalen Agenda 21 Erfurt und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Studium an der Thüringer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, Betriebswirt (VWA) und Verwaltungsbetriebswirt (VWA), Dipl.-Ing.

# Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz

Information und Beratung für Kommunen

**D**as Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) bietet kompetente Unterstützung rund um den kommunalen Klimaschutz. Im Auftrag und mit Förderung des Bundesumweltministeriums steht ein breit gefächertes Informations- und Beratungsangebot speziell für Kommunen bereit. Zum Angebot gehören: Beratung zu Fördermöglichkeiten, der Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“, Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Damit wird das Angebot der seit 2008 bestehenden Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz fortgesetzt und erweitert.

*Team des Service- und Kompetenzzentrums:  
Kommunaler Klimaschutz*

## Herausforderung Klimaschutz

Klimaschutz ist eine Herausforderung, aber auch eine große Chance für die Kommunen: Nicht nur das große Potenzial für CO<sub>2</sub>-Einsparungen, auch die positiven Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte machen die vielfältigen Möglichkeiten des Klimaschutzes interessant. Doch welche Potenziale bietet die eigene Kommune? Welche Maßnahmen sind die richtigen, was kann gefördert werden? Und welche Erfahrungen gibt es schon, welche Fehler sind vermeidbar? Bei all diesen Fragen rund um den kommunalen Klimaschutz steht den Kommunen das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz zur Seite – mit Beratung zu Fördermöglichkeiten, mit Fach- und Vernetzungsveranstaltungen, Flyern und Broschüren zu unterschiedlichen Schwerpunkten sowie einer Website mit zahlreichen weiterführenden Informationen.



Zusätzlich bringt es seine Expertise in den wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs ein.

reitete Praxisbeispiele informieren und regen zur Nachahmung an.

### Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“

Kommunen, die besonders vorbildliche und effektive Maßnahmen umgesetzt haben, können am Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ teilnehmen. Seit 2009 werden jährlich Projekte mit Modell- und Vorbildfunktion ausgezeichnet. Neben dem Preisgeld von insgesamt 240.000 Euro (2014: 270.000 Euro) verschafft eine Prämierung den Kommunen und ihren Klimaschutzaktivitäten öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung.

### Veranstaltungen und Veröffentlichungen

In zahlreichen Fach-, Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltungen – vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz ganzjährig und deutschlandweit zu unterschiedlichen Themen angeboten – tauschen sich Kommunen praxisnah und auf Augenhöhe aus und profitieren von den Erfahrungen andernorts. Zusätzlich findet in Kooperation mit dem BMUB und den kommunalen Spitzenverbänden eine jährliche „Kommunalkonferenz“ statt. Abgerundet wird das Angebot durch themenspezifische Veröffentlichungen. Kommunale Fachbeiträge und aufbe-

### Die Nationale Klimaschutzinitiative

95 Prozent weniger Treibhausgase als im Jahr 1990 sollen in Deutschland emittiert werden – bis 2050 will die Bundesregierung dieses ehrgeizige Ziel erreichen. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert das BMUB seit 2008 Projekte und Programme, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Von den verschiedenen Förderprogrammen können ganz unterschiedliche Zielgruppen profitieren. Eines der Programme im Rahmen der NKI ist die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) – ein speziell auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Städte, Gemeinden und Landkreise zugeschnittenes Förderprogramm. Es unterstützt Kommunen, die sich für den Klimaschutz engagieren und ihre Energiekosten dauerhaft senken wollen. Die verschiedenen Förderschwerpunkte bieten den Kommunen zahlreiche Möglichkeiten, aktiv zu werden – vom Klimaschutzkonzept bis zum Energiesparmodell in Schulen. Mit dieser umfassenden Unterstützung trägt das Programm der besonderen Bedeutung der Kommunen für einen erfolgreichen Klimaschutz Rechnung: Schließlich besteht vor Ort ein großes Potenzial, klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern und Einspareffekte zu erzielen. ■

#### Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH

In Köln:  
Auf dem Hunnenrücken 3  
50668 Köln  
Tel. 0221/340 308 12  
Fax 0221/340 308 28

In Berlin:  
Zimmerstraße 13–15  
10969 Berlin  
Tel. 030/39001 170  
Fax 030/39001 241

[kontakt@klimaschutz-in-kommunen.de](mailto:kontakt@klimaschutz-in-kommunen.de)  
[www.klimaschutz.de/kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)  
Bundesweite Hotline unseres Beratungsteams in Köln und Berlin: 030/39001-170

## Bildnachweis

Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (BGW):  
Umschlagvorderseite (li., 1.v.o., 3.v.o.), S. 45–48  
WSW AV-Medien: Umschlagvorderseite (li., 2.v.o.), S. 28, 29  
Hüseyin Atay: Umschlagvorderseite (li., 4.v.o.), S. 38, 39  
Deutsche Energieagentur (dena): Umschlagvorderseite (li., 5.v.o.), S. 13, 17, 20  
Joseph Helfenberger © Fotolia.com: Umschlagvorderseite (re.)  
Syda Productions © Fotolia.com: S. 4  
Digitalpress © Fotolia.com: S. 7 (o.)  
eaD/DCV, Stromspar-Check PLUS: S. 7 (u.)  
Ingo Bartussek © Fotolia.com: S. 8  
Aamon © Fotolia.com: S. 9  
EnergieSparProjekt, Stadt Nürnberg: S. 10, 12, 14, 15, 18  
Verbraucherzentrale NRW: S. 22, 23, 24 (u.), 25, 26  
Verbraucherzentrale Wuppertal: S. 24 (o.)  
Bezirksamt Altona: S. 31–36  
Stadt Bielefeld, Bauamt: S. 43, 44  
Mathias Hamm, HAMM-DESIGN, Lahnstein: S. 51, 53  
Uwe Gilberg-Rindsfüßer: S. 52, 55, 56 (o., li.u.)  
Norbert Gras: S. 54  
Fotostudio Bettina Brand, Bad Ems: S. 56 (re. u.)  
Uschi Weidner: S. 57  
Stadtverwaltung Erfurt: S. 59–66  
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz: S. 68  
Alephnull © Fotolia.com + DOC RABE Media © Fotolia.com: S. 71

Effizienz ↑

~~Energiekosten~~



Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

NATIONALE  
**KLIMASCHUTZ**  
INITIATIVE



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages